

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich - Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichte
 und Versammlungs-Berichte 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (Zett-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kelegamm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Sonnabend, den 5. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Spiele und Sparen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus geht es wie einem schlechten Dichter. Der schönste Stoff hilft ihm nicht, das Leben entwirrt seinen plumpen Händen, alle Materie wird entgeistigt, jede Farbe ausgewaschen. Als am Freitag die Sparlotterie des Herrn Scherl und ihre dunkle Geschichte — gewiss ein anregendes Thema — zur Debatte standen, konnte man stundenlang Ausführungen über die Technik des Sparlottenbetriebs und überste moraltheologische Predigten über den Unterschied zwischen Spieltrieb und Spielteufel hören. Aus dem gräßlichen Sumpf der langen Weile aber trotz bedächtiger der totesgähende Wolke der Lottokorruption hervor, um sich, unbestimmt um alles parlamentarische Geschwätz, seines Daseins zu freuen.

Sei setzet noch! Das ist das Ergebnis dieser öden Debatte. Auf Herrn Fischbeds matte, vom eigentlichen Hauptthema weitabführende Rede antwortete der Minister v. Hammerstein mit einer Apotheose des Sparlotten-Gründers. Alle, die in den Parlamentarierien im Mittelstand eines Ständels gestanden haben und von der öffentlichen Meinung verurteilt worden sind, finden in dieser Volkvertretung mit Hilfe der Regierung ihre Rettung. Das Haus, das Mirbach und Hilger frische Ehrenscheine ausstellte, konnte unendlich über einen Scherl den Stab brechen. Die Antragsteller zogen ihre Anträge zurück — Herr Scherl und Herr v. Hammerstein haben freie Hand!

Und doch kann Herr v. Hammerstein wenigstens der eine Vorwurf nicht gemacht werden, er hätte irgend etwas zu tun unterlassen, was geeignet wäre, die Nerven eines Parlaments aufzupeitschen. Schon die Art seiner Intelligenz hat etwas Aufreizendes. Wenn er sich mit großer Geberde hinsetzt und im schlechtesten Pathos der Welt, das hohe Haus warnt, zu dem Plane des Herrn Scherl nicht „Niemals“ zu sagen, weil einem großen Nachbarstaats das „Jamais! Jamais! Jamais!“ (soviel Französisch hat er in Paris gelernt) „zum Verderben gereicht“ habe, so möchte man denken, auch der schlichteste Verstand gegen solche Ministerlogik rebellieren! Oder wenn er die geplante Korruption der Bevölkerung durch das Sparlotten mit der Bemerkung verteidigt, daß „die Menschen eben keine Engel seien“! Soll dieses geistreiche Wort, das allen auf soziale und sittliche Besserung gerichteten Bestrebungen mit stumpfem Gleichmut entgegengestellt wird, auch noch ein Argument dafür sein, um immer tiefer in den Sumpf zu warten? Aber ruhig konnte der Minister die Praxis seines oldenburgischen Kollegen Rührstrat zur moralphilosophischen Theorie erweitern! Kein Sturm der Empörung brach los, nicht ein Rültschen regte sich.

Herrn Scherls Glücksschiff wartet nur auf besseres Wetter, um in See zu gehen. „Kommt Zeit, kommt Rat!“ könnte man mit Hammersteinischem Geiste sagen. Wenn sich erst der Sturm der Deffektivität gelegt hat, das Urteil der Sachverständigen ein wenig in Vergessenheit geraten ist, dann wird dem Projekte auch die ministerielle Genehmigung erteilt werden, und kein Parlament wird sie verhindern.

Diese kaum verhüllten Bekundnisse des Ministers haben ihren Eindruck auf das Haus völlig verfehlt. Träge schlichen sich nach ihrer Eröffnung die Verhandlungen dahin, nur stellenweise von Sonnenblenden unfreiwilligen Humors durchbrochen. So zum Beispiel, wenn der freikonservative Herr v. Bohna als Vertreter der Scherlschen Mitarbeiterfraktion erklärte, der Erfinder der Sparlotterie hätte eine „Umwälzung des deutschen Geisteslebens“ hervorgerufen und die „Verballhornisierung der deutschen Sprache, die leider durch ein gewisses Uebergewicht einer gewissen Sorte von Presse Platz gegriffen hat, verhindert respektive lahmgelegt“. Scherl der Klassiker und Holzbod der Erzähler! Und doch mußte der Verkünder dieses neuen Luther zu gestehen, daß die Kunst seines Geldes darin bestehe, auf menschliche Schwächen, wie z. B. auf die Eitelkeit, zu spekulieren. In der Tat hat Herr Scherl diese Kunst soweit getrieben, daß sich die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für eine Gesellschaft von Schriftstellern hält, und daß die Werke dieser Fraktion, Herr Arendt, Scherls Honorarprofessor, auf den „Tag“ schwört sowie auf alles, was dessen Herausgeber unternimmt oder noch zu unternehmen gedenkt.

Wald aber ertrank wieder aller Humor in der Rede des Zentrumsmannes Fischbeds, den die Vorbeeren des heiligen Alfons von Liguori nicht schlafen ließen. Steht man von den Freikonservativen ab, so war es das Zentrum, das sich den Anträgen der Linken auf das Entschiedenste widersetzte. Herrn Fischbeds langatmige moraltheologischen Auseinandersetzungen endeten damit, daß Herr Scherl und Herr v. Hammerstein nach probabilistischen Grundrissen den Freispruch von allen Sünden erlangten. Ohne Religion keine Eitelkeit!

Was Herr Fischbed, Herr Biell, Herr Broemel, Herr Fritsch ihren übermächtigen Gegnern zu erwidern hatten, wurde kaum gehört und verdiente auch gar nicht gehört zu werden. Der Schluß war, wie gesagt, daß der freisinnige Antragsteller seinen Antrag zurückzog und der nationalliberale dem guten Beispiel folgte. Um den Meinlichkeiten einer Abstimmung zu entgehen, hatten die Konservativen ihnen goldene Brücken gebaut. Sie hatten einen Redner vorgeschickt, Herrn Windler, der sich als Gegner des Lotterienprojekts erklärte, gleichzeitig aber kundgab, daß seine Fraktion keineswegs gewillt sei, den Anträgen der Linken zuzustimmen. Der leichte Kadel, den ein einziger Mann der mächtigen Zentrumspartei dem bekämpften Projekte ausproch, genigte den freisinnigen vollständig, um sich von dem Verkauf der Debatte befreit zu erklären, und den Versuch, die Verwirklichung des Planes zu verhindern, plötzlich abzubrechen. Wie wenig doch die freisinnige Partei braucht, um zufrieden zu sein!

Ja gewiß! Von aller „Vogelheit“ hielt man sich meilenweit fern. Die geistige und moralische Bedürfnislosigkeit des Dreiklassenystems kennt keine Grenzen und spottet jeder Befreiung. Auch in den sozialphilosophischen Betrachtungen der Opposition erscheint neben der bösen Spielotte die tugendhafte Sparagneß in poetischer Verkörperung. Sie feierte unbeschnittene Triumphe. Das Sparlottenbuch ist die Lösung der sozialen Frage! Herr v. Hammerstein hatte alle Herzen für sich, als er erklärte, er sei bestrebt, durch Förderung des Spartriebs die Menschen „auf eine höhere Stufe des sozialen Glüdes zu heben“, und verkündete, Preußen marschiere mit der Zahl seiner Spargelder „an der Spitze der Nationen“. Bald wohl bricht für uns das goldene Zeitalter an, wo jeder Arbeiter sein eigener Kapitalist sein wird, oder wo zum mindesten den Arbeiter die Zinshöhe der Sparlotten interessanter dünken wird als die Höhe seines Lohnes.

Uns freilich erscheint — so wenig wir irgend einem einzelnen vom Sparen abreden wollen — das mühevollen Streben, durch Züchtung von Zwergkapitalisten alle Welt kapitalistisch zu interessieren, als nichts anderes denn als ein Versuch, die Arbeiterklasse zur Zinsfuhrmoral der herrschenden Klassen zu korrumpieren. Als ein Versuch freilich, den die herrschenden Klassen selbst wieder zu nichte machen durch die Kürzlichkeit der gewährten Löhne und die Verabwürdigung des Kleinkapitals zu wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit.

Von feyerlichen Umwandlungen solcher Art hat sich die Debatte des preussischen Abgeordnetenhauses, wie sich von selbst versteht, völlig freigehalten. Denn dieses hohe Haus ist nun einmal durch die Art seiner Zusammensetzung daran verhindert, irgend ein Ding der Welt unter einem anderen Gesichtswinkel zu betrachten als unter dem der Grundrente oder des Kapitalgewinns. Es verweigert das Wort einer Klasse, deren Lösung weder Spielen noch Sparen, sondern Arbeiten und Kämpfen ist. Der Mangel jeder ernstesten Gegenfähigkeit der Weltanschauungen bedingt es, daß seinen Verhandlungen alle Tiefe und jeder Ausschlag fehlt, und daß das gegenseitige Bombardement von Gemeinplätzen mit dem gehorsamen Rückzug einer markierten Opposition enden muß. Wie immer, so auch heute!

Port Arthur nicht gefallen!

Da der Geburtstag des Mikado auf den gestrigen Tag fiel, war vielfach die Annahme verbreitet, daß an diesem Tage möglicherweise Port Arthur durch einen entscheidenden Sturm von den Japanern genommen werden würde. Nach Meldungen aus Tokio und Tschifu haben auch heftige Sturmangriffe gegen die Forts stattgefunden. Diese Angriffe sind jedoch zurückgeschlagen worden, so daß die Situation in Port Arthur im wesentlichen als unverändert gelten kann.

Ob die Japaner wirklich mit Bestimmtheit darauf rechneten, am Geburtstag des Mikado Port Arthur erobern zu können, dürfte zweifelhaft sein. Man wird erst nähere Nachrichten abwarten müssen, ob der am 3. November stattgefunden Sturm wirklich von einer solchen Heftigkeit war, daß er die ernste Absicht und Hoffnung der Japaner verteilte, die Stadt zu nehmen. Die Japaner sind als so kluge Taktiker bekannt, daß durchaus nicht anzunehmen ist, daß sie nur deshalb einen verzweifelten und ausichtslosen Sturmangriff unternommen hätten, um dadurch den Geburtstag des Mikado zu feiern. Allerdings wird wiederum aus Tschifu gemeldet, daß die Verluste der Japaner ganz gewaltige gewesen seien. Bei den Angriffen der letzten Wochen sollen zusammen nicht weniger als 20 000 Japaner getötet oder verwundet worden sein. Nach einer anderen Meldung seien vom 19. bis zum 24. Oktober allein 14 000 Japaner gefallen. Diese Nachrichten sind, wie alle bisherigen, mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Japaner werden, nachdem sie doch nun die Stärke der russischen Befestigungen und des russischen Widerstandes hinlänglich kennen zu lernen Gelegenheit hatten, nicht so töricht sein, absolut mit dem Kopf durch die Wand zu wollen, sondern sie werden ihre Angriffe sicher in Formen unternehmen, daß bei ihnen nicht nutzlos viele Tausende geopfert werden. Die Nachrichten über die Lage Port Arthurs gehen übrigens sehr weit auseinander. Während einerseits gemeldet wird, daß die Japaner mehrere neue wichtige Forts genommen und daß das Bombardement 5 russische Schiffe zum Sinken gebracht hätte, meldet andererseits der Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph“ Bennett Surleigh, daß er am Mittwoch eine Rekognoszierungsfahrt um Port Arthur herum gemacht und dabei gefunden habe, daß die Russen sich noch im vollen Besitz aller wichtigen Positionen auf der Port Arthur-Halbinsel befanden hätten. Die japanischen Befestigungen seien nur unbedeutend, und die japanischen Truppen offenbar nur wenig über die Pigeon-Bay vorgedrungen. General Stöffels hochgelegenen Befestigungswerke beherrschten sämtliche Zugänge von dieser Bah. Gleichwohl meldet Surleigh, daß er in weniger als einer Stunde drei kolossale Explosionen wahrgenommen habe. Ungeheure weiße Pulverwolken seien dabei hoch in die Luft geschleudert worden. Er habe den Eindruck gehabt, als ob durch diese Sprengungen Häuser in der Neustadt niedergelegt worden seien, um freies Schußfeld zu schaffen. Möglicherweise ist es freilich auch gewesen, daß die Explosion von japanischen Minenarbeiten herrührten. Wenn die Lage der Russen wirklich noch eine so günstige wäre, wie sie dem Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erscheint, so brauchten die Russen noch keine Sorge zu tragen, durch Sprengungen in ihrer Neustadt sich ein freies Schußfeld zu schaffen, was doch erst nötig wäre, wenn die Forts ernstlich bedroht wären.

Nach alledem läßt sich nicht mit auch nur einiger Sicherheit vermuten, wie lange sich noch Port Arthur halten könnte. Jedenfalls aber werden in der nächsten Zeit noch schwere Kämpfe um Port Arthur zu erwarten sein, da den Japanern alles daran liegen muß, die Festung zu nehmen, bevor die baltische Flotte in Ostasien eingetroffen sein wird. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. November.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Freitag, abgesehen von den Anträgen betr. das Scherlsche Sparsystem, über die wir an anderer Stelle berichten, mit dem Gesetzentwurf betr. die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen. Der Entwurf gelangte nach erheblicher Debatte in dritter Lesung zur Annahme.

Den Rest der Tagesordnung bildeten Petitionen. Eine Petition um Aenderung der Städte-Ordnung für die Provinz Hannover, über die die Kommission Uebergang zur Tagesordnung beantragt hatte, wurde behufs schriftlicher Berichterstattung an die Kommission zurückverwiesen. Ueber eine Petition des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens um Verbesserung der Einkommensverhältnisse der angestellten Gemeindebeamten sowie der Pensions- und Hinterbliebenenverhältnisse der nicht angestellten Gemeindebeamten beantragte die Kommission gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung, das Haus beschloß jedoch Ueberweisung als Material. Die übrigen Petitionen entbehren des allgemeinen Interesses.

Sonnabend: Kleinere Vorlagen und Initiativanträge. —

Die Verfassungsrevision in Württemberg.

Stuttgart, 4. Nov. (Priv.-Dep. des „Vorwärts“.)

Der württembergische Landtag ist heute zu einer entscheidenden Session zusammengetreten. Er hat die Aufgabe, eine neue gesetzliche Gestaltung für die Verwaltungsverhältnisse zu schaffen, er hat auch wichtige Aufgaben innerhalb der Eisenbahnverwaltung zu erledigen und dergleichen mehr. Den Höhepunkt seiner Tätigkeit wird jedoch zweifellos die Beratung der Verfassungsrevision darstellen, der man im ganzen Lande seit geraumer Zeit mit Spannung entgegenfieht. Die heute vom König selbst verlesene Thronrede hat die Regierung auf ein bestimmtes Programm bereits festgelegt und damit einen Teil der Mittel gelöst, die jene politisch interessierten Kreise des Schwabenlandes in letzter Zeit beschäftigt haben. Der entscheidende Satz der Thronrede sagt darüber:

„Meine Regierung ist bereit, auf der Grundlage des bestehenden Verfassungsrechtes eine Aenderung der Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ständeversammlung in dem Sinne herbeizuführen, daß die Abgeordneten zur zweiten Kammer ausschließlich durch das allgemeine gleiche unmittelbare und geheime Wahlrecht berufen werden und zugleich die erste Kammer eine zeitgemäße Erneuerung erfährt.“

Die Regierung will also die zweite Kammer zur reinen Volkskammer machen. Es muß aber hierbei verlangt werden, daß mit der Ausmerzung der Privilegierten und Ritterschaftsvertreter aus der zweiten Kammer auch eine zeitgemäße Umgestaltung und Verweigerung der Wahlkreise Hand in Hand geht. Es ist ein Zustand, der heute bereits geradezu unerträglich und auf die Dauer unhaltbar ist, daß die Stadt Stuttgart mit nahe an 200 000 Einwohnern keine härtere Vertretung hat, als eine andere Stadt mit 4000 Einwohnern oder ein ländlicher Bezirk mit wenig mehr Einwohnern.

Wie sich die Regierung Johann zur „zeitgemäßen Erneuerung der ersten Kammer“ der Ständeherren stellt, kann sie noch nicht verraten. Sie hofft, daß der in dieser Frage noch immer ändernde Kopf der Gesetze alsbald zu einem klaren und genießbaren Getränk niederschlagen wird. Des weiteren sagt die Thronrede:

„Noch haben freilich die in Ihrer Mitte vorhandenen Meinungsverschiedenheiten heute über die nähere Gestaltung der Veränderung die erwünschte Begleichung nicht erfahren. Ich bin indessen der festen Uebersicht, daß die Stände des Landes, überzeugt von der dringenden Notwendigkeit der Reform, die Bemühungen meiner Regierung um eine Verführung der Gegenseite in opferfreudiger Hingabe an das hohe Ziel selbstlos fördern und daß sie durch ihre Entgegenkommen einem neuen gesetzgeberischen Vorgehen, das wir zu veranlassen entschlossen sind, die Wege ebnen.“

Mit anderen Worten: Zerbrecht euch die Köpfe darüber noch eine Weile, bis ihr gefunden habt, auf welchem Wege ihr eine für die Reform erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zusammenbringen werdet.

Es ist nach dieser Thronrede zweifellos, daß die Regierung die Frage der radikalen Beseitigung der ersten Kammer aus der Diskussion überhaupt ausscheiden lassen werde, obgleich es feststeht, daß die überwiegende Mehrheit des württembergischen Volkes und zwar nicht nur sozialdemokratische und volksparteiliche, sondern auch mehr rechtsstehende Kreise diese Art der Reform für das Zweckmäßigste halten würden. Es wird sich nunmehr bald herausstellen, vielleicht schon morgen, welche Stellung die Parteien zu diesem Teil der Thronrede einnehmen werden und es wird dann angebracht sein, die Aussichten des Revisionswerkes und die durch dessen Ankündigung geschaffene politische Lage einer allgemeinen Orientierung zu unterziehen.

Deutsches Reich.

Eine gemeingefährliche Reform.

Wir haben neulich an dem Rottbuser Fall gezeigt, welche Gefahren das Reformgesetz über die Entschädigung für unschuldig erlittene Unterdrückung in sich birgt. Die Sozialdemokratie hat während der Verhandlungen über das Gesetz unablässig auf diese Gefahren hingewiesen. Trotzdem hat die Mehrheit des Reichstags das Gesetz beschlossen, ja man hat der Sozialdemokratie, der eigig

hügelnden und zu positiver Arbeit unfruchtbarer Partei, vor-
geworfen, daß sie auch diese glorreiche Verbesserung bekämpft habe.
Der Gesetzentwurf hatte infolgedessen eine besondere Bedeutung, als
er ein Beispiel für die die nächste Zeit beherrschende Reform der
deutschen Strafprozedur und des deutschen Strafrechts war.
Hätte die Mehrheit des Reichstages irgendwie ernstlich einen wirk-
lichen Fortschritt für das deutsche Rechtsleben erzielen wollen, so
hätte sie ohne Zögern diese „Reform“ ablehnen müssen, schon des-
wegen, um zu zeigen, daß sie nicht gewillt sei, bei den kommenden
Veränderungen über das Strafrecht ähnliche Wege zu wandeln. Es be-
steht in der Tat die große Gefahr, daß die bevorstehende um-
fassende Justizreform äußerlich gleichfalls einige Verbesserungen,
im ganzen aber eine schlimme Mißbildung statt eines Fortschritts
bringen wird.

Die nationalliberale Gesetzgebung der 70er Jahre war auch diesen
Weg des Kompromisses gegangen. Um bestimmte Paragraphen und
Gesetze nicht scheitern zu lassen, sagte man sich „schweren Herzens“
jedem Widerstand der Regierung und begnügte sich mit Halbheiten.
Die heutige fast anarchische Rechtsunsicherheit, deren Bewußt-
sein allmählich auch die „Staatsbehaltenden“ Parteien ergreift,
ist mit die Folge jener verfallenen Kompromisse. Geradezu
leichtfertige Kompromißgesetzgebung aus den Anfängen des Deutschen
Reiches. Deshalb sind die Erfahrungen, die man schon jetzt mit dem
ersten Entwurf der neuen Reformen unseres Strafrechts macht,
äußerst beachtenswert.

Es ist charakteristisch, daß Organe derselben Parteien, die sich
nicht genug darin tun können, die Opposition der Sozialdemokratie
gegen reaktionäre Reformen-Mißarbeit in der Gesetzgebung zu ver-
leumern, daß nationalliberale Organe jetzt sich in scharfster Weise
über die Wirkungen des Gesetzes betreffend die Entschädigung für
unschuld erlittene Unterdrückung äußern. Die „Königliche
Zeitung“ bespricht den Kottbuser Fall in sehr entschiedener
Weise. „Man bedenke“, schreibt sie, „ein und derselbe Gerichtshof
entscheidet durch den Spruch der Geschworenen, die Angeklagte sei
unschuld, also freizusprechen, während die Berufsrichter
erklären, die Unschuld habe sich nicht ergeben. Beide sprechen dem-
gemäß in derselben Sache zwei völlig entgegengesetzte Urteile aus.
Das geht nicht an in einem Rechtsstaate. Das ist keine Rechtsicherheit
mehr, das ist Rechtsverwirrung. Diese Rechtsverwirrung darf auch
deshalb nicht einreihen, weil sie das Grundprinzip des ganzen
Strafrechtssystems umstößt; denn im Gegensatz zu den Zeiten des
Mittelalters mit seinem Folterprinzip, das dem Angeklagten aus-
erlegte, sich selbst von der Anklage zu befreien, zu „purgieren“, gilt
heute das Prinzip, daß die Staatsanwaltschaft die Schuldgründe
dem Gericht unterbreitet und beweisen muß, ehe eine Verurteilung
erfolgt, nicht umgekehrt.“

„Diese Schäden“, schreibt das nationalliberale Blatt weiter,
„unseres Rechtslebens sind aufs tiefste zu beklagen. Es ist aufs ein-
dringlichste darauf zu warnen, daß durch solche Gesetze und ihre
Handhabung die bedauerliche Kluft, die zwischen dem Volks-
empfinden und der formalen Rechtsprechung kluft, noch mehr
erweitert werde. Es ist Sache der Staatsregierung, dafür zu sorgen,
daß eine Verklärung, nicht eine Verminderung der Rechtsicherheit
im Volke plag greift. Am besten wäre es, wenn die beiden
Kategorien von halb und ganz freigesprochenen Angeklagten voll-
ständig beseitigt würden.“

Das ist alles durchaus richtig und wiederholt ungefähr, was
wir neulich zu diesem Falle in Kottbus gesagt haben. Als aber im
Reichstage die Vorlage beraten wurde, meinte der national-
liberale Redner Dr. Lucas recht nationalliberal:

„Ich gebe auch zu, manchen Einschränkungen wird man wohl
oder läßt zustimmen müssen, weil sonst eine Regelung überhaupt
nicht durchzuführen ist. Aber all diese Bedenken dürfen uns
prinzipiell doch nicht abhalten, den Weg, den wir als den richtigen
anerkannt haben, zu gehen bis ans Ende. Wenn wir das thun,
dann wird auch aus dem Torso, der der Entwurf ist — mehr ist
es nicht — ein richtiges Gebilde werden.“

Wie aus dem Torso des Gesetzes unter den Händen der Richter
ein richtiges Gebilde geworden ist, erleben wir schon jetzt. Wie
kann eine gesetzgebende Körperschaft bewußt ein Torso-Recht
schaffen? Ein Torso-Recht schafft Torso-Rechtsprüche und schlägt
Staat und Menschen in Trümmer.

Der unverantwortliche Fehler liegt sowohl in dem Gesetz wie
in der Anwendung des Gesetzes. Das Gesetz gestattet, daß die
Richter fundamentale Grundzüge zivilistischen Rechts vernachlässigen.
Ja, es provoziert solche Verstöße gegen das moderne Recht. Indessen
genau so ist unser ganzes Recht, das Strafgesetzbuch wie
die Strafprozedur geartet. Ideale Richter vorausgesetzt,
brauchte das heutige Papierrecht freilich nicht die Rechts-
icherheit zu erschüttern. Da aber die heutigen Richter
nicht weniger als ideal sind, so bringt die Natur
der Gesetze alle Schäden, die in ihm schlummern, zur vollen Blüte
und Reife. Unser Recht verhindert nicht gerade durchweg eine er-
leuchtete Rechtsprechung, aber es verhindert noch weniger Klassenjustiz
und Rechtsunsicherheit. Es wäre die Aufgabe jeder Justizreform,
das formale Recht so fest und bestimmt zu fassen, daß
auch der in kraffen Vorurteilen befangene Richter nicht die Mög-
lichkeit hat, gegen die Ansprüche des modernen Rechtsbewußtseins zu
verstößen.

Die Mehrheit des Reichstages aber, welche jene „Reform“
durchsetzte, hat geradezu Prämien auf Rechtsverwirrungen gesetzt. Will
man den Rechtsniedergang im Deutschen Reich nur einigermaßen
aufhalten, so muß man vor allem mit der liberalen Fabel brechen,
welche die Handlungen unserer Gerichte als den höchsten höchsten
Erleuchtung betrachtet. Als man dieser Tage im preussischen Ab-
geordnetenhaus die in einem Urteilspruch zum Ausdruck gelangte
unglaubliche Meinung eines Gerichts kritisierte, daß es vereinbar
sei mit der verfassungsmäßig gewählten geheimen Wahl,
durch Staatsbeamte die Abstimmung der Arbeiter zu kontrollieren,
da war es ein nationalliberaler Professor, der mit empörter
Wut über das Verbrechen zeterte, die Heiligste preussischer Gerichts-
urteile zu lästern. Die Justizheulelei unserer Liberalen ist noch viel
gefährlicher, als die religiöse Parteilerei.

Es genügt nicht, gelegentlich über einen allzu kraffen Ausnahmefall
der heutigen Rechtspraxis Klagen zu erheben; das Uebel liegt
im Herzen unserer Justiz. Zur Besundung bedarf es dreierlei:
Eine grundsätzliche radikale Reform des Strafrechts und des Straf-
prozedes, eine Erneuerung unserer aus laienmäßiger Inzucht
erzeugten Berufsrichter und eine freie, schrankenlose öffent-
liche Kritik der Rechtspraxis. Das Vertrauen in die
preussischen und deutschen Gerichte wird nicht dadurch erschüttert,
daß man sie kritisiert, sondern nur dadurch, daß man sie im geheimen
wohl schilt, öffentlich aber immer noch ihre Unfehlbarkeit aufrecht
erhält. Die Kritik erschüttert nur das Vertrauen zu Institutionen,
die rettungslos verkommen sind. Wo noch eine innere Erneuerung
möglich ist, da ist Kritik die beste Medizin, das einzige Mittel, um
Vertrauen zu erwecken. Geheucheltes und erzwungenes Vertrauen
ist nur eine Täuschung für kurze Zeit, eine Täuschung, die einmal
jäh und gewaltiam zu Grunde gehen muß.

Freilich ist nicht zu erhoffen, daß unsere bürgerlichen Parteien
die Kraft zu einer aufrichtigen Rechtsreform finden, schon deshalb
nicht, weil die Reichsunfehlbarkeit für sie ein Mittel ihrer
Herrschaft ist. Gerade die erwähnte Kritik der „Königlichen
Zeitung“ beweist, daß auch der stärkste Pessimismus be-
rechtigt ist. Denn nachdem das Blatt die Gefahren des Kottbuser
Falles so eindringlich dargestellt, schlägt es als Heilmittel vor, um den
Zwiespalt zwischen Geschworenen und Richtern zu beseitigen, daß sich nun
auch die Geschworenen den reaktionären Anforderungen des neuen
Gesetzes anpassen und statt über Schuldig oder Nichtschuldig eindeutigen
Spruch zu fällen, sich ihrerseits zur Praxis der zweierlei Un-
schuld bekennen und auch auf „Unschuldigen wegen
mangelnder Beweise“ plädieren. So wird allerdings der
Gegensatz zwischen Richtern und Geschworenen beseitigt und die
Rechtsicherheit in der Weise hergestellt, daß die modernen Rechts-
grundsätze gänzlich ausgetilgt werden. Das liberale Blatt verlangt
also statt der halben die ganze Reaktion!

Den Behauptungen des Freiherrn v. Zedlitz über eine angebliche
Genehmigung der Zentrumsparthei, die Diätenbewilligung gegen
Verschlechterungen des Reichstags-Wahlrechts einzuhändigen, tritt jetzt
die „Germania“ entgegen. Sie erklärt:

„... Das wissen wir bestimmt, daß beim Zentrum von
Kompensationen in bezug auf das verfassungsmäßige Reichstags-
Wahlrecht bei der Gewährung von Reichstagsdiäten nicht die
Rede sein kann.“

Auch die „Märk. Volksztg.“ sagt, es sei unbedenklich, worauf
v. Zedlitz seine Behauptung stützt. Auch dieses Zentrumsblatt will
die Diätenfrage von jeglichem Schachergeschäft freigehalten wissen.
Aber in dem Versuch, die Mitteilungen des konservativen Wahlrechts-
seindes zu erklären, verrät die „Märk. Volksztg.“ überaus seltsame
Auffassungen über das Wahlrecht. Sie schreibt:

„Wir wissen es nicht, aber wir nehmen an, daß er (v. Zedlitz)
vielleicht einmal mit einem Zentrumsabgeordneten über die Nähe
und Plage der Aufstellung neuer Wählerlisten für Nachwahlen
während der Legislaturperiode gesprochen hat. Da mag ihm der
Zentrumsabgeordnete recht gegeben haben, daß es bequemer wäre,
wenn feste Wählerlisten aufgestellt würden und nicht jeder in die
Liste neu aufgenommen zu werden brauche, der noch nicht
sechs Monate am Orte gewohnt hat. Eine solche
Meinungäußerung wäre doch noch kein Verbrechen und
keine Quertreiberei gegen das Wahlrecht. Wenn aber Freiherr
v. Zedlitz daraus geschlossen haben sollte, daß das Zentrum nun
diese oder andere „Kompensationen“ zu bewilligen geneigt sei,
so irrt er eben.“

Die katholischen Arbeiter dürften eine „Meinungäußerung“,
deren die „Märk. Volksztg.“ den Zentrums-Abgeordneten für fähig
hält, anders beurteilen. Der sechsmonatliche Wohnsitz am Wahl-
orte als Bedingung der Ausübung des Wahlrechts würde vielen
Tausenden von Arbeitern das Wahlrecht
rauben; in vielen Wahlkreisen würde durch eine solche Vorkehrung
das Stärkeverhältnis der Parteien zugunsten der Reichen ganz
erheblich beeinflusst werden. Derartige Wahlrechtsreformen als gleich-
gültige Harmlosigkeit aufzufassen, bedeutet für das Zentrumsblatt
„keine Quertreiberei gegen das Wahlrecht!“

Der tote Löwe.

Das Bursurberbot des Blumenthalschen Dramas „Der
tote Löwe“, das durch polizeiliche Verfügung vom 3. Oktober er-
lassen und von der Direction des Berliner Theaters in Gemeinschaft
mit dem Autor im Besonderen angefochten war, ist nunmehr
durch den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg unter
Abweisung der Beschwerde bestätigt worden. Die eingehende
Motivierung dieser Entscheidung gibtst in den Sätzen:

„Der Sturz des Herzogs von Ostboto gemahnt unter fort-
laufender Einsetzung von mehr oder minder beglaubigten all-
gemein bekannten historischen Tatsachen, Pläten und Anspielungen
in so eindringlicher Weise an die Entlassung des Fürsten Bismarck,
daß gegenüber der noch frischen Größe und Macht dieses geschicht-
lichen Ereignisses die abweichende Charakterisierung und die
frei erfundenen Momente der Dichtung nur als Verwerflich empfunden
werden und für das Interesse des Theaterbesuchers in den Hintergrund
treten. Der für sein dramatisches Leben allein in Betracht kommende
Kern des Stückes bleibt das im Sturz des Herzogs ver-
körperte historische Ereignis. In einem monarchischen
Staate muß es aber als eine Störung der öffentlichen Ordnung
angesehen werden, wenn Regierungskräfte des lebenden
Herrschers von so weltgeschichtlicher Tragweite in solcher Form
auf die Bühne gebracht und der Kritik des Theaterpublikums
unterbreitet werden. Derselben Teile der Bevölkerung insonderheit,
welche von dem Wandel der Dinge in ihrem Innersten leiden-
schaftlich erfaßt worden sind, würden durch einen solchen Vorgang
auf das lebhafteste beunruhigt werden, zumal
wenn sich dieser an dem zugleich die Westbünd des Monarchen
bildenden Schauspiel der Ereignisse selbst abspielt.“

Die Entscheidung des Oberpräsidenten bedeutet die denkbar
schwerste Herabwürdigung des monarchischen Staates und des Mon-
archen selbst.

Das Blumenthalsche Stück ist im Buchhandel erlaubt und wird,
dank dem Aufführungsverbot durch die Polizeijensur, reichlich ab-
gesetzt; strafrechtlich ist es mithin unantastbar, wofür die hieherigen
Bestimmungen des Verfassers von vornherein Sicherheit leisteten. Gleich-
wohl soll eine Darstellung der Vorgänge, die sich bei dem Abchied
des Fürsten Bismarck zugetragen, geeignet seien, eine Störung der
öffentlichen Ordnung“ herbeizuführen. Können die Anhänger des
monarchischen Staates die ungeheuerliche Zumutung dulden, daß
irgendwelche Vorgänge, in denen der Monarch gewirkt hat, die
Öffentlichkeit zu schrecken geeignet sein sollen? Man sollte
annehmen, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg als ein
getreuer Diener seines Monarchen überzeugt ist, daß Regierungskräfte
des lebenden Herrschers von so weltgeschichtlicher Tragweite
den höchsten Anspruch haben, in jedem Ort, auch von der Schau-
bühne der Öffentlichkeit nahegebracht zu werden!

Die Direction des Berliner Theaters wird nunmehr bei dem
Ober-Verwaltungsgericht gegen die Entscheidung des Oberpräsidenten
weitere Berufung einlegen.

Duellantenbegnadigung ist niemals geeignet, die gefehrbrecherische
Reinigung mit besonderer Ständeschre behafteten Herrschaften
herabzusetzen. Besonders erstaunlich aber ist es, daß der Justiz-
minister selbst Mitglied der gezeigenden Körperschaft, die das
Gesetz brechen, der Begnadigung empfängt.

Wegen Herausforderung des weisichen Reichstags-Abgeordneten
Freiherrn v. Hodenberg zum Zweikampf war der national-
liberale Landtags-Abgeordnete Dr. Max Jäncke
vom Kriegsgericht zu drei Tagen Festung verurteilt worden.
Diese Strafe ist nach der „Frankf. Ztg.“ im Gnadenwege in drei
Tage Hausarrest umgewandelt worden. Die Dr. Jäncke vor einiger
Zeit auf seinem Landgut Groß-Burgwedel bei Hannover erledigt hat.

Hausarrest auf dem Landtag — das ist die neueste
Art, den Duellmord und die Vorbereitung für ihn zu bekämpfen.

In den Kaiserparaden auf dem Großen Sand bei Mainz wird
der „Jahnski“ aus Offizierskreisen gelächelt: „Woher kommen
die Gelder, die sie kosten? Umsonst ist nichts auf der Welt,
also auch keine Parade, zu der ein großer Teil der Truppen erst
herbeigeschafft werden muß. Ein früherer kommandierender General,
der die Parade auf dem Großen Sand zu veranstalten hatte, hat in
Berlin — so erzählt man sich wenigstens in militärischen Kreisen —
um die Anweisung von etwa 23 000 Mark, erhielt sie aber nicht,
weil für solche Zwecke Gelder nicht flüssig seien. Aus den Rippen
kamte und wollte er sie sich aber nicht schneiden; und der Befehl,
die Parade vorzubereiten, blieb doch in Kraft. Was tun? Man sagt,
die Gesechts- und Schießgelder seien benutzt worden; die
Gelder, die der Reichstag alljährlich für die Ausbildung unseres Heeres
im Gesechts- und Schießdienst bewilligt und die in recht erheblichen
Verträgen den einzelnen Armeekorps überwiesen werden. Diese Annahme
hat sehr viel für sich. Vor allem spricht dafür der Umstand, daß in den
letzten Jahren regelmäßig der Kaiserparade auf dem Großen Sand
eine größere oder kleinere Gesechtsübung voranging, durch die aller
Wahrheitsgemäßheit nach die Gesechts- und Schießgelder für die Parade
liquide gemacht werden sollten. Trifft diese Vermutung zu, so
würden — wenn auch nicht dem Wortlaut nach, aber tatsächlich —
Gelder, die eine gründliche Ausbildung unserer Korps im Felddienst
ermöglichen sollen, dieser äußerst wichtigen Bestimmung zu-
gunsten von militärischen Schaustellungen ent-
fremdet, deren Bedeutung für die Vorbereitung des Heeres zum
Kriegsdienst der Sachkundige kaum zu erkennen vermag. Dringend
ist deshalb zu wünschen, daß der Reichstag sich aller Verleumdungs-
seligkeit enthalte, recht gewissenhaft kontrolliere und auch einmal
den Gehenden der Verquickung von Paraden und Gesechtsübungen
nachforsche.“

Die Schändlichkeit des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen wird
wieder grell beleuchtet durch zwei Fälle, die uns aus der frommen
Stadt Aachen berichtet werden. Ein Auischer hatte kürzlich einen
Restaurateur aus der Pfalzstraße in Aachen aus Aache demunziert, er
habe Ende 1901 oder Anfang 1902, also vor zwei bis drei Jahren,
in seiner Wirkhaft eine Beleidigung des deutschen Kaisers begangen.
Der Restaurateur wurde von der Strafkammer hinter verschlossenen
Türen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Am vorigen Sonnabend hatte der Säuhmachermeister Bach in
Aachen einen seiner Gesellen entlassen. Vier Tage später erschien der
Entlassene und wollte wieder eingestellt werden, was der Meister ab-
lehnte. Darauf ging er in die Küche und verlangte von der Frau,
daß sie für seine Wiedereinstellung Sorge, da er sonst die sofortige
Verhaftung ihres Mannes herbeiführen werde. Als er auch hier ab-
gewiesen wurde, ging er zur Polizei und beschuldigte den Schau-
machermeister der Majestätsbeleidigung. Die Folge war, daß der
letzte sofort durch ein starkes Polizeiaufgebot und Kriminalbeamte
verhaftet wurde. Jedoch nach 3 1/2 Stunden wurde Bach wieder frei-
gelassen, nachdem zwei Zeugen die Behauptungen des Demunzianten
nicht bestätigt hatten. Bach ist ein alter Mann, dem die Auslegung
noch lange in den Gliedern sitzen wird. Als er in seine Wohnung
zurückkehrte, fand er seine ebenfalls schon betagte Frau derart krank,
daß man sie ins Hospital schaffen mußte.

Kein Tag ohne — „sensationalen Fall“. Aus der Stadt der
Ständele, aus Dresden wird dem „V. Z.“ geschrieben: Es
handelt sich heute um den Geheimen Hofrat Dr. A. V. Meyer,
den Direktor des königlichen zoologischen und anthropologisch-
ethnographischen Museums, der von seinem Amte suspendiert worden
ist. Gegen Geheimrat Meyer schwebt seit längerer Zeit eine
Disziplinaruntersuchung. Im September dieses Jahres wurde beim
sächsischen Finanzministerium seitens eines Landtags-Abgeordneten
eine Eingabe gemacht, in der Herrn Geheimen Hofrat Dr. A. V. Meyer
ein langes Sündenregister vorgehalten wurde, das jetzt Gegenstand
der Untersuchung ist. Die Inregelmäßigkeiten, deren Geheimrat
Dr. Meyer beschuldigt wird, füllen ein ganzes Altentück. Außerdem
sind noch von verschiedenen anderen Seiten Beschwerden gegen ihn
erhoben worden. Geheimrat Meyer wird beschuldigt, Museums-
flüde beseitigt zu haben. Ferner wird ihm zur Last gelegt, daß er
verschiedene Gegenstände für den Selbstbedarf auf Kosten des
Museums hat anfertigen lassen.

Als Nachfolger v. Niedels im bayerischen Finanzministerium ist
Mitter v. Pfaff ernannt worden, der bisher schon seit 1893 im
Finanzministerium tätig war und zwar seit 1893 als Ministerialrat.

Zum südwestafrikanischen Ausfall.

Heber Kapstadt sind aus englischer Quelle mehrere Meldungen
eingetroffen, die die Verluste der Deutschen bereits erheblich und
die gesamte Kriegslage im Hottentottengebiet recht bedenklich er-
scheinen lassen. Bis auf Warmbad und Actmanshop sollen sich alle
Ortschaften im Besitz der Ausländischen befinden. Auf dem Marsch
nach Warmbad seien mehrere deutsche Farmer von Witbois er-
mordet worden. Die Witbois erhielten starken Zug von Ein-
geborenen. Bei einem Gefecht in der Nähe der Caraberge
seien 3 deutsche Offiziere und 8 Mann gefallen. Diese Meldung,
die auf den ersten Augenblick übertrieben erscheint, findet eine
gewisse Bestätigung in der schon gestern mitgeteilten Nachricht des
Oberst Lengertle aus Warmbad, daß Actmanshop mit 130
Mann und 2 Geschützen besetzt und ausreichend versprobiert sei,
um sich monatelang halten zu können, wenn auch Weg-
nahme der dort reichlich vorhandenen Tiere zu befürchten sei.
Moroanga befindet sich mit mehreren hundert gut bewaffneten und
berittenen Satteltotten in und bei Caraberge. Die Verbindung
mit Actmanshop sei dadurch unterbrochen. Durch diese offizielle
Meldung des deutschen Offiziers erhält die englische Meldung
größere Wahrscheinlichkeit.

Nach der „Freien Deutschen Presse“ berechnet man die deutschen
Verluste in Südwestafrika seit Beginn des Hereroaufstandes auf
671 Tote. Diese Verluste sind also noch beträchtlich größer, als
man bisher angenommen hatte. Sie übersteigen weitaus die Ver-
luste unserer Chinakrieger! Diese Verluste wird bei längerer
Dauer des Krieges noch ganz gewaltig answachsen, namentlich durch
die Typhusepidemie, die noch immer nichts an Festigkeit
verloren hat, im Gegentheil während der bevorstehenden Regenzeit
an Gefährlichkeit zunehmen wird.

Angesichts solch gewaltiger Verluste sollten denn doch die
Regierung und die bürgerlichen Parteien dem Rühruf des „Reichs-
boten“, der ja allerdings nur ein mattes Echo der sozialdemokratischen
Rathungen ist, endlich Gehör schenken! Wenn humanitäre Gesichts-
punkte die deutsche Regierung nicht veranlassen können, in Ver-
handlungen mit den Herero einzutreten, so sollten doch die kolossalen
Verluste von Menschenleben endlich die Regierung davon über-
zeugen, daß eine Fortführung des Krieges in dem bisherigen Stille
die gewissenloseste Verwüftung von Menschenleben bedeutet! —

Zur Vorgeschichte des Hottentottenaufstandes erhält die „Frank-
furter Ztg.“ eine bedeutsame Mitteilung: Zuerst läufigen Privat-
nachrichten des genannten Staates aus Südwestafrika zufolge ist
nämlich der Witboisaufstand erst ausgebrochen, nachdem deutscherseits
mit der Entwaffnung der Witbois begonnen worden war! —

Ausland.

Wie es bei der Mobilmachung zugeht.

Der „Jeska“ wird aus Süd-Rußland geschrieben: Der
Patriotismus ist stark im Fallen begriffen, was zahlreiche Vorfälle
aus Westarabien, Odessa, Nikolajeff, Koltawa beweisen. Als im
Lugansk der Geistliche kam, um die einkerkerte Reserve zu segnen,
rieten ihm die erbitterten Leute zu: er möge lieber eine Lotumessie
lesen; denn sein Segen würde schwerlich helfen. „Ihr hofft alle auf
Gott, aber uns schidt Ihr in den Tod.“ — Alles veracht, über die
Grenze zu fliehen. Ein österreichischer Beamter erzählt, daß aus
einer einzigen russischen Grenzstadt 600 Personen flohen. Soldaten
rücken ebenfalls aus, wo es möglich ist. Selbst Offiziere
scheuen sich nicht die Fahne zu verlassen. Auf der Station Nadel-
naja flohen 500 Mann und 34 Offiziere, in Nikolajeff flohen
gar 800 Mann.

Die Soldaten müssen gebunden in die Wagen gelegt werden.
In Swastopol verschickten vorüberziehende Soldaten ihre
Gewehre dem zuschauenden Publikum.

Überall herrscht die größte Verwirrung und Kopfschüttelheit.
In einzelnen Gouvernements und Städten, z. B. in Odessa,
sind Soldaten und Offiziere höchst zuvorkommend. In anderen Orten
reagieren sie auf den leisensten Zwang, den man auf sie ausüben
will, mit großer Wildheit.

In Koltawa wollte ein Bahnbeamter die Reservisten im Güter-
zuge fahren lassen, doch diese erklärten, daß sie keine Schweine seien
und setzten sich mit der Waffe zur Wehr. In Lubin wollte man
die Neueingezogenen nicht aus der Kaserne hinauslassen, doch sie
zertrümmerten Fenster und Scheiben und brachen aus.

Auf die Frage eines Genossen an vorüberziehende Soldaten,
wohalb sie überhaupt in den Krieg zögen, antwortete einer der-
selben: „Wir? Rechen wir freiwillig in den Krieg? Der
Zar schidt uns, weil er gern diese verfluchte Wandschweel haben
will. Mag sie zum Teufel gehen.“

Ein anderer Soldat rief einem Beamten zu, den er beleidigt
hatte und der ihn anzeigen wollte: „Hund, ich schlage Dich tot; ich
geh' für Dich in den Tod, und Du bist beleidigt!“
Den offiziellen russischen Telegrammen glaubt niemand:
Die Japaner schlägt man, aber die unserigen fallen!“ sagen die
Bauern.

Die Mobilisierung geht äußerst langsam vor sich. Die Beamten machen glänzende Geschäfte; denn wer es irgend kann, sucht sich loszulassen. Die armen Reservisten aber hungern mit einigen Kopeln für den Tag auf ihren langen beschwerlichen Märschen.

Der Händler wegen, die unverkündete Preise fordern, kam es bereits zu Exzessen.

In den Gärten findet man nirgends einen Ofen. Es gibt keine Unterlage. 40 Mann schlafen neben 8-10 Pferden auf dem Boden und frieren, da sie nichts zum Schutz gegen die Kälte erhalten. Zu alledem macht sich eine geradezu ungeheuerliche Rache geltend. Die Last für die zurückbleibenden Weisen und Witwen liegt der Staat abzuwälzen.

In Edisonstadt wollten sich die Frauen von ihren Männern verabschieden, und um dem „Gehens“ aus dem Wege zu gehen, ließ ein Beamter die Frauen und Kinder in zwei leere Wagen steigen, damit sie ihre Männer bis Charlow begleiten könnten. Nachdem die Wagen angeloppelt waren, setzte sich der Zug in Bewegung, um nach einer Weile wieder still zu stehen. Die Wagen wurden wieder abgeholt, auf dem Feld zurückgelassen und die Frauen waren so um ihren Abschied von den schiedenden Männern gebracht.

In Christinow hat der Gendarm verboten, den Soldaten Brot zu verkaufen, weil sie „angezogen“ waren. Und in Odessa schickte man die Reserve, die fast vollständig aus Juden bestand, am Verjöhnungstage ab.

Die Menge versucht in irgend einer Weise ihren Protest gegen das herrschende Regime und den Krieg auszudrücken. Deshalb mordet und schlägt man überall die Juden und plündert die Stationen.

Die Presse pflegt dann von solchen Exzessen gewöhnlich als von Hungernöten Notiz zu nehmen.

Allerdings wüteten auch solche im Lande. So haben 1500 Reservisten in Snamela, als sie sämtliche Magazine leer fanden, einen Plünderzug durch die Stadt unternommen. Sie raubten aus allen Läden, was ihnen gefiel, brachen in Wärdereien und Konditoreien ein und verschafften sich so Lebensmittel.

Rur in einem Punkte ist der Krieg zu loben. Er allein hat es vermocht, das russische Volk aus seinem trägen Schlafe zu erwecken und zur Besinnung zu bringen.

Kenner des Landes staunen, wenn sie sehen, wie selbst der Bauer sich nicht mehr wie ein Stück Vieh behandeln läßt und energisch gegen seine Unterdrücker Front macht. So darf man wohl auch hoffen, daß dieser Krieg das Volk einsehen lassen wird, daß es in der bisherigen Weise nicht weiter geht.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. November. Die „Neue Freie Presse“ aus Innsbruck meldet, wurde bei Zusammenstößen am Donnerstag zwischen deutschen und italienischen Studenten der Stadtphysischen Hoerthnagel durch Revolververletzungen am Schenkel verunndet. 135 Studenten, deutsche wie italienische, wurden verhaftet. — Heute kam es in den Straßen, insbesondere in der Museumstraße, abermals zu Zusammenstößen, die unblutig verliefen. — Bei den verhafteten Italienern wurden 46 Revolver gefunden.

Wien, 4. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Nach einer heute nachmittags stattgehabten Besprechung der Minister verlautet von unrichtiger Seite, daß die Schließung der Innsbrucker Universität oder der italienischen Rechtsfakultät nicht erfolgen werde; die Regierung werde die unpassendsten Vorlesungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Innsbruck treffen.

Frankreich.

Ein großer Angriff gegen André und das Kabinett wird für die heutige Kammer Sitzung erwartet. Die Erregung soll eine außerordentliche sein. Man fürchtet, daß der Bloc sich diesmal spalten werde. Die Delegierten der republikanischen Gruppen haben zwar gestern lange Sitzungen abgehalten, sich aber nicht zu einigen vermocht. Während Jaurès und Vertaus der Ansicht waren, daß General André unter allen Umständen gedeckt werden müsse, und daß es notwendig sei, zum Angriff gegen die Merikalen und Nationalisten überzugehen, forderte Etienne, daß General André seine Demission geben müsse. Hinter André stehen auch alle Gegner der Regierung auf der linken Seite, wie Doumer und Lacroix. Man erwartet auch, daß wieder einmal Millerand einen Sturm auf die Regierung unternommen wird. Millerand beabsichtigt auch, Combes in die Debatte hineinzuziehen. In den Beratungen der republikanischen Gruppen vermochte man sich, wie gesagt, über eine gemeinsame Tagesordnung nicht zu einigen. Jaurès hatte eine lange Tagesordnung vorgelegt, die in sehr bestimmter Form der Regierung das Vertrauen ausdrückt und sich gegen die Merikalen und Nationalisten wendet. Sarrien, der Präsident der radikalen Partei, hatte seinerseits eine Tagesordnung vorgelegt, die zwar wiederum die unzulässigen Machenschaften in den Bureaus des Kriegsministeriums tadelt, gleichzeitig aber betont, daß die Regierung das Recht und die Pflicht habe, die Armee zu republikanisieren und die Offiziere auf legalen Wege durch die Präfecten usw. zu überwachen.

Es bleibt also abzuwarten, ob die republikanischen Gruppen sich noch im letzten Augenblick über eine gemeinsame Tagesordnung einigen werden. Das Schicksal der Regierung hängt von der Zahl der Deputierten der Linken ab, die sich der Richtung Etienne und Millerand anschließen werden.

Rußland.

Zu den Prozessen in Kishinew

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 31. Oktober gemeldet: In Kishinew fanden die Verhandlungen wegen der Unruhen im Dorf Buzak bei Kishinew am dritten Massatertage, 22. April v. J., statt. Es hat dabei augenscheinlich hervor, wie die Konnivenz der Behörden zu einer Ausdehnung der Exzesse auf die kleineren Orte des Bessarabiens geführt hat. Ein Beamter der Landpolizei von Mirent war an den Osterfesten in der Hauptstadt Kishinew, hatte nicht nur vergnügt zugeguckt, sondern an den Brutalitäten gegen die Juden aktiven Anteil genommen. Am Dienstag in das Dorf zurückgekehrt, erzählte er den Bauern, es sei ein kaiserlicher Erlaß gekommen, die Juden auszulandern und totzuschlagen. Nach in derselben Nacht wurden von den infolge dieser Mär gebildeten Bauernverbänden die ansässigen jüdischen Familien überfallen und ausgeraubt.

40 Zeugen waren für heute vorgeladen, von denen der größte Teil die Schuld der Angeklagten bestätigte. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob ein Mordanschlag oder eine Spannung vorher zwischen Christen und Juden bestanden, erklärten die Zeugen, daß im Gegenteil das beste Einvernehmen immer zwischen den Konfessionen geherrscht habe und nur das Gerücht von einem allerhöchsten Erlaß die Bauern zu den Unruhen veranlaßt habe. Durch diese Aussage entfiel der Anklagebehörde der von ihr bei den früheren Prozessen mit Vorliebe angewandte § 20, Absatz 1 als Grundlage (wonach Ausschreitungen, die eine Folge des nationalen und religiösen Hasses sind, sehr glimpflich behandelt werden). Die Angeklagten sind aber noch günstiger als die früheren verurteilt. Nur fünf von ihnen wurden zu sieben Tagen Gefängnis verurteilt, die ihnen auch infolge des bei Geburt des Thronfolgers erschienenen Manifestes erlassen wurden.

Der Gerichtspräsident Davidow hat in Petersburg nachgeforscht, ob die wenigen noch ausstehenden Prozesse, wie in Osmel, öffentlich geführt werden.

Amerika.

In Colorado wird die Wiederwahl des republikanischen Gouverneurs Peabody als notwendig bezeichnet, um die Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu verhindern. Kapitalisten aller Schattierungen sind sich darüber einig und haben eine Liga zur

Verfechtung von Gesehlichkeit und Ordnung in Colorado“ gegründet. Die Sozialisten sollen es sein, welche den zähen Widerstand der streifenden Bergarbeiter, die sich noch immer nicht beugen wollen, unterfütigen und ermutigen. Man weiß, daß in der Bergarbeiterorganisation der Weststaaten, der Western Federation of Miners, starke sozialistische Strömungen bestehen. Die neue Liga erklärt, daß Partei-Interessen nicht mitzurechnen dürfen, denn die Wiederwahl Peabodys sei von nationaler Wichtigkeit; aus seiner Niederlage würde die sozialistische Strömung unter den organisierten Arbeitern neue Kraft ziehen. Es wird zu reichen Beistützern aufgefordert, um die Wahl Peabodys durchzuführen.

Das Vordringen der Sozialisten wird von den alten Parteien mit wachsendem Unbehagen beobachtet. Im 9. Kongressdistrikt von New York haben die Republikaner die Parole ausgegeben, lieber für die Demokraten zu stimmen, als den Sozialisten die Möglichkeit eines Sieges einzuräumen. Stichwahlen finden nämlich statt, sondern die einfache Mehrheit entscheidet. — In Milwaukee, im Staate Wisconsin, hat die sozialdemokratische Partei bei der letzten Bürgermeisterwahl beinahe soviel Stimmen erhalten wie die republikanische. Jetzt wurde offen erklärt, daß keine Kosten gescheut werden sollten, um die Stärke der Partei wieder zu brechen. Eine „Arbeiterzeitung“ wurde gegründet, deren Zweck die Bekämpfung der Partei und der Gewerkschaften ist. Die Unternehmer leugnen keine Parteiunterschiede, sobald es gegen die Arbeiter geht. In Milwaukee ist das Deutschtum sehr stark vertreten, und die Zahl der deutschen Parteigenossen ist groß, die reiche Agitationsarbeit leisten. Dasselbe ist von den meisten großen Städten zu sagen. Früher wurde die Bewegung überhaupt von den Deutschen getragen, aber seit Jahren schon ist die Parteibewegung durchaus amerikanisch geworden, und ihr schnelles Wachstum beunruhigt die Politiker der alten Parteien immer mehr; sie werden am nächsten Dienstag wieder einen neuen Schreck bekommen.

Die Wahlen in Kanada. Die bisher gemeldeten Ergebnisse deuten auf einen sicheren Sieg Lauriers hin. Es herrscht große Aufregung. Ueberall besteht für den Imperialismus die Gefahr einer Niederlage.

St. Thomas, 4. November. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) In den Parlamentswahlen haben die Ministerkassen einen großen Erfolg errungen. Die Regierungsmehrheit hat 65 Sitze gewonnen, was einen Sieg für die von der Regierung in der Frage der Transkontinentalbahn befolgte Politik bedeutet.

Soziales.

Die Kaufmannsgerichte und der Berliner Magistrat.

Der Oberbürgermeister Kirchner hat in der Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag zur Rechtfertigung des Magistrats dargelegt, daß bereits am 19. Oktober der Entwurf eines Statuts für das Kaufmannsgericht fertig war. Das ist wahrhaftig spät genug. Das Gesetz datiert vom 6. Juli und ist am 14. Juli verkündet worden und in Kraft getreten. Der Magistrat hat also vom Tage der Verkündung an 14 Wochen gebraucht, um nur den ersten Entwurf des Statuts reif zur kommissarischen Vorbereitung innerhalb des Magistrats zu machen. Das hätte, da ja dem Magistrat die zu erfüllenden Formalien und die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit bekannt sind, in 14 Tagen anstatt in 14 Wochen geschehen können, um so mehr, als ja Erfahrungen über die Einrichtung eines solchen Gerichts schon aus der Praxis der Gewerbegerichte vorliegen. Auch über die Gestaltung des vorgeschriebenen Proportionalwahlverfahrens liegen Erfahrungen von Gewerbegerichten vor.

Die Möglichkeit, das Kaufmannsgericht am 1. Januar zu eröffnen, war also gegeben. Es ist auf die Saumseligkeit des Magistrats zurückzuführen, wenn es nicht am 1. Januar vorhanden ist. So einfach, wie Herr Kirchner am Donnerstag die Sache darstellte, daß kein gesetzlicher Zwang und kein vitales Interesse vorliegt, das Gericht am 1. Januar zu konstituieren, sind die Dinge denn doch nicht. Zunächst ob ein vitales Interesse vorliegt, das hat nicht der Berliner Magistrat zu entscheiden, da es schon vom Gesetze entschieden ist. Danach ist für Berlin ein Kaufmannsgericht zu errichten und vor dieses gehören vom 1. Januar an die Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und ihren kaufmännischen Angestellten in dem Umfange, wie es § 5 des Gesetzes vorschreibt. Ob der Berliner Magistrat das für notwendig hält oder nicht, darauf kommt es gar nicht mehr an.

Niemand hat bei Erlass des Gesetzes daran gedacht, daß die Bericht entgegen dem Gesetze am 1. Januar noch nicht vorhanden sein könnten; es ist vielmehr ohne weiteres vorausgesetzt worden und mußte vorausgesetzt werden, daß die Gemeinden ihre gesetzliche Pflicht erfüllen würden. Wurde doch in der Kommission zur Vorbereitung des Gesetzes der Antrag gestellt, es schon am 1. Oktober in Kraft zu setzen, der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, die Vorarbeiten zur Einrichtung der Gerichte erforderten soviel Zeit, daß dieser Termin zu kurz sei. Der Einwand wäre ganz hinfällig gewesen, wenn man davon hätte ausgehen können, daß die Gerichte nicht an dem Tage vorhanden zu sein brauchen, an dem das Gesetz in Kraft tritt.

Wie es nun mit dem Gesetze unterliegenden Streitigkeiten nach dem 1. Januar zu halten ist, wenn das Kaufmannsgericht noch nicht vorhanden ist, obwohl es vorhanden sein müßte, das ist nicht so ohne weiteres zu sagen. Zwar bestimmt § 21:

Streitigkeiten, welche anhängig geworden sind, bevor ein für sie zuständiges Gericht bestand, werden von den bis dahin zuständig gewordenen Behörden erledigt.

Der Ton ist aber offenbar zu legen auf die Worte „welche anhängig geworden sind“; ob in den Städten, für die nach dem Gesetze ein Kaufmannsgericht errichtet werden muß, nach dem 31. Dezember noch die unter das Gesetz fallenden Streitigkeiten bei den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht werden dürfen, kann bezweifelt werden, denn durch die Zuständigkeit eines Kaufmannsgerichts wird nach § 6 die Zuständigkeit des ordentlichen Gerichts aufgehoben. Der § 21 hat nur die Bedeutung einer Uebergangsbestimmung, um Zweifel für die Befandlung solcher Streitigkeiten auszuschließen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes anhängig gemacht wurden und bei seinem Inkrafttreten noch nicht erledigt sind. Die Richter können ihre Entscheidung über die Zuständigkeit nicht abhängig machen von der Untersuchung darüber, ob eine Ausführungsbehörde ihre Pflicht erfüllt, sondern lediglich vom Gesetz und nach diesem ist vom 1. Januar an für Berlin die ausschließliche Zuständigkeit des Kaufmannsgerichts begründet.

Es kommt aber auch das Recht des Publikums in Frage. Die Handlungsgehilfen und Kaufleute haben ein Recht auf das Kaufmannsgericht vom 1. Januar an; sie erleiden nicht bloß ideale, sondern unter Umständen schwere materielle Nachteile, wenn ihnen die Möglichkeit, vor einem Kaufmannsgericht Recht zu suchen, vorenthalten wird. Es liegt geradezu eine Rechtsverweigerung vor und der Berliner Magistrat könnte sich nicht beschweren, wenn die Landeszentralbehörde von ihrer Befugnis nach § 2 des Gesetzes Gebrauch machte und die Errichtung des Gerichts anordnete, sowie nach § 1 die dem Statute vorbehaltenen Bestimmungen im Wege der Anordnung festsetzte.

Vielleicht versuchen Handlungsgehilfen dem Herrn Oberbürgermeister die Folgen der Saumseligkeit des Magistrats dadurch einigermaßen sühnbar zu machen, daß sie vom 1. Januar an von den Bestimmungen des § 19 des Gesetzes Gebrauch machen: „Ist ein zuständiges Kaufmannsgericht vorhanden, so kann bei Streitigkeiten der im § 5 Abs. 1 und 5 bezeichneten Art . . . jede Partei die vor-

läufige Entscheidung durch den Vorsitz der Gemeinde . . . nachsuchen.“

Wenn der Herr Oberbürgermeister in die Notwendigkeit versetzt wird, über recht viele Streitigkeiten aus dem kaufmännischen Arbeitsverhältnis zu entscheiden, dann wird es ihm vielleicht zum Bewußtsein kommen, daß ein vitales Interesse vorgelegen hätte, die dem Magistrat obliegenden Pflichten zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß am 1. Januar ein Kaufmannsgericht vorhanden war.

Zur Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen.

In Frankfurt a. M. ist Ende 1900 unter Bezugnahme auf § 105b der Gewerbeordnung ein Ortsstatut über die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen und Lehrlinge und der Arbeiter im Handelsgewerbe erlassen, nach dessen § 1 Ziffer 3 in allen Handelsgeschäften „jedem Gehilfen, Lehrling und Arbeiter jezeitlich der zweite Sonntag „jedes freigegeben“ werden muß. Das heißt, jeder der Betroffenen muß alle 14 Tage einen ganz freien Sonntag erhalten, es steht aber den Inhabern von Geschäften frei, jeden Sonntag das Geschäft offen zu halten und immer abwechselnd die eine Hälfte der Angestellten am Sonntag zu beschäftigen und die andere Hälfte feiern zu lassen, sofern er mehrere Angestellte hat. Belamlich dürfen nach § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung im Handelsgewerbe Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an gewöhnlichen Sonntagen höchstens 5 Stunden beschäftigt werden, in diesen sind danach weitere Gemeinden und weitere Kommunalverbände befugt, durch statutarische Bestimmungen diese Beschäftigung für alle oder einzelne Zweige des Handelsgewerbes auf kürzere Zeit einzuschränken oder ganz zu untersagen. — Der Warenhausbesitzer Schmoller in Frankfurt a. M., der über 100 Angestellte beschäftigt, hatte nun jene Vorschriften des Ortsstatuts übertreten und war deshalb angeklagt worden. Er wurde aber in zweiter Instanz vom Landgericht Frankfurt a. M. freigesprochen, weil § 1 Ziffer 3 des Frankfurter Ortsstatuts rechtsungültig sei. Die Bestimmungen verstoßen gegen § 105b Absatz 2 der Gewerbeordnung. Dieser wolle nur eine gleichmäßige Regelung der Sonntagsruhe entweder für einzelne oder für alle Zweige des Handelsgewerbes durch statutarische Bestimmungen zulassen, betone, daß die weitergehende oder gänzliche Sonntagsruhe zugleich von allen Angehörten der einbezogenen Geschäfte genossen werde. Ein Wechseln, wie es Frankfurt geschaffen, sei danach nicht zulässig. Zu berücksichtigen sei bei der Auslegung der § 41a der Gewerbeordnung mit seiner Bestimmung: „Sonntags nach dem § 105b und folgende der Gewerbeordnung die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Feiertagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf ein Gewerbebetrieb in offenen Betrieben an diesen Tagen nicht stattfinden.“ Diese Bestimmung bezwecke, daß durch § 105b und seine Anwendung nicht der Kleinhandel, der keine Arbeitskräfte brauche, beeinträchtigt werde. Dagegen verstoße aber das Frankfurter System ebenfalls, denn bei diesem könne nach § 41a der Gewerbeordnung jedes Handelsgeschäft Sonntags 5 Stunden offen halten, wobei der Kleinhändler in seiner Person seine ganze Arbeitskraft behalte, das große Geschäft mit vielen Arbeitskräften aber nur mit halber Kraft am Sonntag arbeiten könne.

Das Kammergericht in Berlin verwarf am 3. November die hiergegen eingelegte Revision der Staatsanwaltschaft im wesentlichen aus den Gründen des Landgerichts. Besagt wurde u. a.: Was Frankfurt bestimmte, möge ja ganz gut gemeint sein, es lasse sich aber rechtlich nicht halten. § 105b in Verbindung mit § 41a der Gewerbeordnung lasse ein solches Wechseln, das man Melais-System nenne, nicht zu. Gründe ausgleichender Gerechtigkeit hätten zur Einfügung des § 41a geführt. Auch andere Bedenken kämen nach, z. B. daß die arbeitende Hälfte der Angestellten am fraglichen Sonntag doppelt angestrengt werde.

Der Kampf um die Armee in Frankreich.

Paris, 3. November. (Eig. Ber.) Diese Woche steht das im Zeichen der Armee Debatte, der vergangenen und der morgen kommenden. Haben und drüben bereitet man sich zu einem entscheidenden Kampfe vor.

Es gilt diesmal nicht nur dem Kriegsminister, sondern auch dem Minister des Innern und dem Ministerpräsidenten Combes. Die nationalstiftischen Zeitungen veröffentlichen um die Wette „kleine Papiere“, aus denen die direkte oder indirekte Verantwortlichkeit des Regierungschefs für die Gefinnungsdieberei unter den Offizieren gefolgert werden kann. Die Organe der bourgeoise-republikanischen Opposition fordern mit den Nationalisten den Sturz des Ministeriums als die einzig angemessene Sühne für Praktiken, die dreißig Jahre lang von allen Kriegsministern und Ministerien ungefragt und ungehindert im Interesse des Merkantilismus und Monarchismus geübt oder geduldet wurden. Die radikalen Dissidenten blasen in das gleiche Horn mit den Nationalisten und Ministern. Lacroix, ein — mit Verlaub zu sagen — linksradikaler Dissident, der als ehemaliger Marineminister sich die besondere Aufgabe gestellt hat, den Marineminister Pelletan im Namen des Wasserpatriotismus zu hängen, benützt die gute Gelegenheit, um auch seinen Landpatriotismus leuchten zu lassen. Auf einem bei seinem Pariser Wahlkomitee bestellten Banquet hielt er eine regelrechte Ministerrede, worin er unter anderem die sogenannte „Angeberei in der Armee“ brandmarkte — natürlich aus den edelsten republikanisch-demokratischen und patriotischen Motiven. In der Tat, wer wird an der stillen Lauterkeit, an der hohen Unparteilichkeit dieses inentwegten Linksradikalen zweifeln, der als Marineminister zu seinem Generalstabchef einen notorischen streitbaren Merikalen ausseroren hatte? . . .

Der konzentrierten Attacke der linksradikalen Opposition stellt das Regierungslager noch heute, am Vorabend der Kammerkammer, nichts weniger als eine geschlossene Front entgegen.

Der Kriegsminister André hatte sich in der Armee-Debatte der vorigen Woche auf die Defensiv verlegt. Mit dem nationalstiftischen Interpellanten hatte er das enthälte System der Gefinnungsdieberei getadelt und demgemäß die Verpflichtung übernommen, die daran beteiligten Offiziere, darunter in erster Linie seine Ordonnaus, Hauptmann Rollin, zur Verantwortung zu ziehen. Daraufhin reichte Rollin seine Demission ein, und die im kriegsministeriellen Kabinett angekauften Leumundnoten über die Gefinnung der Offiziere wurden verbrannt. Das stimmte mit der Haltung des Generals André in der Kammer und stand im Einklang mit dem Teil der rettenden Vertrauensformel, worin ja das enthälte System „getadelt“ wurde, und zwar einstimmig von der ganzen Kammer. Im schroffen Gegenatz dazu steht aber die weitere Haltung des Kriegsministers. Rollins Demission wurde von ihm bis heute nicht akzeptiert und er unterließ auch jedes Vorgehen gegen die anderen von den Nationalisten angeschuldigten Offiziere. Dieses räthelhafte Schwanken oder Zögern wird der Kriegsminister in der morgenden Debatte aufzuklären haben in Verantwortung einer neuen nationalstiftischen Interpellation.

Während so in der Regierung ein Frontwechsel durch die Inaktivität indirekt markiert wurde oder doch markiert worden zu sein schien, gab in der ministeriellen Presse namentlich Jaurès das Signal zu einem direkten Frontwechsel auf dem Gebiete der nationalstiftischen Attake selbst. Anstatt der Defensiv eine stürmische Offensiv, anstatt des Tadels gegen die trümmen Mittel der Republikanisierung der Armee eine Rechtfertigung, eine Rechtfertigung derselben durch den dreißigjährigen jesuitischen Gefinnungsterrorismus, der mit großem Erfolge die Armee zu einem Werkzeuge der Kongregation und des prätorianischen Staatsreiches zu machen gesucht hat. Demnach hätten die republikanischen Vertrauensmänner der Kriegsminister und die Freimaurer-Organisation einfach in berechtigter Notwehr gehandelt.

Der Schmerz wird neu. Es wiederholt die Klage, die verhassten Stichworte und Beschwerden aus den Rechts-Feiten. Man fühlt sich um fünf Jahre jünger, wenn man jetzt die linksradikalen ministeriellen Zeitungen liest. Das alte, ach! unbeglichen gebliebene tonnen schwere Schuldkonto der Merikalen Hocharmee wird da mit neuer Entrüstung aufgelöst: ihre verbrecherischen Taten und verbrecherischen Absichten, die „roten Listen“ der Selbstmahlung

Als ein Denkmal zu Ehren des Oberfeldmarschalls, an der sich 35 Generale, 63 Obersten und Oberleutnants, 89 Majore, 188 Hauptleute, 110 Leutnants, 17 Unterleutnants, 17 Unteroffiziere und Gemeine sich unter Namensnennung beteiligten, während 9 Generale, 40 Oberste und Oberleutnants, 87 Majore, 295 Hauptleute, 186 Leutnants und Unterleutnants unter dem Deckmantel der Anonymität den patriotischen Oberfeldmarschall verehrten, dazu 30 Seiten in Oktav mit Geldspenden von Offizieren und ehemaligen Offizieren ohne nähere Bezeichnung des Ranges, sowie 33 weitere Seiten mit Geldspenden von Unteroffizieren im Dienst und a. D., ferner die Stichworte der „roten Listen“, die in einer Vogni-Sprache nach einem Staatsstreich, nach einer Niederwerfung der Freimaurer und der Juden verlangten. . . .

Es fehlt aber auch nicht an neuem bzw. erst dieser Tage bekannt gewordenem Anlagematerial wider die Kerisale Hocharmee. Im Prozeß Dautriche wurde soeben enthüllt, daß das alte berüchtigte „Informationsbureau“ unter der Leitung Henrys die ihm zu vaterländischen Spionagetwecken zugewendeten Gelder zum Teil dazu mißbraucht hat, um Parlamentarier und Journalisten, vor allem republikanischer Partei, richtung auszusperieren. Im Kriegsministerium wurden so geheime Spionageberichte über die hervorragendsten Politiker aufgefunden, über ihr Privatleben, ihren Umgang, ihre Gewohnheiten usw. Unter den von der generalstäblerischen Geheimpolizei bespionierten Politikern befinden sich Clemenceau, Grisson und — Kriegsminister Freycinet!

Diese Enthüllung wird vom ministeriellen Vinkradikalen Verteau in der Kammer zur Sprache gebracht werden gleichzeitig mit der neuen nationalpolitischen Interpellation.

Indes stützt Jaurès Initiative auf den Widerstand eines Teiles der Radikalen, der nach wie vor am Tadel der republikanischen Gesinnungsrichtung festhält. Es sind diejenigen Radikalen, die mit Clemenceau combesmilde geworden sind — aus dem Grunde, weil sie an die Reformfähigkeit des gegenwärtigen Ministeriums nicht mehr glauben.

Die Situation ist demnach für den Bloc und das Ministerium recht ungünstig. Die Entscheidung steht auf des Messers Spitze.

Paris, 4. November. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Interpellationen über Angeberei im Heere. Guyot de Villeneuve (nationalistischer Republikaner) erklärt, die Tatsachen, die er am Montag in der Kammer zur Sprache gebracht habe, seien als bewiesen anerkannt worden. Der Kriegsminister habe gegen die Sachlagen keine Maßnahmen ergriffen und müsse dafür verantwortlich gemacht werden. Redner fügt hinzu, es sei erwiesen, daß der Kriegsminister am Freitag nicht die Wahrheit gesagt habe. (Zurufe und Beifall rechts.)

Kriegsminister André erinnert an die Zwischenfälle, die sich gelegentlich der Dreifus-Angelegenheit ereignet haben und an die gegen den Präsidenten der Republik gerichteten Kundgebungen, an denen sich auch Offiziere beteiligt hätten. Der Minister fährt dann noch andere Tatsachen an, die ebenfalls beweisen, daß in der Armee bemerkenswerte Symptome beständen. (Bewegung und häufige Zwischenrufe rechts.) Der Minister spricht dann von Allen politischer und religiöser Unzufriedenheit und von Allen der Opposition gegen die Regierung, die er habe feststellen können, als er sein Amt übernahm. Ueberall habe sich Kerisale Unzufriedenheit gezeigt. (Widerpruch rechts; Ruhe; Namen nennen, heftiger Lärm.)

Der Deputierte, General Jacquy beschuldigt den Minister der Unklarheit und Erregung nehmen zu.)

Der Kriegsminister fährt fort: nach vier Jahren angestrengter Bemühungen sei es ihm noch nicht gelungen, Unzufriedenheit wieder im Heere heimlich zu machen. Er sei sich bewusst, seine Pflicht genau zu haben, und deshalb werde er von der Reaktion angegriffen. Wenn er seine Pflicht als republikanischer Minister erfüllen wolle, sei er gezwungen, Mittel anzuwenden, die seinen Nachforschungen dienen könnten.

Der Kriegsminister fährt dann weiter aus, man dürfe nicht zu den Zeiten zurückkommen, wo republikanisch gesinnte Offiziere nichts erreichen konnten. (Lärm rechts.)

Präsident Grisson droht, er werde die Sitzung vorläufig aufheben.

Kriegsminister André erklärt, er werde auf dem Dienstwege unvollständig über die politische Haltung der Offiziere informiert, deshalb habe er sich im Einverständnis mit Waldeck-Rousseau an das Ministerium des Innern und auch an Parlamentarier gewandt. Ein Minister müsse seine Informationen aus allen Quellen nehmen, benutzen diese er aber nur genau kontrollierte. Der Minister rechtfertigt dann die Einführung der Auskunftszeitel, mit deren Hilfe es möglich gewesen sei, Ungerechtigkeiten, die gegen gewisse republikanisch gesinnte Offiziere begangen worden seien, wieder gut zu machen.

Hauptmann Rollin sei ermächtigt gewesen, Auskünfte einzuziehen und entgegenzunehmen, er sei aber nicht ermächtigt gewesen, irgend jemand Auskünfte von der Natur der in den vorlesenen Briefen enthaltenen zu erteilen. Der Minister erklärt, er sei mit diesen Briefen nicht einverstanden und spricht sich tabelnd gegen diese Nachrichten aus. Was die übrigen aufgeführten Offiziere betreffe, die Auskünfte erteilt hätten, so hätten diese sie ihren Logen gegeben ohne jemandes Vermittlung; diesen Offizieren sei keinerlei Beanstandung zuteil geworden. André erklärt schließlich, er hänge nicht am Postesville. Im Angesicht der jetzt geführten Kampagne aber bleibe er auf seinem Posten, um die Republik zu verteidigen. (Wiederholter Beifall links, Lärm rechts.)

Verteau (Sozialdemokratischer Radikaler) wünscht Aufklärung über die im Kriegsministerium angelegten, politischen und Journalisten betreffenden Akten. Der Redner beklagt den Kriegsmiñister dazu, daß er diesen Mißbrauch beseitigt habe; dieser Mißbrauch habe aber die Lügenhaftigkeit der Offiziere und ihre Verbindung mit dem Militarismus und Reaktion gezeigt. Den republikanisch gesinnten Offizieren müsse der Eindruck gegeben werden, daß sie geschützt werden, und den anderen Offizieren der Eindruck, daß sie ihre Nachenschaften nicht fortsetzen können. (Beifall links.)

Jaurès (Soz.) fährt aus, der Reaktion dürfe nicht gestattet werden, die Rollen zu vertauschen. Die republikanischen Offiziere seien es gewesen, die fortgesetzt Opfer der Angeberei waren. Der Redner fährt das Beispiel mehrerer Offiziere an, die entgegen den über sie geführten Akten befördert worden seien.

Die Republik habe das Recht und die Pflicht, die Haltung der Offiziere festzustellen und die nötigen Garantien zu schaffen, wenn es sich um Männer handle, die berufen seien, die Kinder des Volkes zu befehligen. (Lärm rechts.) Von den Offizieren seien 11 Proz., von den Generalen aber 29 Proz. adlig. Wenn der Adel mutig sei, so seien es die Plebejer auch und diese verständen außerdem noch, zu arbeiten. Der Redner erhebt Widerspruch gegen die in verabredeter Sprache geführten Rollen, in denen es z. B. heißt: R. R. beschäftigt sich mit Politik, was bedeuten solle, er sei Republikaner. Jaurès verliest einen Brief des Herzogs von Numale an einen Divisionsgeneral, in welchem es heißt, wenn der General nicht gewisse Offiziere wegen ihrer republikanischen Gesinnung verabschieden könne, so könne er ihre Verabschiedung wegen Unfähigkeit beantragen. (Lärm rechts.) Um solchen Unbefugten abzuhelfen, müsse die Kontrolle der Regierung über die Armee verstärkt werden,

doch dürfe diese Kontrolle sich nicht auf das Privatleben der Offiziere erstrecken.

Jaurès (radikaler Republikaner) erwidert, es handle sich darum, festzustellen, ob Angeberei ein gewöhnlicher Vorgang bei der Regierung werden solle. Das von Jaurès vorgeschlagene System sei das demokratisierendste und gefälligste.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Der Nationalist Sybeton überfiel während der Schlußdebatte den Kriegsminister und ohrfeigte ihn. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Deputierten. Die Sitzung wurde suspendiert. Sybeton wurde von der bewaffneten Macht aus dem Sitzungssaal entfernt.

Die Kammer hat die von Combes unter Stellung der Kabinettsfrage abgeleitete Vertrauens-Tagesordnung mit 343 gegen 236 Stimmen angenommen.

Verfammlungen.

Sechster Wahlkreis. Am Dienstag hielt der Sozialdemokratische Wahlverein eine Versammlung im Berliner Prater ab. Bevor die Versammlung ihren Anfang nahm, wurden den Anwesenden die Schönheiten des preussischen Vereinsgesetzes vor Augen geführt. Die Frauen mußten sich auf Anordnung des überwachenden Beamten in ein „Segment“ versetzen. Nachdem die Scheidung der Geschlechter vollzogen war, nahm Genosse Grunwald das Wort zu seinem Vortrage über „ein halbes Jahrhundert preussischer Junkerherrschaft“. Die Ausführungen des Vortragenden galten dem preussischen Herrenhause, dessen Entstehung und Zusammenfassung er besprach, und das er als eine höchst widersinnige Institution kennzeichnete, die der Aufrechterhaltung der Junkerherrschaft diene. Am Schluß seines Vortrages warf der Redner die Frage auf, woher es komme, daß das Junkertum seine Herrschaft in Preußen noch ausbreiten kann, obgleich es eine politische und wirtschaftlich niedergehende ist. Er beantwortete die Frage dahin: Das Junkertum konnte bisher an der Herrschaft erhalten, weil es grundsätzliche Politik treibt, und nie auf Forderungen, die im Interesse seiner Interessen liegen, verzichtet hat. Ein drastischer Beweis dafür ist die Behauptung der Kanalvorlage. Im Anschluß hieran führte der Referent aus, daß auch die Sozialdemokratie grundsätzliche Politik treibt, daß sie sich von keiner so mächtigen Majorität hat unterwerfen lassen und, wo sie als Minderheit sonst nichts ausrichten konnte, durch unbereites Verklagen der Wahrheit das Gewissen des Volkes bildete. Ein Unterschied ist in der grundsätzlichen Politik der Junker und der grundsätzlichen Politik der Sozialdemokratie: Während sich die Politik der Junker im Gegensatz befindet zu den Interessen des Volkes, steht die Politik der Sozialdemokratie mit den Volksinteressen und der fortschreitenden Kultur im Einklang. Die Junker wollen die Entwicklung nach rückwärts, die Sozialdemokratie die Entwicklung nach vorwärts. Um so besser und um so schneller wird die Sozialdemokratie auf diesem Wege weiter kommen, je mehr sie grundsätzliche Politik treibt. — Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage sprach Genosse Weber, der an einigen Beispielen aus der neuesten Zeit illustrierte, was der Vortragende über die Junkerherrschaft in der Vergangenheit gesagt hatte.

Der Deutsche Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin) hielt am 2. November im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine ordentliche Generalversammlung ab. Man ehrte zunächst das Andenken der im letzten Vierteljahr verstorbenen Mitglieder. Dann erstattete der Vorsitzende B r ü n n e r den Geschäftsbericht. Er stellte unter anderem fest, daß das verfloßene Vierteljahr ein überaus arbeitsreiches gewesen sei. Gewisse Mißlichkeiten beim Aussehen von Differenzen in Betrieben, wo auch andere graphische Gewerbe vertreten sind, haben die Ortsverwaltung veranlaßt, mit den Vertretern der Organisationen jener anderen graphischen Verufe einen Kartellvertrag zu schließen. Eine Buchbinder-Versammlung habe ihn bereits gut geheißen. Der Vertrag begreife ein gemeinsames Vorgehen beim Eintritt von Differenzen mit den Angehörigen eines der verschiedenen in den fraglichen Betrieben vertretenen Verufe zu ermöglichen. Bei Differenzen sei deshalb den Vertrauenspersonen der anderen Verufe sofort Mitteilung zu machen, damit diese sich an ihren Vorstand wenden. Zur gemeinsamen Erledigung derartiger Angelegenheiten sei eine Zentralkasse geschaffen, deren Leitung man dem Vorsitzenden der Buchbinder, H. M a s s i n i, übertragen habe. Die Buchbinder hätten auch den Schriftführer zu stellen. Nur beim Vorliegen bestimmter Fälle trete das Kartell in Aktion. Redner hofft, daß die Versammlung mit dem Vorgehen der Ortsverwaltung sich einverstanden erkläre. Weiter gab er eine umfassende Uebersicht der verschiedenen Bewegungen zur Regulierung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen, bei denen der Verband beteiligt war. — Am Ende des verfloßenen dritten Vierteljahres hatte die Zahlstelle 2917 männliche und 3000 weibliche Mitglieder, zusammen also 6016 Mitglieder. Das bedeutet eine Zunahme von 1141 Mitgliedern im dritten Quartal. — Die Diskussion über den Geschäftsbericht wurde vorläufig ausgesetzt. — B y t o m s k i erstattete den Kassendbericht. Die Zentralkasse balanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 10 516,57 M. — Der Extrafonds, der am 1. Juli einen Bestand von 17 689,24 M. aufwies, hatte eine Einnahme von 1870,80 M., so daß er auf 19 460,44 M. anwuchs. Nach Abzug einer Ausgabe von 100 M. verblieben am 1. Oktober 19 360,44 M. — An Arbeitslosenunterstützung wurden aus der Zentralkasse in dem Vierteljahr 2483,25 M. an männliche Mitglieder und 225,25 M. an weibliche Mitglieder gezahlt. — Die Losallasse rechnete mit einem alten Bestände von 6637,20 M. und einer Einnahme von 3785,16 M., zusammen 10 422,36 M. Ausgegeben wurden 2840,60 M., so daß der Bestand am 1. Oktober 7581,76 M. betrug. — Nach kurzer Debatte wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt. Den Hülfskassierern erhöhte man die vierteljährliche Entschädigung von 8 M. auf 9 M. Dabon ist das Markenmanko in Zukunft zu deduzieren. Verschiedene Markenmankos aus der letzten Zeit wurden niedergeschlagen. Die Versammlung ermächtigte den Vorstand, den beim Streik der Luruspapierarbeiter zur Unterstützung beigetragenen Loszuschuß aus dem Extrafonds zu deduzieren. Ferner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß im Bureau auf die Dauer von sechs Wochen eine Hülfskraft beschäftigt werde und daß Hülfskräften dasselbe Entgelt zu gewähren sei, wie dem ständigen Beamten. — Es folgte dann die Diskussion über den Geschäftsbericht, die sich wesentlich mit dem Streik der Luruspapierarbeiter befaßte und in ihrem Ergebnis darauf hinauslief, daß man bestrebt sein solle, die aus Anlaß dieser Bewegung gewonnenen neuen Mitglieder dem Verband zu erhalten und weitere Mitglieder aus dieser Branche dem Verband zuzuführen, damit das nächste Mal der Erfolg ein besserer sei und nicht bloß ein teilweiser, wie diesmal. — B y t o m s k i berichtete über die Wirksamkeit des paritätischen Arbeitsnachweises. Insgesamt meldeten sich arbeitslos in dem Vierteljahr 665 männliche und 603 weibliche Kräfte. Zur Arbeit verlangt wurden 420 männliche und 880 weibliche Arbeitskräfte. Vermittelt wurden 328 männliche und 626 weibliche. Außerdem wurden noch zur Aushilfe 63 männlichen und 15 weiblichen Kräfte Arbeit vermittelt. Aus einer Feststellung der angebotenen Löhne ist hervorzuheben, daß unter den vereinigten Arbeitgebern, die für einen Buchbindergehülfsen den misserablen, weit hinter dem tarifmäßigen zurückstehenden Lohn von 18 M. zahlen wollten, sich die reiche Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft befindet, was große Entrüstung hervorrief. — Den Bericht der Bibliothekskommission erstattete S c h m i d t. Ein schließlich eines Bestandes von 45 M. wurden im Vierteljahr 191,85 M. eingenommen. Ausgegeben wurden 100,20 M., so daß ein Bestand von 11,65 M. verblieb. Die Zahl der Bücher ist in dem Vierteljahr von 9164 auf 1200 vermehrt worden. Benutzt wurde die Bibliothek im selben Zeitraum 420mal von männlichen und 216mal von weiblichen Mitgliedern. — Es wird dem Bibliotheksverwaltungsrat eine Debatte erteilt. — Ein Antrag, Dr. Friedeburg seinen Vortrag über den Generalstreik in einer Mitgliederversammlung halten zu lassen, wird mit sehr großer Majorität abgelehnt, nachdem vereinsrechtlich Gründe dagegen geltend gemacht worden waren. (§ 8 und die weiblichen Mitglieder!)

Zum Mitglied der Ortsverwaltung (Beisitzer) an Stelle eines wegen Verurteilung ausgeschiedenen Kollegen wird F r i e s c h e gewählt.

Im Verschiedenen brachten Reich und Hanke das jetzt in allen Gewerkschaftsversammlungen verteilte, von Freunden des Generalstreiks unterzeichnete Flugblatt zur Sprache, in welchem Legien und Sassenbach zum Vorwurf gemacht wird, daß sie im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ anlässlich der Dubliner Konferenz von Gewerkschaftlern den französischen Bericht über den Generalstreik nicht erwähnt hätten. Br ü n n e r stellt fest, daß es sich bei jenem schriftlichen Bericht lediglich um eine den damaligen Delegierten „zur Kenntnisnahme“ überreichte Drucksache handelte. Ueber solche einfach zur Kenntnisnahme überreichte Drucksaachen, die es massenhaft auf jedem Kongress gebe, werde nie berichtet. Im übrigen seien Legien und Sassenbach nur dem nächsten Gewerkschaftskongress einen Bericht schuldig. — Die Versammlung beschloß mit großer Majorität Uebergang zur Tagesordnung.

Der Verband der Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter nahm in seiner Generalversammlung am Montag ein Arbeitsnachweis-Reglement an und beriet dann die Anstellungsbedingungen für die neu geschaffene Stelle des Verbandsbeamten. Es wurde beschlossen, denselben vom 1. Januar ab mit einem Jahresgehalt von 2000 M. anzustellen. Für dieses Amt wurde der Verbandsvorsitzende Jäck gewählt, und zwar mit 140 gegen 110 Stimmen, welche auf Hoffmann fielen. Weiter wurde beschlossen, daß die Arbeitslosenunterstützung am 1. April 1905 in Kraft tritt. — Schließlich teilte der Vorsitzende noch mit, daß an der Aussperrung der Tischler 90, am Streik der Klavierarbeiter 25 Maschinenarbeiter beteiligt sind, und 15 außerdem streiken.

Die Arbeiter der Gold- und Silberwaren-Industrie (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) haben auf Veranlassung des Hauptvorstandes eine Statistik über ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufgenommen. Das Ergebnis dieser statistischen Erhebungen für Berlin beschäftigte am Montag eine gutbesuchte Versammlung genannter Branche. Wie der Branchenvertreter mitteilte, ist die Aufnahme der Statistik infolge der noch recht mangelhaften Organisation der in Betracht kommenden Arbeiter zwar mit gewissen Schwierigkeiten verknüpft gewesen, dennoch hat sie ein bedeutend brauchbares Material geliefert wie in früheren Jahren. Die Erhebungen erstrecken sich auf 32 Silberwaren- und 47 Goldwarenbetriebe mit insgesamt 1112 Arbeitern. Persönliche Fragebogen waren von 600 Arbeitern resp. Arbeiterinnen ausgefüllt eingeliefert worden, von letzteren waren 303 oder etwa 43 Proz. organisiert. Beschäftigt sind in Berlin rund 1600 Arbeiter, wovon ja 370, also etwa 25 Proz. der Organisation angehören. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8 1/2 bis 10 1/2 Stunden täglich, das Gros der Arbeiter hat die neunstündige Arbeitszeit. Der Durchschnittslohn pro Stunde beträgt für Goldarbeiter 50 Pf., für Silberarbeiter 40 1/2 Pf., für Graveure 54 Pf., für Hülfsarbeiter 43 Pf., für Goldarbeiterinnen 31 Pf. und für Silberarbeiterinnen 26 Pf. Auch die Löhne weisen im einzelnen eine große Uneinheitlichkeit auf; sie schwanken zwischen 30 und 80 Pf. Zeitgenannten Soh erreichen allerdings nur ganz vereinzelte Arbeiter. Besonders stark grassiert das Ueberstundenwesen. Ein Zuschlag für Ueberstunden wird nur teilweise in der Höhe von 10 bis 33 1/2 Proz. gezahlt. Viele Arbeiter erhalten überhaupt keinen Zuschlag. Alles in allem geht aus der Statistik hervor, daß die Gold- und Silberarbeiter keineswegs glänzend entlohnt werden. Den höchsten Durchschnittslohn erreichen die verhältnismäßig gut organisierten Graveure mit 54 Pf., alle übrigen Gruppen bleiben darunter. Die geringe Entlohnung ist um so auffälliger, als diese Arbeiterkategorie doch meistens nur für die zahlungsfähigen oberen Lehntausend arbeitet. Wie in der Diskussion hervorgehoben wurde, zählt das Publikum auch ganz nette Preise für die Ware, weil es deren Wert ja nicht zu taxieren versteht. Doch die Miesepreise bleiben in den Taschen der Arbeitgeber, weil die Arbeiter größtenteils infolge ihres leider noch vorhandenen Verunsinnens der Organisation fernbleiben und deshalb zum Spielball in den Händen der Fabrikanten geworden sind. Verschiedene Einzelheiten in dieser Beziehung wurden über die Firma H a u r i c h u. W e i d m a n n, als Werkstatthalter des Hofjuweliers Friedländer vorgebracht. Der Branchenvertreter ermahnte die Anwesenden, auf Grund dieser Statistik thätig für den Ausbau der Organisation zu wirken. Auch bei guter Konjunktur, wenn möglich schon im nächsten Jahre, in der Lohnbewegung eingetreten werden könne.

Verband der Gemeinbearbeiter. (Zusammen Straßendreiner.) In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshauses referierte Genosse E. W u r m am 31. Oktober über die „Kommunalpolitik und die städtischen Arbeiter“. Der Referent wies in meisterlichen Ausführungen nach, daß der Unmut im roten Hause herrschende Liberalismus seine Aufgaben in Bezug auf Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge nicht erfüllt und daß es Pflicht der städtischen Arbeiter sei, sich dem Gemeinbearbeiter-Verband anzuschließen, um durch die Macht der Organisation eine Besserung ihrer Lage zu erlangen. Ebenso müsse man für die politischen Vertreter der Arbeiterklasse eintreten und Sozialdemokraten ins Stadtparlament wählen. Weiter Beifall wurde dem Redner gezollt und die anwesenden Ortsvereiner wagten nicht dagegen aufzutreten. Verbandsreferent E. D i t t m e r wies abdam auf die spezielle Lage der Berliner Straßendreiner hin und behandelte in seinem Referat die gepante Lohnregulierung, wie sie von der Deputation beschlossen ist. Die geringfügige Erhöhung, welche nicht einmal die untersten Lohnklassen treffe, sei nicht dazu angetan, den Arbeiter zufrieden zu stellen, und das schnelle Anwachsen der Sektion beweise ebenso wie der so zahlreiche Besuch der Versammlung, daß die Zeit der Gleichgültigkeit oder gar der Feilschens-Harmonie vorüber sei. — Nicht minder scharf sprachen sich fast sämtliche Diskussionsredner aus und gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die zahlreich versammelten Straßendreiner nehmen Kenntnis von der Lohnregulierung, wie dieselbe in der Deputation beschlossen worden ist. Sie können sich jedoch damit nicht einverstanden erklären und fordern als Mindestes die Erhöhung aller Lohnkategorien um 25 Pf. Das Bureau wird beauftragt, diese Forderung der zuständigen Stelle zu unterbreiten.“ — Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordneten-Wahltag in Leipzig. Leipzig, 4. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl (3. Abteilung) behaupteten unsere Genossen die bisherigen vier Mandate und eroberten drei neue Mandate. Die vereinigten Ordnungsparteien brachten nur einen Kandidaten durch. Die Sozialdemokratie verlag über 19 Siege von 72.

Deutsche und Italiener. Innsbruck, 4. November. (W. T. B.) Im Laufe des Tages fanden wiederholt Tumulte statt. Die Demonstranten drangen in das Gebäude der italienischen Fakultät, zertrümmerten das Mobiliar und warfen die Trümmer durchs Fenster. Ein größerer Haufen zog vor die Wohnung des Statthalters, wo er durch Pfeifen und Hohn demonstrierte. Nachmittags 4 Uhr fand eine Gemeindeversammlung statt, welche einen förmlichen Verlaufs nahm. Das Ergebnis ist noch unbekannt. Die Unruhen in der Stadt dauern an.

Wien, 4. November. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Nach einer heute nachmittags stattgefundenen Besprechung der Minister verkündet von unterrichtlicher Seite, daß die Schließung der Innsbrucker Universität oder der italienischen Rechtsfakultät nicht erfolgen werde; die Regierung werde die umfassendsten Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Innsbruck treffen.

Abgeordnetenhaus.

97. Sitzung vom Freitag, den 4. November 1904, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Hammerstein, Müller.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Kosten der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen (Elektrische Anlagen, Dampfkessel, Aufzüge und andere gefährliche Einrichtungen).

In der allgemeinen Besprechung führt

Abg. Bolk (natl.) aus, daß es mit der Einführung der Ueberwachung für die elektrischen Anlagen nicht besonders eilig sei. In weiten Kreisen habe sich aber für diese Ueberwachung ein Bedürfnis geltend gemacht und auch aus Hochkreisen sei der Wunsch laut geworden, eine ähnliche Ueberwachung für die elektrischen Anlagen einzuführen, wie für die Dampfkessel, und so habe sich die Kommission für die Vorlage ausgesprochen.

Der Gesetzesentwurf wird unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrages Fischbeck und Genossen (fr. Sp.) betreffend

das Scherlsche Sparsystem;

er lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

Die bestimmte Erwartung auszudrücken, daß die Staatsregierung, behufs Vermeidung jedweder Anregung zum Lotteriespiel unter den Sparern, jede Veranstaltung einer mit Sparkassen oder der Einsammlung von Spargeldern verbundenen Prämienverlosung verhindern wird.

Mit der Beratung dieses Antrages wird auf Vorschlag des Herrn v. Zedlitz die Beratung des folgenden Antrages Frisch (natl.) verbunden:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, unter Ausschluß jedes den Charakter des Lotteriespiels tragenden Prämiensystems die Sparsparnisse der Bevölkerung durch Bestimmungen behufs Erleichterung der Einzahlung der Spargeldbeträge, insbesondere in der Richtung der Einführung des Abholungsbetriebes, möglichst weiter zu fördern, dabei auch auf eine Verständigung mit der Reichs-Postverwaltung Bedacht zu nehmen, um den Sparern die Einsammlung der Spargeldbeträge an den Orten ohne Scheck- und Sparannahmestelle auch die Dage der Post mittels eines vereinfachten Verfahrens zu ermöglichen.

Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Unser Antrag, der sich mit dem Scherlschen Sparsystem befaßt, ist der erste Initiativantrag dieser Session gewesen. Wenn er erst jetzt nach langer Zeit zur Verhandlung kommt, so glaube ich, haben wir alle Veranlassung, aufs ernsteste zu erwägen, ob wir nicht ein anderes Verfahren für die Beratung der Initiativanträge einführen sollen. (Zustimmung links.) Sonst kommen derartige Anträge erst dann zur Verhandlung, wenn die Frage, auf die sie sich beziehen, nicht mehr akut ist. Das trifft auch für den vorliegenden Fall zu, wenn auch nicht soweit, daß etwa heute eine Beratung des Antrages überflüssig wäre; im Gegenteil! Es ist auch heute noch ein Bedürfnis für die Besprechung des Antrages vorhanden.

Vor einigen Jahren erschien die erste Schrift des Herrn Scherl, — oder — die erste mit dem Namen Scherl bezeichnete Schrift! Herr Scherl wandte sich damals an die Behörden, aber das damalige Ministerium Eulenburg-Herrfurth wies ihn mit dem Vermerk ab, daß der Anregung weitere Folge nicht gegeben werden könne, solange mit dem Sparsystem ein Verlosungsbetrieb in Verbindung stünde. (Hört! hört! links.) Herr Scherl schrieb damals eine sehr ärgerliche bide Schrift: Das Ministerium Eulenburg und das Scherlsche Prämien-Sparsystem, 1894. Man hätte glauben können, daß die Beziehungen des Herrn Scherl zu den Behörden damit erledigt wären, daß Herr Scherl von dem Gedanken, aus reiner Menschenfreundlichkeit am sozialen Werke mitzuarbeiten, abgesehen wäre und sich seiner weit einträglicheren Zeitungsgründung wieder zugewandt habe. (Heiterkeit.) Aber der Ruhm des Sozialpolitikers ließ Herrn Scherl nicht schlafen, und er wirkte im Geheimen weiter für sein System. Er sagt in seiner Denkschrift, daß es das öffentliche Wohl fördern und für die wirtschaftlich Schwachen Fürsorge treffen wolle. Dieses schöne Ziel glaubt er mit Hilfe des Sparsystems erreichen zu können. Er appelliert vom schlecht unterrichteten Minister von 1894 an den besser unterrichteten Minister der Gegenwart. Und mit Hilfe dieses besser unterrichteten Ministers hat er dann den Vorstand des deutschen Sparkassen-Vereins schon vor langer Zeit zur Mitarbeit für sich gewonnen.

Worin besteht denn nun eigentlich das Scherlsche Prämien-Sparsystem? Herr Scherl meint, daß, wenn heute nicht mehr gesparrt werde, es an der Unbequemlichkeit des Sparens und der mangelnden Anregung dazu läge.

Dem will Herr Scherl abhelfen. Er will zunächst die Spargeldbeträge aus den Häusern abholen lassen. Natürlich verursacht das Kosten. Und diese Abholungskosten sind ganz gleich, ob man nun 50 Pf. wöchentlich oder 4 M. spart. Für die so den Sparern verloren gehenden Beträge will die Scherlsche Sparvermittlung-Anstalt eine Zeitung herausgeben, die zunächst über alles den Sparbetrieb betreffende unterrichtet, dann — unpolitisch — Nachrichten und Aufsätze von allgemeinerem Interesse bringen soll. Die Scherlsche Sparvermittlung-Anstalt will dann das eingekommene Kapital in Sparkassen anlegen, die sich dem Scherlschen Sparkassenvermittlung-Verband anschließen. Aber die Zinsen sollen nicht den Sparern zugute kommen, sondern in Prämienform verlost werden. Herr Scherl war wohl mit Recht der Meinung, daß bei der Zeitung vielleicht zwar der Betreuer seine Rechnung finden werde, daß mit ihr allein aber doch kein genügender Sparantrieb gegeben werde; deshalb glaubte er, die Sparer durch Aussicht auf mühelosen Gewinn anzuregen zu sollen. Auf jeden Vollsparer von 208 Mark jährlich sollte ein Los treffen, auf die Sparer von 104, 52 und 26 Mark entsprechende Anteile. Jährlich sollten bis zu zehn Serien ausgezogen werden. Herr Scherl legt seiner Rechnung 300 000 Lose zu Grunde; auf diese sollten 12 500 Gewinne fallen, das heißt jedes vierundzwanzigste Los sollte gewinnen. (Hört! hört! links.) Die Gesamtsumme der Gewinne sollte 540 000 Mark betragen. Berechnet man die Zinsen, die auf diese Weise den Sparern verloren gehen, und die 3,20 Mark Abholungskosten pro Jahr, die alle Sparer gleichmäßig treffen, so ergibt sich, daß einem Verlust der Sparer von 17 Millionen ein Gewinn von 2 Millionen gegenübersteht. (Hört! hört! links.) Der Verlust ist um so größer, je kleiner der Sparer ist. Jeder Sparer muß durchschnittlich 24 Jahre sparen, um einmal zu gewinnen; wenn er wöchentlich 50 Pfennige einzahlt, so hat er in diesen 24 Jahren 24,20 Mark Verlust, und dafür Aussicht auf den Durchschnittsgewinn von 5 Mark. Dabei ist noch nicht einmal der Zinsverlust mitgerechnet, den er dadurch erleidet, daß er sein Geld nicht auf Zinseszins legt. Aber Herr Scherl hat darauf gerechnet, daß die Leute in den unteren Klassen nicht daran denken, daß sie für 20 Mark — 78 Pfennige Zinsen von der Sparkasse bekommen können, sondern daß sie die Chance haben, bei ihm mühelos eine größere Summe zu gewinnen. Sie werden also jetzt spielen, vielleicht auch — statt bisher 50 Pfennige — 1 Mark sparen. Je öfter sie dabei ausfallen, desto stärker wird die Lust werden, doch noch etwas zu gewinnen, um so eifriger werden sie spielen; und wenn nur jemand zu der Ansicht kommt, daß bei dieser Lotterie nur der 24. gewinnen kann, so wird er lieber nach dem Rat des Lotterieleiters in irgend einer Lotterie spielen, in der jedes zweite oder dritte Los gewinnt; statt in der Scherlschen Sparkasserie wird er in

einer guten Klassenlotterie spielen. Aus dem Sparer ist ein Spieler geworden. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Hier muß ich Herrn Scherl gegen einen Vorwurf seines Mitarbeiters Cornelius Karl Loewe in Schutz nehmen. Er spricht Herrn Scherl das geistige Eigentum an diesen Ideen ab und nimmt es für sich in Anspruch. Aber nach dem System des Herrn Löwe sollte ursprünglich nur im ersten Jahre gespielt und dann das Geld in einer Sparkasse angelegt werden. Herr Scherl hat viel richtiger erkannt, daß, wer einmal gespielt hat, auch im nächsten Jahre wieder spielen wollen. Er will keine Zinsen, sondern je mehr gesparrt wird, desto mehr Prämienanteile geben, so daß wer im 20. Jahre zu sparen angefangen, im 50. Jahre an 50 Serien beteiligt sein würde. So hat Herr Scherl, psychologisch richtig, damit gerechnet, daß, wenn im zweiten Jahre das Geld auf die Sparkasse getragen würde, die Leute es doch bald holen würden, um weiter zu spielen. — Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode! — (Sehr gut! links.)

Ich bin Anhänger von jeder vernünftigen Sozialpolitik, aber an der Spitze aller Sozialpolitik muß als Grundgedanke die Fürsorge des Menschen für sich selbst stehen. Und nur, wo sie nicht ausreicht, darf die Hilfe der Gesamtheit eingreifen. Der gute alte Satz „Hilf Dir selbst!“ hat kein besseres Mittel zu seiner Verwirklichung als das, daß der Mensch spart. Aber die Sparsumme soll aus eigener Arbeit entstammen, und nicht durch den falschen Trieb zum Sparen erzeugt sein, der im Lotteriespiel durch mühelosen Gewinn Reichtum zu schaffen sucht. Das Sparsystem ist genau das Gegenteil von demjenigen, was man vom sittlichen Standpunkt aus empfehlen kann. (Sehr richtig!) Hier wird der Spielteufel angezogen, und die Folge würde sein, daß die Leute immer den hohen Gewinn vor Augen haben, sie fangen mit Kleinem an und lassen sich von der Spiellust immer weiter leiten. Wenn Herr Scherl die Anschauung der Spiellust Sozialpolitik nennt, dann kann ich nur sagen: Gott bewahre uns vor solcher Sozialpolitik!

Wir sind der Meinung, daß Scherl, infolge der Beschlüsse zahlreicher Versammlungen von seinem System zurückgetreten ist, er ist in seinen Schriften sehr kleinlaut geworden. Aber viele glauben infolge des Verhaltens des Ministers, daß von anderer Seite ähnliche Vorschläge gemacht werden. Auf die Persönlichkeit Scherls kommt es gar nicht an, mag er den Hauptantrieb an der Sache haben oder Herr Löwe. (Zustimmung und Heiterkeit links.) Wir haben im Parlament alle Veranlassung, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Die Staatsregierung ist von ihrem Vorhaben zurückgekommen. Aber wie war die Begründung des Ministers am 25. Januar bei der Staatsberatung, als Abg. Richter kurz auf diese Sache einging? Der Minister ist nicht etwa deshalb von dem Scherlschen Plane zurückgetreten, weil er überzeugt ist, daß er nicht auf sittlichen Grundlagen beruhe, sondern er sagte: Jurzeit ist infolge des freiwilligen Zurücktretens des Herrn Scherl die Sache erledigt. Der Vertreter der badiischen Regierung hat auf einem Genossenschaftstage erklärt: „Das System ist außerordentlich gefährlich, und im Kreise unserer Regierung und unseres Ministeriums werden wir niemals ein derartiges System empfehlen.“ (Beifall links.) Wir sind bereit, alle vernünftigen Mittel zu prüfen, die zur Bekämpfung des Sparsinns aus der Praxis sich ergeben. In der offiziellen Statistik über die Sparkassen, auf die sich Herr Dr. Löwe bezieht, fehlen die in Schleswig-Holstein bestehenden Renten-Sparkassen, ebenso die zahlreichen Genossenschafts-Sparkassen. Ich freue mich, daß auch der erste Satz des Antrages Frisch sich gegen das Scherlsche Projekt ausspricht. Herr Scherl hat ja versucht, an die landwirtschaftlichen Kreise heranzukommen, aber die Vertreter der Landwirtschaft, die sehr gut ihre Vorteile wahrzunehmen wissen, haben sich genau so ablehnend dem Scherlschen System gegenüber verhalten, wie diejenigen der städtischen Sparkassen. Ich erinnere Sie nur an die Ausführungen des Herrn v. Vodelberg auf einem Sparkassentage. Stimmen Sie, bitte, alle ohne Unterschied der Partei für unseren Antrag und sorgen Sie durch Ihr Wort dafür, daß die Staatsregierung nicht wieder den Anreiz bekommt, solchem Verlosungssystem ihre Zustimmung zu geben. (Lebhafte Beifall links.)

Sorgen Sie dafür, daß Preußen nicht zu einer großen Spielhölle gemacht wird. (Erneuter Beifall links.)

Kunmehr begründet

Abg. Frisch (natl.)

(auf der Tribüne schwer verständlich) meinen Antrag. Wir wollen durch unseren Antrag die Spargelegenheiten vermehren, weil nach unserer Ansicht die vorhandenen Spargelegenheiten nicht ausreichend sind. Durch Abholung der Spargeldbeträge soll verhindert werden, daß die Leute das Geld nutzlos liegen lassen. Ich würde mich freuen, wenn der Minister seine Ueberzeugung mit dieser Idee aussprechen würde. Bei aller Anerkennung der außerordentlichen Wirksamkeit der vorhandenen Sparkassen und ihrer großartigen Erfolge müssen wir doch sagen, daß, wenn im ganzen in Preußen nur 4893 Sparkassen vorhanden sind, diese den Leuten nicht genügend Gelegenheit zur Anlage ihrer Spargeldbeträge geben. Voran hindert schon vielfach der weite Weg, den viele Leute zur Sparkasse haben. In manchen Staaten hat man die Post-Sparkassen eingeführt. Als 1888 unsere Reichsregierung ein Projekt zur Einführung von Post-Sparkassen vorlegte, wurde dieses bekämpft, weil man eine Verstaatlichung der Sparkassen als Folge dieses Systems befürchtete. Ich bin ein entschiedener Gegner der Verstaatlichung der Sparkassen, weil ich der Meinung bin, daß dies eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten würde. Andererseits aber habe ich mich schon damals dafür ausgesprochen, daß die Postanstalten Beträge für Sparkassen annehmen sollten. Die Abholung dieser Beträge würde den Spartrieb sehr fördern, und sie wird unter andern auch empfohlen vom Sparkassen-Verbande von Hessen-Rassau. Bei verschiedenen Sparkassen besteht auch schon das Abholungs-system. Auch die Landbriefträger sollten der Annahme von Spargeldbeträgen nutzbar gemacht werden. Hoffentlich wird sich die Reichsregierung nicht ablehnend verhalten, wenn dies Ersuchen an sie gerichtet wird, Beträge für Sparkassen anzunehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Minister des Innern Herr v. Hammerstein:

Ich will zunächst zur Berichtigung erklären, daß der erste Antrag von Herrn Scherl, der 1891 an die Staatsregierung gelangte, durch eine besondere Eingabe des Vorstandes des preussischen Sparkassenverbandes unterstützt war. Der Antrag ist damals abgelehnt worden, weil die Regierung die Bedenken für schwerwiegender hielt, als die Vorteile. Im Jahre 1902 hat dann Herr Scherl wiederum den formellen Antrag an die Staatsregierung gerichtet, sein System einzuführen. Es lag der Staatsregierung ob, zunächst zu erwägen, ob der Sparbetrieb einer Förderung und seine Organisation einer Verwirklichung noch bedürftig sei. Nun war es ja bekannt, daß wir nach der Zahl der Sparkassengelder absolut an erster, im Verhältnis zur Kopfhalt an zweiter Stelle stehen. Das sind sehr erfreuliche statistische Resultate. Aber nach der Zahl der Sparkassenbücher ist Preußen von der ersten Stelle auf die fünfte zurückgedrängt. Auch dadurch wird unser Stolz auf die 6236 Millionen Sparkassen-Einlagen geschmälert, daß bei uns in den Sparkassen viel höhere Beträge von den Einzelnen angenommen werden, als in anderen Ländern. Nur etwas mehr, als die Hälfte der Bücher befindet sich in den Händen der sogenannten „kleinen“ Sparer. Ich glaube, daß ein bedeutender Gewinn an Glück und Zufriedenheit erreicht werden könnte, wenn es gelänge, den Sparsinn in der Bevölkerung weiter zu verbreiten. Ersuchen um das Scherlsche System daher geeignet? — Seine Grundzüge sind: Das vorläufige Quittieren der wöchentlichen Spargeldbeträge durch Sparmarken, das Verlosen der ersten Jahreszinsen, und dann am Jahresabschluss die Einreichung der so entstandenen Sparbücher unter alle die anderen Sparbücher auch. Als nun der Antrag des Herrn Scherl von uns näher geprüft wurde, stellte sich als wesentliches Bedenken das heraus, einer Person so weitgehende Konzeptionen, eine so ausgedehnte Herrschaft über Gebiete der Staatsfähigkeit zu übertragen. Ferner mußte einer Ver-

wendung der eingesammelten Gelder zu nicht bestimmungsgemäßen Zwecken verhindert werden, etwa im Interesse sei es des Konzeptionsinhabers, sei es des Zeitungsverlegers oder einer bestimmten politischen Partei. Daß der Spieltrieb durch derartige Einrichtungen besonders stark gefördert würde, befürchteten wir nicht. Wenn wir alle nach wissenschaftlichen Prinzipien handelten, hätte der erste Antragsteller recht. Aber wir alle, auch die Minister, bedürfen des Anreizes. Wollten Sie den Anreiz des Spieles ausschalten, so müßten Sie auch jede Staatslotterie verwerfen (Sehr richtig! links), jede Wohlhabenslotterie, jede kleinste Wette zwischen zwei Personen. Auch das Wetten und Wagen, das an der Börse sehr beliebt ist, müßte dann streng verboten werden. Gerade die Aussicht, etwas mehr zu verdienen als die bloßen Zinsen, würde den Spartrieb außerordentlich fördern. Schon heute verwenden die Sparkassen das, was Sie „Gelder anderer“ nennen, zur Brämierung kleiner Sparer, die unter schwierigen Verhältnissen längere Zeit hindurch gehalten haben.

Aus all diesen Erwägungen kamen wir zu der Ueberzeugung, daß der Antrag, der an uns gelangt war, nicht vollständig zu verwerfen sei. Aber wenn ihm Folge gegeben werden sollte, so müßte die Konzeption einer öffentlichen Körperschaft, nicht einem Privatmann erteilt werden. Die beteiligten Minister haben für den richtigen Träger einer derartigen Einrichtung die Sparkassen selbst gehalten und geglaubt, ihnen überlassen zu müssen, nach ihren Verhältnissen sich der Neuerrichtung zu bedienen. Deshalb haben wir uns an den Vorstand des deutschen Sparkassen-Verbandes gewandt, nicht im Geheimen, sondern in voller Öffentlichkeit. Keiner der Herren ist auch nur zur Geheimhaltung der Verhandlungen aufgefordert worden, — im Gegenteil haben wir schriftlich den Vorstand dieses Verbandes zu einer öffentlichen Enquete über das neu vorgeschlagene System angeregt. Die Herren glaubten, nach ihren Beschlüssen vom 27. Juli 1903 auch ohne dieses den neuen Vorschlägen zustimmen zu können, — unter der Voraussetzung, daß einem Komitee von ihnen bestimmter Einfluß auf die Ausführung des Unternehmens, auf die Besetzung der leitenden Stellen und so weiter eingeräumt würde. — Alle folgenden Verhandlungen haben lediglich zu dem Zwecke stattgefunden, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Und ich darf sagen: In ihnen ist bei Herrn Scherl niemals etwas anderes hervorgetreten, als das Verlangen, der Angelegenheit zu nähern. Herr Scherl hat sich immer bereit erklärt, soweit es nötig und nützlich ist, mit seiner Person zurückzutreten. Ich und der Herr Finanzminister haben darauf einen Antrag zur Erteilung der Konzeption für den Sparkassen-Verband an das Gesamtministerium gerichtet. Im Staatsministerium ist der Antrag nicht zur Verhandlung gelangt, weil Herr Scherl sich infolge der Aufregung der öffentlichen Meinung veranlaßt sah, seinen Antrag zurückzuziehen.

Damit ist nun, wie der Vorredner richtig bemerkt hat, die Frage nicht mehr akut. Wenn trotzdem das Haus prinzipiell dazu Stellung nehmen will, muß ich das ihm überlassen. Im Parlamente eines anderen Reiches sind auch einmal damals ausgesprochenen Jamais! Jamais! Jamais! (Niemals! Niemals!) sehr böse Konsequenzen für dieses Land gefolgt. (Heiterkeit.) Die Politik tut gut, sich auf die Aufgaben zu beschränken, die gegenwärtig vorliegen, aber nicht prinzipiell für alle Zukunft Stellung zu nehmen zu Angelegenheiten, die sich in Zukunft vielleicht ganz anders gestalten werden. (Sehr gut! rechts.) Das sage ich ganz offen und füge ebenso offen hinzu, daß die Staatsregierung nicht gedenkt, in naher Zukunft diese ganze Angelegenheit wieder aufzunehmen. Sie will sie zunächst einmal von der Bildfläche verschwinden lassen, und abwarten, ob im Publikum sich mehr Verständnis einstellen wird für den berechtigten Kern, der doch vielleicht in dieser Sache steckt oder ob die ganze Angelegenheit vollkommen zur Ruhe kommt. Gegenüber Herrn Fischbeck berufe ich mich darauf, daß das System so verteuert denn doch nicht ist, auf Autoritäten wie Poscher und Wagner. Ich glaube, die öffentliche Kritik kann sich mit dem Versprechen begnügen, daß eine Wiederaufnahme des Planes nie erfolgen wird, ohne ihn der gründlichen Kritik der Öffentlichkeit auszuwerfen. Jede Ausgabe kann der künftigen Staatsregierung nur erwünscht sein; aber ich bitte, daß dieses hohe Haus sich nicht für die Zukunft durch Beschlüsse bindet. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. v. Woyzna (fr.):

Die öffentliche Meinung ist gegen Herrn Scherl von einer gewissen Tiefe scharf gemacht, die in ihm den Todfeind ihrer Art von Journalistik sieht. Dabei kann gar nicht geleugnet werden, daß Herr Scherl ein genialer Mann ist, der eine ungeheure Umwälzung im deutschen Wirtschaftsleben hervorgerufen hat. (Stürmische Heiterkeit und lebhafter Widerspruch links.) Auch der deutschen Sprache, die durch das Ueberwiegen einer gewissen Sorte von Präferenzen verballhornt war, (Hoi! links) hat Herr Scherl gute Dienste geleistet. Aber noch mehr als seine geistigen Erfolge neidete diese Prekonkurrenz Herr Scherl seinen materiellen Erfolg, zumal jetzt, wo auch „Der Tag“, diese große Wochenschrift der öffentlichen Meinung, — Sie sehen, ich schenke auch Herrn Scherl nichts (Große Heiterkeit links) — sich als eine sehr einträgliche Idee erwiesen hat. Der Trieb des Herrn Scherl besteht einfach darin, daß er auf die menschlichen Schwächen spekuliert. (Woh! links.) Auch hier zeigt er seine Hoffnung statt in den Spartrieb in den Spielteufel, wie Herr Fischbeck im Bruststone seiner Ueberzeugung sagte. Aber, meine Herren, Sie bewilligen doch alljährlich den Etat der Lotterieverwaltung. (Widerpruch links.) Ja, Sie sprechen wohl auch einmal dagegen, aber viel kommt doch dabei nicht heraus. So tragisch nehme ich also Ihre Opposition nicht. (Unruhe links.)

Zur Sache selbst hat Herr v. Hammerstein schon das wesentliche gesagt. Nur das füge ich noch hinzu, daß Sie (nach links) die Frage lediglich aus städtischen Gesichtspunkten heraus beurteilen. Auch die Widerheit im Sparkassen-Verbande, die sich für das Scherlsche Projekt ausgesprochen hat, ist lässlich. Sie glauben gar nicht, wie schwer der Landmann sich entschließt, einmal eingezahlte Beträge aus der Sparkasse herauszugeben. Die Statistik der Zukunft wird zeigen, daß Herr Fischbeck unrecht mit seiner Annahme hat, daß die Sparer ihr Geld zu immer neuem Spiel herausziehen werden. Das ganze Sparkassenwesen hat in Preußen eine moderne Regelung noch nicht gefunden; wir leben immer noch in den alten Verhältnissen; aber es ist höchste Zeit für uns, das Verfallene nachzuholen. Daß Scherl dabei aussteigt und wir seine neue Zeitung gründen — wir haben ja genug — ist selbstverständlich. Den Spielteufel werden wir nicht anstacheln; auch der kleine Mann, der spielen will, hat heute schon genug Gelegenheit dazu. Ich kann Sie deshalb für meine Person nur bitten, beide Anträge abzulehnen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Fackender (B.)

befähigt sich in längeren Ausführungen mit der Idee der Einführung von Abholungsstellen, d. h. Aufträgen an die Post, Geld für Sparkassen oder Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften abzuholen. Er hebt besonders als Vorzug dieser Sammelart hervor, daß der agitatorische Charakter einer gesonderten Sparkassenvermittlungstelle dadurch vermieden würde. Andererseits steht er in dieser Tätigkeit der Post den ersten Schritt zu den nicht sehr wünschenswerten Postsparkassen. Zum Scherlschen Prämien-Sparsystem übergehend, fährt Redner aus: Die Verbindung der Prämienverlosung wird hauptsächlich aus ethischen Gründen bekämpft. Ethisch verteuert ist, was mit dem Gemeinwohl unvereinbar ist. Mit dem Gemeinwohl würde es nicht vereinbar sein, wenn ganze Massen aus der Erzielung mühelosen Gewinnes ein dauerndes Gewerbe machen und ein dauerndes Einkommen oder ein großes Vermögen erwerben würden. Da ist es interessant, daß gewisse Kreise, die an dem Würfelspiel keinen Anstoß nehmen, sich aufregen über die Verbindung von Prämienverlosung und Sparkassen. Zur einzelnen Person kann ein müheloser Gewinn gestiftet werden, wenn es sich nicht um die Erwerbung eines dauernden Einkommens oder eines großen Vermögens handelt. Man

kann sich damit einverstanden erklären, daß eine Prämienverlosung in vorzüglicher Weise mit Sparlaffen verbunden wird. Ich halte für zulässig die Anregung zum Sparen durch die Auslastung auf einen die gewöhnlichen Zinsen übersteigenden Gewinn. Bei der großen Bedeutung der Erwerbsgenossenschaften sind auch diese zur Einrichtung einer solchen Prämienverlosung zu lassen, ebenso die Sparlaffenverbände unter staatlicher Kontrolle. Die Zahl der Gewinne müßte vermehrt werden, die Gewinne müßten entsprechend erniedrigt werden. Die Gewinne sollten nicht sofort ausgezahlt, sondern auf gesperrte Sparlaffenbücher eingezahlt werden. Unter diesen Bedingungen, glaube ich, würde die Einführung des Prämien-Sparlaffen ganz allgemein möglich sein. Das alles ist meine persönliche Ansicht. Ich bitte Sie, den Antrag Fischbed abzulehnen.

Abg. Weller (fr. Sp.):

Das Sparen soll erziehllich wirken: wenn man aber erziehllich wirken will, so darf man sich nicht an die niedrigen Triebe des Menschen wenden. Wir begrüßen es, daß der erste Satz des Antrages Fischbed die Verbindung des Prämienlaffen mit den Sparlaffen verwirft. Wenn in dem Antrage dann die Abholung der Sparbeiträge verlangt wird, so können wir das unterschreiben. Wir sind dafür, daß die Abholung gefördert wird, wir können die Verpflichtung dazu aber niemand aufzwingen, sondern müssen es den einzelnen Sparlaffen überlassen, ob sie dieses System einführen wollen oder nicht. Der Gedanke, die Postverwaltung in den Dienst der Sparlaffen zu stellen, ist ja nicht neu. Aber wenn er auch auf den ersten Blick als vorzüglich erscheint, so wird er schon daran scheitern, daß der Postverwaltung dadurch große Kosten entstehen würden. Wir finden dagegen, die Sparlaffen und die Post mit großen Kosten zu belasten. Führen die Sparlaffen selbst die Abholung ein, so wird auch das große Kosten verursachen, weil meist nur kleine Beträge dabei in Frage kommen. Der Antragsteller Fischbed ist ja selbst ein Gegner der Post-Sparlaffen, und wir fürchten, daß es nach seinem Antrage leicht zu solchen kommen kann. Wir wollen, daß das Geld in dem Kreise verwaltet wird, in dem es gespart ist; wir wollen nicht, daß es in einen großen Fonds fließt. Die Post-Sparlaffen würden in unserem Sparlaffen keine Lücke ausfüllen, sondern nur die Gefahr der Verstaatlichung des Sparlaffenwesens steigern. Deshalb werden wir gegen den Teil des Antrages stimmen, welcher von der Heranziehung der Post bei der Annahme der Spargelder spricht. (Beifall links.)

Abg. Winkler (lonf.):

Ich kann meiner Verteidigung nur darüber Ausdruck geben, daß nach der Erklärung des Ministers die ganze Sache tot ist, tot wenigstens für absehbarer Zeit. Meine politischen Freunde halten es deshalb nicht für notwendig, Beschlüsse in der Sache zu fassen. Wir sind mit der Kritik, die geübt ist, einverstanden. Wäre die Sache früher verhandelt worden und hätte der Minister eine andere Erklärung abgegeben, ich bin überzeugt, die größte Mehrheit des Hauses hätte den Wünschen der Antragsteller entsprochen. Wir werden also gegen die Anträge stimmen, verwahren uns aber gegen die Auslegung der Ablehnung, als wenn sie dem Scherlischen System günstig wäre. Was an dem Scherlischen System gut ist, ist nicht neu und charakteristisch, und was neu und charakteristisch daran ist, ist schlecht. Nach unserer Meinung darf das Sparlaffenwesen nicht mit Dingen verquickt werden, die nicht im eigentlichen Interesse der Sparer und der Sparlaffen selbst liegen. Mit so heterogenen Dingen, wie der Herausgabe von Zeitungen, darf das Sparlaffenwesen nicht verquickt werden. (Lebhafte Beifall rechts und links.)

Abg. Dr. Arendt (fl.):

Abg. Winkler hat mit ungewöhnlicher Schärfe gesprochen. Die Mehrheit des Hauses dürfte ihm doch in seiner Beurteilung der Sache nicht folgen. Ich bin anderer Meinung. Der einzige Satz des Herrn Fischbed, den ich unterschreibe, ist der: die Persönlichkeit des Herrn Scherl hat mit der Sache an sich nichts zu tun. Trotzdem hat sich Herr Fischbed sehr unfreundlich über die Person des Herrn Scherl geäußert, vor allem hat er durchblicken lassen, daß Herr Scherl nicht der Inhaber der Idee und der Verfasser seiner Schriften sei. Die Grundidee Scherls, die Abholung der Sparbeiträge vom Sparer, ist eigentlich von allen Seiten gebilligt worden. Auch Herr Fischbed hat sie in seinem Antrag aufgenommen. Wer aber dieses Ziel will, muß auch den Weg wollen, die Einführung der Sparlaffen. Wie soll nun ein Antrieb geschaffen werden, daß die Sparlaffen auch regelmäßig von den kleinen Leuten abgenommen werden? Es muß eine Prämie auf die Regelmäßigkeit des Sparens gesetzt werden. Und das soll nach der Scherlischen Idee die Verlosung sein. In seiner Beurteilung der Lotterie ist Herr Fischbed viel zu weit gegangen. Man kann sagen: der Spieltrieb ist nun einmal in weiten Kreisen vorhanden; die Scherlische Idee benutzt ihn, um ihn für eine sehr verdienstliche Sache, das Sparen, zu verwenden. Auf die Einzelheiten kommt es gar nicht an. Auch die geplante Zeitung betrachte ich nur für einen äußerlichen Umstand. Findet man einen anderen Weg, um sich mit den Sparen in Verbindung zu setzen, so soll er mir willkommen sein. Prinzipielle Einwände gegen das Scherlische System habe ich nicht. Der Gedanke, der dem Antrag Fischbed zu Grunde liegt, ist eine beachtenswerte Anregung, aber ich glaube nicht, daß der preussische Landtag viel in dieser Richtung — Inanspruchnahme der Reichspost — tun kann. Ich hoffe, daß das Scherlische System in seinem Grundgedanken in irgend einer Form wieder aufzusehen wird. Auf die Persönlichkeit kommt es nicht an, aber der berechnete Kern des Gedankens muß herausgeholt werden. Deshalb begrüße ich die Erklärung des Herrn Ministers. (Beifall rechts.)

Abg. Brämel (fr. Sp.):

Herr von Woyna hat ein Urteil über den „Tag“ gefällt, das mir doch zu weit geht. Er hat ihn als „journalistische Waiskliche“ bezeichnet. Dam wären also die Mitarbeiter des „Tag“ journalistische Waiskliche (Heiterkeit) und zu ihnen stellen sie auch die politischen Freunde des Herrn von Woyna ein starkes Kontingent. (Heiterkeit.) Aber auch Angehörige meiner Partei schreiben für den „Tag“. Ich habe nichts dagegen und will auch nicht für alle Zukunft verfahren, daß ich einen Artikel für den „Tag“ schreibe. Herr von Woyna darf es mir deshalb nicht übel nehmen, wenn ich diese Bezeichnung für den „Tag“ energisch zurückweise. Herr v. Woyna hat die Angriffe der Presse auf das Scherlische Sparlaffen auf eine Feindseligkeit gegen die Person des Herrn Scherl zurückgeführt. Er hat dann die Verdienste des genialen Herrn Scherl um die deutsche Sprache gefeiert. (Heiterkeit links.) Das mag alles auf sich beruhen. Ich rechne es jedenfalls der politischen Presse zum Verdienste an, daß sie rechtzeitig auf die Mängel des Sparlaffen aufmerksam gemacht hat, mit denen das Scherlische Sparlaffen in aller Heimlichkeit vorbereitet und eingeführt werden sollte. (Lebhafte Beifall links.) Es ist eine unabweisbare Tatsache, daß die öffentliche Meinung, auf welche der Herr Minister nach seinen heutigen Ausführungen den Hauptwert legt, erst durch die ausgiebige Beschäftigung in einem erheblichen Teil der politischen Presse über die Tragweite des Systems aufgeklärt worden ist. Herrn Fischbeder will ich in seinen moralisch-philosophischen Untersuchungen darüber, in welcher Beschaffenheit der Spieltrieb seine Berechtigung hat, nicht folgen. Entscheidend für uns ist die Frage: ist es gerechtfertigt und zweckmäßig, einen solchen Trieb für öffentliche Zwecke auszunutzen? (Lebhafte Zustimmung links.) Wir verneinen das und stehen auf dem Standpunkte: principius obsta! Es ist ganz falsch, das Vorsehungsspiel mit dem Lotteriespiel auf dieselbe Stufe zu stellen. Die Geschäfte an der Börse werden nicht im Hinblick auf den blinden Zufall, sondern unter Berechnung der für das einzelne Geschäft in Betracht kommenden wirtschaftlichen Faktoren abgeschlossen. (Widerspruch rechts, lebhafter Zustimmung links.)

Hier handelt sich's um die Frage, ob das Lotteriespiel als öffentliche Einrichtung eine Vermehrung erfahren soll, ob in weite Kreise unserer Bevölkerung der Gedanke und die Freude am Spiel hineingetragen werden soll, welche die Freude am Spiel bisher nicht teilen. (Sehr richtig! links.) Herr Fischbeder glaubt, der Spieler wird durch das Prämienlaffen zum Sparer. Ich erinnere aber daran, daß durch ein Reichsgesetz Prämienanleihen nicht mehr zugelassen sind, bei denen auch nur mit den Zinsen und nicht mit dem

Kapital gespielt werden soll. Der Abg. Winkler hat den Scherlischen Plan bereits für tot erklärt. Aber ich muß darauf hinweisen, daß der Minister seine Erklärung nur für eine nahe Zukunft abgegeben hat. Die Art und Weise, wie der Minister sich geäußert hat, heißt doch nichts anderes, als sich in den einschlägigen Fragen des Urteils entschlagen, weil man nicht weiß, ob man nicht mal wieder ein anderes Urteil haben wird. Wenn die Anträge vom Hause abgelehnt werden sollten, so kann daraus nicht gefolgert werden, daß das Haus gegenüber Herrn Scherl auch nur ein „tolerari posso“ hätte aussprechen wollen. Ich will gern anerkennen, daß das Hervortreten des Herrn Scherl mehr Gutes als Häßliches gewirkt hat, — durch die Angriffe gegen unser Sparlaffenwesen. Unsere Sparlaffen sollten nicht veräußern, die bessere Hand an das Sparlaffenwesen zu legen. Insbesondere halte ich die Einrichtung des Abholungs-systems für empfehlenswert. Hoffentlich wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir auf ein erheblich verbessertes Sparlaffenwesen im Vaterlande blicken können, und in der hoffentlich von Herrn Scherl kein Mensch mehr redet. (Beifall links.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Abg. Fischbed (fr. Sp.): Die Vorwürfe des Herrn v. Woyna haben mich sehr ruhig gelassen. Er hat ein Loblied auf Herrn Scherl und seine Tätigkeit gesungen, und wenn er Vorwürfe gegen mich erhebt, daß ich aus Scherlischen Schriften verlesen habe, so weise ich darauf hin, daß Herr Scherl uns seit langem alle seine Schriften zuschickt — offenbar zu dem Zweck, sie zu lesen — und wenn ich etwas daraus vorlese, so gehe ich damit nicht über den zulässigen Rahmen hinaus. Ueber diesen ist Herr v. Woyna hinausgegangen, der von dem Journalisten Scherl sprach. Wenn gesagt wird, die Scherlische Presse sei eine Todfeindin der sozialdemokratischen Presse und sie hätte die Sozialdemokratie zurückgedrängt, so befindet man sich in einem großen Irrtum. Wir wissen ganz genau, daß die Stätten, wo die sozialistische Agitation betrieben wird, die Arbeitsstätten sind, dort wird die sozialistische Saat in die Gemüter hineingesät. Die politische Presse kann nichts ausrichten gegen die geistige Verumpfung durch eine Presse, die sorgfältig jede politische Stellungnahme zurückweist. (Abg. Arendt: Nur die freisinnige Presse!) Nein, da irren Sie sich. Ich lese viel lieber die „Post“ oder die „Kreuzzeitung“, als derartige Blätter. Die Leute, die irgend ein System ausfindig machen, denken immer, wenn jemand aus sittlichen Gründen das System bekämpft, sie fragen gleich: Wo steht der materielle Vorteil? Herr v. Woyna hat seine eigenen Fraktionsgenossen schlecht behandelt. Der Minister sagt, wenn man konsequent sein wolle, so müsse man auch das Lotteriespiel verhindern. Wir haben, so lange es Lotterien gibt im Deutschen Reich, diese bekämpft, wir haben wiederholt Anträge auf Beseitigung der Lotterien gestellt, wir haben gegen die Vermehrung der Lose bei der preussischen Lotterie gestimmt, und wenn wir die Beseitigung haben, daß durch die Einführung des Prämien-Sparlaffen der Spieltrieb noch weiter gefördert wird, so handeln wir nur in Konsequenz unseres sittlichen und politischen Standpunkts, den wir immer vertreten haben, wenn wir dagegen austraten. Daß die Sparlaffen die Angelegenheit mit großer Heimlichkeit behandelt haben, geht daraus hervor, daß der Sparlaffenitag bereits im Juli vorigen Jahres zusammengetreten ist, während die ersten Nachrichten darüber erst im Dezember in die Zeitung kamen.

Der Vertreter der Zentrumsparthei hat sich als grundsätzlichen Gegner einer Lotterie bezeichnet. Herr Winkler hat erklärt, daß im Kreise seiner Freunde das Scherlische System als tot angesehen werde und von den Nationalliberalen hat die Mehrheit den Antrag unterzeichnet. Da ergibt sich, daß die gewaltige Majorität des Hauses heute erklärt, daß sie ein Sparlaffen, verbunden mit einer Prämienlotterie nicht haben will. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können mit dem Ergebnis der heutigen Diskussion sehr zufrieden sein, und ich kann daher im Auftrage meiner Freunde den Antrag zurückziehen. (Beifall links.)

Abg. Fischbed (natl.): Nach den Erklärungen des Ministers ziehe ich im Auftrage meiner Freunde meinen Antrag zurück.

Abg. v. Woyna (fr.) verabschiedet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Vorwürfe des Abg. Fischbed.

Abg. Fischbeder (Z.): Meine Bitte um Ablehnung des Antrages Fischbed war im Rahmen meiner Fraktion gemeint.

Abg. Fischbed (fr. Sp.): Ein erheblicher Teil der Fraktion des Vorredners erklärt sich doch gegen die Verbindung der Prämienverlosung mit den Sparlaffen.

Es folgen Petitionen. Das Haus leert sich rasch, der Minister ist vollständig umdelegt.

Justizrat Dr. Baumert in Spandau ersucht für den Preussischen Landesverband städtischer Haus- und Grundbesitzervereine um Aenderung des § 9 des Einkommensteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 dahin, daß auch die Grund- und Gebäudesteuer von dem steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen sind.

Die Kommission empfiehlt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Da aber der Referent Dr. v. Quistorp (l.) nicht anwesend ist, so wird die Petition abgesetzt. Ebenso ergeht es zwei Petitionen des Pastors Leibbrandt und Genossen in Dojanow und des Dr. Stephan v. Deuthen um Einsetzung einer Landeskommission zur Bekämpfung des Alkohols und um Reform des Schankkonzessionswesens; für diese hatte die Kommission teils Ueberweisung als Material beantragt, teils sie zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erklärt.

Ueber eine Petition des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preussens um Verbesserung der Einkommensverhältnisse der angestellten Gemeindebeamten, sowie der Pensions- und Hinterbliebenen-Verhältnisse der nicht angestellten Gemeindebeamten soll nach dem Antrage der Kommission zur Tagesordnung übergegangen werden.

Abg. Wolgast (fr. Sp.) begründet in längeren Ausführungen seinen Antrag auf Ueberweisung als Material.

Ihm schließen sich die Abgg. Dr. Krüger (l.), Ernst (fr. Sp.) und Heilich (l.) an.

Der Antrag auf Ueberweisung als Material wird mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Abg. Graf Wartensleben (l.) bittet, in der nächsten Woche die Tage Dienstag bis einschließlich Freitag sowie in der darauffolgenden Woche Montag und Dienstag für die Kanalcommission freizubehalten.

Vizepräsident Dr. Borsch: Das wird davon abhängen, welchen Fortgang unsere Verhandlungen in der Kommission nehmen werden. Wenn es möglich ist, könnten die Plenarsitzungen vom Dienstag bis zum 17. November ausfallen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Staatsvertrag zwischen Preußen und Bremen wegen Abänderung der Landesgrenze; Initiativanträge; Petitionen.)

Schluß 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Strafverfolgung gegen sich selbst hat der Genosse Quint in Frankfurt a. M., Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, im Einverständnis mit der Gesamtdirektion bei der Staatsanwaltschaft beantragt. Seit längerer Zeit hat das Blatt in verschiedenen Artikeln schwere Anlagen gegen den Leiter des städtischen Fuhrwesens, einen Herrn Röh m., erhoben, den es des Mißbrauches und vielfacher Veruntreuungen städtischen Eigentums beschuldigte. Entgegen dem sonst üblichen Brauche unterließ jede Anlage gegen den verantwortlichen Redakteur. Im Stadtverordneten-Kollegium fordernte Genosse Quard den Magistrat auf, gegen die „Volksstimme“ Anlage zu erheben. Der Magistrat beugte sich damit, eine Disziplinaruntersuchung gegen den beschuldigten Beamten anzukündigen, wogegen Quard erklärte, daß dabei nichts herauskommen werde, weil der Magistrat gewissermaßen mit schuldig an den Voruntersuchen sei und ein Interesse an ihrer Verhinderung habe. Nunmehr hat Quint ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft gerichtet, worin er unter Hinweis auf seine in der „Volksstimme“ veröffentlichten Behauptungen und unter Vorlegung von Gründen beantragt, das Strafverfahren gegen sich zu eröffnen.

Stadtverordneten-Wahl in Kiel. Wie uns eine Privatdepesche meldet, sind die sozialistischen Stimmen heute noch um 100 gewachsen. Genosse Weber wurde trotz febrhafter Beteiligung von bürgerlicher Seite mit 1400 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt.

Bei der Bürgervorstandswahl in Ronneburg (Sachsen-Altenburg) siegten die sozialdemokratischen Kandidaten über die gegnerischen mit dreifacher Majorität.

Gewerkchaftliches.

Die entgleiste „Post“.

Im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ lesen wir:

„Auch die „Post“ in Berlin nahm von der Urlaubsbewilligung der Seltkellerei Hendell u. Co. in Mainz als „von wachsendem Verständnis auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge“ Notiz und sprach bei der Gelegenheit den gewiß beherzigenswerten Wunsch aus: „Das Vorgehen der Firma verdient in möglichst zahlreichen Betrieben nachgeahmt zu werden.“ Als jedoch im Mai ihre Maschinenfabrik wegen Fertigungswährung vorstellig wurden, lautete die Antwort ablehnend!“

Den „Korrespondent“ scheint diese Ablehnung der Ferien zu wundern. Ganz mit Unrecht! Sie entspricht durchaus dem Verständnis der „Post“ auf dem Gebiete der Arbeiter-Fürsorge. Daß die „Post“ in ihren Spalten die Gewährung von Arbeiter-Ferien nachahmenswert findet, ist so gegen ihre Grundsätze, daß dies ein „Post“-Redakteur nur in der Betwirrung geschrieben haben kann, welche die Ergebnisse der Firma Hendell u. Co. in seinem Hirne anrichteten.

Solch „Esel“ im Sinne des seligen Stumm ist kein „Post“-Redakteur, daß er in nächsterem Zustande irgend einen sozialen Fortschritt lobend anerkennen würde.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Metallindustriellen sind eifrig bemüht, an Stelle ihrer ausgesperrten Arbeiter die bekannten „nützlichen Elemente“ einzufüllen. Welcher Mittel sie sich dabei bedienen, mag folgender Vorfall erweisen. Die Metallwaren- und Kronleuchter-Fabrik von E. F. Barthel in Chemnitz sucht durch Inserate Leute. Als sich daraufhin ein Arbeiter aus Freiberg mit einer Bewerbung an die Firma wandte, erhielt er folgende Postkarte:

„Ihr Bewerbungsschreiben habe ich erhalten, doch muß ich Ihnen vorerst mitteilen, daß die fragliche Metallfabrikstelle nicht in meinem Hause, sondern bei der Firma F. Gaeber, Berlin C., Sophienstr. 22, zu besetzen ist und bitte ich Sie, sich mit genannter Firma umgehend in Verbindung zu setzen. Zur Bedingung macht sich vorgenannte Firma, daß Sie nicht dem Metallarbeiter-Verbande angehören.“

Gehachtungsvoll

E. F. Barthel, F. W. Neubauer.

Ein Chemnitzer Metallarbeiter erhielt folgende Postkarte:

„Von Herrn E. F. Barthel erfuhr ich Ihre Adresse und ersuche ich Sie, zu mir zu kommen; das Reisegeld erstatte ich Ihnen mit 5 M., wenn Sie längere Zeit bei mir arbeiten und dem Metallarbeiter-Verbande nicht beitreten. Von den Streikposten lassen Sie sich nicht beeinflussen.“

Gehachtungsvoll

F. Gaeber.

Und der betreffende Arbeiter ließ sich in der Tat nicht beeinflussen, d. h. er ließ sich von der Scharfmacherfirma nicht beeinflussen, zum Betrüger an seinen Kollegen, zum Streikbrecher zu werden.

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter gegen die Kühnemänner hat so die Sympathie der gesamten Arbeiterschaft, daß die Herren die Hoffnung auf Streikbrecher in größerer Zahl oder auf ein finanzielles Unterliegen des Metallarbeiter-Verbandes ruhig aufgeben können. Den Vorteil aus der Aussperrung ziehen lediglich die Firmen, die es seinerzeit vorzogen, sich dem Einfluß der Kühnemänner zu entziehen und zu ihren Arbeitern in ein geregelttes Vertragsverhältnis zu treten.

Die Aussperrung der Tischler.

Heute ist ein voller Monat seit dem Beginn der Aussperrung verfloßen und es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Erwartungen, mit denen die Führer der Tischlereier den Kampf begannen, nicht erfüllt worden sind und auch nicht erfüllt werden, wenn sie den unbegründeten Kampf noch länger fortsetzen sollten.

Ehe die Aussperrung begann, gaben die Arbeitgeber bekannt, daß 502 Tischlermeister mit 5650 Gesellen die Aussperrung beschloßen hatten und daß 171 Meister mit 1768 Gesellen, die gegen die Aussperrung stimmten, sich durch Ehrenwort verpflichteten, den Beschluß der Mehrheit auszuführen. Dieser Beschluß ging benachlässigt dahin, daß vom 5. Oktober an die Lohnarbeiter sofort, die Akkordarbeiter aber nach Fertigstellung des Akkordes zu entlassen sind. Im ganzen haben sich also 733 Unternehmer der Möbelindustrie verpflichtet, die von ihnen beschäftigten 7418 Arbeiter nach und nach auszusperren.

Wenn die Aussperrung zunächst langsam von statten ging, so konnte man annehmen, die Akkorde seien eben noch nicht fertig. Da aber nur ein kleiner Teil der hier in Frage kommenden Tischlereier Akkorde zu vergeben hat, deren Fertigstellung länger als vier Wochen dauert, so müßte heut nach einem vollen Monat, der größte Teil der rund 7500 Arbeiter ausgesperrt sein, wenn die Meister sich durch ihr Ehrenwort und durch ihre von Woche zu Woche erneuerten und verschärften Beschlüsse gebunden fühlten.

Wie steht es nun mit der seitherigen Durchführung des Aussperrungsbeschlusses? Nach der letzten ausführlichen Kontrolle des Holzarbeiter-Verbandes hatten sich bis gestern im ganzen 148 Unternehmer, also nur der fünfte Teil der durch Beschluß und Ehrenwort verpflichteten, an der Aussperrung beteiligt. Bis gestern waren 839 Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes ausgesperrt, was durch genaue Zählung festgestellt ist und jederzeit durch Einsichtnahme in die Listen im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes kontrolliert werden kann. Vom Jahrverein der Tischler sind etwa 90 Personen ausgesperrt, vom Gewerkeverein liegen uns genaue Angaben nicht vor; nach den bisher bekannt gewordenen Angaben mögen etwa 150 Mitglieder der Organisationen ausgesperrt worden sein. Das ergibt eine Gesamtzahl von 989, also ungefähr den achten Teil der Tischler, denen die Aussperrung zugebacht war. Wenn man die an dem Kampfe gar nicht beteiligten, aber doch mit ausgesperrten Bildhauer, Möbelpolierer, Maschinenarbeiter und etwaige Inorganisierte berücksichtigt, so sind bis gestern höchstens 1200 Arbeiter, etwa ein Sechstel der in Frage kommenden, ausgesperrt worden.

Die Zahl der Verbandsmitglieder, die zugunsten der Aussperrten die Arbeit verbandlegten, hat sich in der letzten Woche um 247 vermehrt und beträgt insgesamt 1028. Von den Streikenden und Aussperrten sind in der letzten Woche mehr als 100 durch den Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes wieder in Arbeit gebracht worden. — Hiernach kann man wohl mit Recht behaupten, daß der Verlauf des Kampfes in der Holzindustrie den Erwartungen der Unternehmer nicht entspricht.

Nur vor dem Beginn der Aussperrung sagte Obermeister Rahardt in einer Unternehmer-Verammlung: Der Kampf, den seine Kollegen gegen den Holzarbeiter-Verband zu führen beabsichtigten, werde wohl sechs Wochen dauern. In sechs Wochen glaubt Herr Rahardt, werde der Holzarbeiter-Verband besiegt sein. Nun währt der Kampf bereits in der fünften Woche, und wenn Herr Rahardt die ursprünglich angenommene Kampfdauer von sechs Wochen um das Doppelte verlängert hätte, so würde er seine wirtschaftlichen Gegner noch ebenso wenig besiegt haben, wie es heut der Fall

Der Herr Mahardt wird wohl schon jetzt einsehen, daß seine Getreuen nicht mehr so lange aushalten. Die Ausperrungslust, die von Anfang an nicht sehr groß war, hat in den letzten Wochen bedeutend nachgelassen, und die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, sich so gut es gehen will, aus der verfahrenen Situation zu retten. So hat die Firma Wenzel u. Wöhmann, um den Ausperrungsbeschlus, der sich ja nur auf Gefellen erstreckt, zu umgehen, ihre Gefellen durch Vertrag zu verfahren und Meistern gemacht. Auf der anderen Seite fährt der Arbeitsnachweis der Innung fort, jetzt, wo laut Beschluß keine neuen Arbeiter eingestellt werden dürfen, Stellen zu besetzen, die durch Ausperrung und Arbeitsniederlegung frei geworden sind. Dieser Tage hat der Nachweis der Innung der Firma Jaroski fünf Gefellen zugewiesen, die allerdings von solcher Qualität sind, daß sie dem Unternehmer keine besondere Freude machen werden.

Nachdem die Scharfmacher in Berlin selbst so geringen Erfolg hatten, haben sie neuerdings in den Vororten für die Ausperrung agitiert. Dem persönlichen Eingreifen des Herrn Mahardt und anderer Führer ist es gelungen, in der in Weissenhof bestehenden Filiale der Freien Vereinigung der Holzindustriellen den Ausperrungsbeschlus durchzudrücken. Das war am Dienstag. Am Donnerstag sperrten die drei Weissenhofer Vorstandsmitglieder der Freien Vereinigung, die Herren Springer sowie Herzog u. Wonnemann insgesamt vier Arbeiter aus. In Berlin hat sich an demselben Tage nur eine Werkstatt, und zwar Hoersterling, wo nach Zeichnung gearbeitet wird, der Ausperrung angeschlossen.

Nach alledem ist es sicher: Auch die lebhafteste Agitation der Scharfmacher ist nicht mehr imstande, dem Kampfe die Ausdehnung zu geben, die die Führer wünschen. Die Unternehmer zogen aus, um den Holzarbeiter-Verband unterzukriegen. Sie werden froh sein, wenn sie, ohne allzu großen Schaden an sich selbst genommen zu haben, aus dem Kampfe heimkehren können.

Der Klavierarbeiter-Streit berechtigt nach Auffassung der Streikenden zu den besten Hoffnungen. Nicht nur, daß die Ausständigen einmütig im Kampfe verharren, sondern es ist auch noch gelungen, Arbeitswillige aus Betrieben, wo solche vorhanden waren, herauszuziehen. Allem Anschein nach beginnen die Reihen der Fabrikanten zu wanken. Log für Tag werden Fälle gemeldet, wo Unternehmer im Gespräch mit den vor ihrer Fabrik aufgestellten Streikposten ihre Bereitwilligkeit, sich mit den Arbeitern zu verständigen, zu erkennen geben. Infolgedessen hat die Streikleitung in den letzten Tagen mit verschiedenen Unternehmern verhandelt. Dieselben waren wohl bereit, einen mehr oder minder erheblichen Teil der Forderungen zu bewilligen, da aber die Streikenden überzeugt sind, daß sie nicht nötig haben, von ihren Forderungen etwas abzulassen, so hatten die Verhandlungen in den meisten Fällen noch kein Resultat. Eine kleinere Fabrik hat neuerdings wieder die Forderungen voll bewilligt.

Auswärtige Klavierfabrikanten suchen aus dem Berliner Streit insofern für sich Nutzen zu ziehen, als sie in hiesigen Zeitungen tüchtige Arbeiter der Klavierindustrie suchen.

Zum Müllkutschersstreik. Gestern gab es zu der „Müllnot“ noch eine „Arbeitswilligennot“. Bekanntlich hatte die Wirtschaftsgenossenschaft anfrühdigen lassen, daß sie 100 Polen angeworben habe, die der Müllnot ein Ende machen sollten. In dem mit aller-

hand Divisionsentfesseln ausgerüsteten verlassenen Kneiplokal in der Christburgerstraße, war denn auch alles zum Empfang der „arbeitswilligen“ Müllkutmänner bereit. Doch die Freunde der Genossenschaftsleitung verbandelte sich bald in Trübsal. Wohl kamen als erster Schuß circa 60 Mann, die von gewissenlosen Agenten in der Gegend von Kreuz, Driesen und Schönland unter Vorpiegelung falscher Tatsachen angeworben waren. Die Streikenden aber waren auf dem Posten. Sie unterrichteten die Angeworbenen bereits auf dem Bahnhofs von dem Stand der Dinge und fuhren dann mit ihnen gemeinschaftlich nach dem „Kneiplo“ in der Christburgerstraße. Als die Leute das dortige Streikbrot-Lager sahen und damit die Angaben der Streikenden bestätigten, da hatten sie genug von der Wirtschaftsgenossenschaft. Sie verzichteten auf die „Chöre“, wie Gefangene gehalten und als Streikbrecher betrachtet zu werden; machten vielmehr mit den Streikenden gemeinsame Sache, indem sie mit diesen zusammen unter dem Beifall der Anwohner der Christburgerstraße per strems nach dem Gewerkschaftshaus fuhren und dem Herrn Direktor und Inspektor der Wirtschaftsgenossenschaft das Nachsehen liehen. — Doch den Herren wurde bald darauf ein kleiner, leider sehr kleiner „Trost“ zu teil. Es kam nämlich noch ein zweiter Transport Arbeitswilliger von 29 Mann aus Stolowo in Russisch-Polen. Diese Leute, die kein Wort deutsch verstehen und einen sehr schwächlichen Eindruck machen, waren den Sommer über in der Rheinprovinz tätig gewesen und nun, da sie wieder nach ihrer Heimat wollten, an der Grenze von einem Agenten aufgefangen und für Berlin als Müllkutscher engagiert worden. Auch ihnen fuhren die Streikenden entgegen und suchten sie über den moralischen Wert ihres Engagements aufzuklären. Doch die Leute waren einfach zu dumm für diese Welt; sie schienen in ihrer Stupidität nicht zu begreifen, daß sie mit Antritt der Arbeit eine immoralische Handlung begehen. Da von dieser Sorte, selbst wenn davon 1000 Mann angeworben würden, irgend eine Gefährdung der Interessen der Streikenden nicht zu erwarten ist, so überließ man die armen Menschenkinder getrost den Nachtwächtern und Schutzeuten, die das Häuflein denn auch in guter Ordnung nach dem Streikbrot-Kneiplo geleiteten. Den Leuten war versprochen: 3 M. Lohn; Kaffee, Frühstück und Abendbrot (ohne Mittag) und Schlafen auf Strohh. Glad damit.

Herr Maurer- und Zimmermeister Rabis in der Schönhauser Allee 72b, der die Bauten Schivelbeinerstraße 4 und 5 auf-führt, teilt uns in bezug auf die Notiz der Verbandseitung der Tapezierer in der gestrigen Nummer mit, daß er Herrn Kaufmann gegenüber nicht nur seine Verpflichtungen erfüllt, sondern darüber hinaus Summen bezahlt hat, welche die bisher gemachten Auslagen und Löhne weit übersteigen. Herr Rabis trifft also nicht die Schuld, wenn Herr Kaufmann den Arbeitern gegenüber seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Das Verhalten dieses Herrn schädigt auch ihn selbst.

Achtung, Schindmacher! Die Differenzen in der Filzschuhfabrik von Großmann-Adlershof sind durch Jurisdiktion der Rindigungen erledigt. Die Agitationskommission für Brandenburg.

Deutsches Reich. Sämtliche Schmiede der Fahrzeugfabrik Eisenach haben die Arbeit niedergelegt. Die Ursache ist die Maßregelung zweier Arbeiter aus der Schmiede-Abteilung.

Zum Austritt Bruffs, des Vorsitzenden des Gewerkschafts-Verbands, erklärt der Vorstand dieses Vereins folgende Erklärung: „Die Vorstandssitzung des Gewerkschafts-Verbands deutscher Bergarbeiter Deutschlands vom 30. Oktober d. J. hatte sich mit Differenzen innerhalb des Verbandes zu befassen. Die ausgedehnte Aussprache hierüber ergab das Resultat, daß der Vorstand es für notwendig hielt, die Generalversammlung vor die Entscheidung zu stellen, ob sie die Kaski in der bisherigen Leitung des Gewerkschaftsvereins billige oder nicht und eventuell einen neuen Vorstand wählen wolle. Daraufhin legte der Vorsitzende Bruff sein Amt als erster Vorsitzender nieder. Bis zur nächsten Generalversammlung führt der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins, Karl Kühme, Hamme (Bochum IV), den Vorsitz.“

Husland. Der Straßburger-Streit in Korröping. Der Bürgermeister von Korröping hat auf Veranlassung der Arbeiterkommission der Stadt sich bereit erklärt, einen Vermittlungsversuch bei der Direktion der Straßbahnen zu machen. Wenn Verhandlungen stattfinden, sind die Arbeiter der Stadt bereit, die Demonstrationen so lange einzustellen. In den letzten Tagen waren diese Demonstrationen außerordentlich umfangreich. Am Mittwoch abend hatten sich auf dem Stortorg (dem großen Marktplatz) und den darangrenzenden Straßen größere Menschenmassen als je zuvor angeammelt. Alles verlief jedoch ruhig. Der Vorpost über diejenigen Geschäftsleute, die ihre Lokale bei den Sittierungen von Demonstranten der Polizei zur Verfügung stellen, ist so wirksam, daß bestimmte Geschäfte ganz ohne Kunden sind. Ein größerer Geschäftsmann hat sich jedoch an den Vorstand der Arbeiterkommission als auch an den Bürgermeister um Maßregeln zur Aufhebung des Vorposten gewandt, weil, wie er erklärt, sonst der Ruin seines Geschäftes unabwendbar ist.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 6. November, vorm. 8^{1/2} Uhr, im Bürgerlokal des Rathhauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung. „Freireligiöse Vorlesung“. Um 10^{1/2} Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Sinnbild in der Religion“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Zu der humanistischen Gemeinde, Riederwallstr. 12, in der Aula der Friedrichswerderschen Oberrealschule, hält am Sonntagvormittag 10^{1/2} Uhr Herr Dr. Rudolf Benzig einen Vortrag über: „Das Selbst als Erbsler“. V. sich selbst verlieren.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Straßund-Franzburg-Nügen. Sonnabend, 5. November, abends 9 Uhr, bei Ramlow, Schönhauser Allee 135: Versammlung. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen.

Marktpreise von Berlin am 3. November. Nach Ermittlungen des hgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,90-17,57 M., mittel 17,54-17,51 M., geringe 17,48-17,45 M. Roggen**), gute Sorte 13,85-13,84 M., mittel 13,83-13,82 M., geringe 13,81-13,80 M. Futtergerste**), gute Sorte 15,70-14,50 M., mittel 14,40 bis 13,20 M., geringe 13,10-12,00 M. Dinkel**), gute Sorte 16,40-15,60 M., mittel 15,50-14,70 M., geringe 14,60-13,80 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 M. Linsen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 9,00-7,00 M. Rüböl 9,00-0,00 M. Den 0,00-0,00 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schok 4,50-3,00 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Als Ballst.

Sozialdemokratisch. Wahlverein im 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis
Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied **Hermann Rabe** am 14. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, 6. November, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Kirchhof, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Maurer **Hermann Rabe** im Alter von 49 Jahren nach kurzem, aber schwerem Krankenlager am Donnerstag nachmittags 9 Uhr sanft entschlafen ist.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 6. d. M., von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes aus statt. 27265

Am 2. November entschlief nach längerem Leiden meine liebe Frau **Jda Göller** geb. Passeler 27226
Dies zeigt tiefbetrübt an **Edmund Göller**.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. November, vorm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des Parochialkirchhofes, Vorhagener Weg, aus statt.

Für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, Verwandten und Kollegen sowie dem Gewerkschafts-Kreis „Arbeiter-Harmonie“ meinen tiefgefühlten Dank. 27356
Die trauernde Witwe **Anna Köster**.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 6. November 1904, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1904.
2. Berichterstaltung von der Generalversammlung.
3. Kassee-Angelegenheiten und Verschiederne.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiche und pünktliche Erscheinen ersucht
27375 Die Kreisverwaltung.

Orts-Krankenkasse d. Bureau-Angestellten.
Die Wahlen der Delegierten für die Jahre 1905/1906 finden an den nachstehend bezeichneten Tagen und Orten statt:
a) Für Arbeitnehmer im Restaurant Miegel, Stralauerstr. 57, am 15. November ex., abends.
Es sind zu wählen: Von 6^{1/2}-7 Uhr durch die Kassee-Mitglieder aus der Abteilung der Berufsgenossenschaften: 23 Vertreter.
Von 7-7^{1/2} Uhr durch die Kassee-Mitglieder aus der Abteilung der Versicherungsanstalten: 136 Vertreter.
Von 7^{1/2}-8 Uhr durch die Kassee-Mitglieder aus der Abteilung der Krankenkassen: 20 Vertreter.
Von 8^{1/2}-9 Uhr durch die Kassee-Mitglieder aus der Abteilung der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher: 106 Vertreter.
b) Für Arbeitgeber im Kassee-lokal, Stralauerstr. 56, vorn 1 Treppe, am 14. November ex., abends von 8-8^{1/2} Uhr.
Es sind zu wählen: 120 Vertreter.
Wahlberechtigt und wählbar sind Kassee-Mitglieder bzw. Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Berlin, den 1. November 1904.
Der Vorstand.
G. Bauer, Vorsitzender.

Die **Ordentliche Generalversammlung** der **Orts-Krankenkasse** für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelste und Apotheker findet statt am **Montag, den 14. November 1904, abends 8^{1/2} Uhr,** in der **Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57.**
Tages-Ordnung:
1. Abänderung des § 1 des Statuts.
2. Mitteilung über den Stand des Selbsthätten-Projektes.
3. Mitteilung über das Pensionsregulativ.
4. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung für 1904.
5. Wahl von:
a) 4 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitnehmer bis Ende 1907;
b) 2 Vorstandsmitgliedern aus den Reihen der Arbeitgeber bis Ende 1907. 27145
Der Vorstand.
R. Nürnberg, H. Philippsohn, Vorsitzender. Schriftführer.

Spar- u. Produktivgenossenschaft Berlin-Rixdorf in Liquidation E. G. m. b. H.
Wir fordern die Mitglieder, welche zwecks Feststellung ihres Anteiles ihr Mitgliedsbuch noch nicht abgegeben haben, auf, dies umgehend zu tun. Die Abgabe soll in der dem Mitgliede am nächsten gelegenen Verkaufsstelle erfolgen. 127/12
Die Liquidatoren.
R. Dreßlauer, D. Kutzge, G. Geyermann.

Orts-Krankenkasse der Klempner.
Am Sonntag, den 13. Nov. ex., vorm. 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7, die **General-Versammlung** der Vertreter der Kassee-Mitglieder und Arbeitgeber unserer Klasse statt.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung der Protokolle.
2. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern: ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer.
3. Wahl des Rechnungsausschusses.
4. Antrag Beigel und Genossen: Abänderung der §§ 54 und 68 des Statuts sowie § 1 der Verordnungsregeln für erkrankte Mitglieder.
5. Verschiederne. 27206
Der Vorstand.

Neu eröffnet!
Georg Gundermann Berlin N. 963L
Brunnenstrasse 63.
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben fertig und nach Mass.
Herren-Winterpaletots von 8,50 an.
Herren-Winterjoppen von 3,75 an.
Herren-Winteranzüge von 7,50 an.
Jeder Käufer, der dieses Inserat mitbringt, erhält einen Extra-Rabatt.

Für Restaurateure etc. gibt es keine praktischeren Käseorten wie meine Postkollie-Zusammensetzung von:
40 Portions-Delikatess- u. 40 Portions-Bierkäs'chen in nur wickl. hochfeinst. Ware M. 6,40 franko Nachnahme. **G. Haisch Nachf.,** Remmingen, Bayer. Reg.

Hüte * * *
Mützen
Engros Export.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Herrenhüte von 1-3 M. per Stck, Knabenhüte von 65 Pf. an, Zylinder von 3 M. an, Chapeau von 4,50 M. an, Haarhüte 2,50 bis 3 M. Lieferant verschiedener Turn- und Sportvereine. Größtes Lager an stannend billigen Preisen.
Albert Friedlaender, 90 Landsberger Str. 90, 1 Treppe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.
Heute Sonnabend, d. 5. Nov. **Premiere der Novität Prinz Levy in Ahlbeck.**
Schwank in drei Akten von Anton und Donald Herrnsfeld.
Hauptrollen: **Ragnus Prinz Levy; Donald Herrnsfeld.**
Präsidial, dessen Regiebegleiter: **Anton Herrnsfeld.**
Anfang präzis 8 Uhr. Billetvorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Nathan Wand 129 Stalhoferstr. 129. Die schönsten 9422* **Herren-Winter-Paletots und Anzüge** in neu, sowie speziell **Monats-Garderobe** von skandinavischen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bau anzüge sind in großer Auswahl stets zu stannend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand 129 Stalhoferstr. 129. Hochbahnhofsstation Kottbusser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

RESTE.
Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damontuche in schwarz und farbig, Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Oorkrow, Plüsch, Sammete, Besatzartikel etc.
KONFEKTION Fertige Jackotts, Paletots, Capos, Kostüm-Röcke etc. Größte Auswahl. Billige Preise. **C. Pelz, Kottbusser-Strasse 4.**

Hüte * * *
Mützen
Engros Export.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Herrenhüte von 1-3 M. per Stck, Knabenhüte von 65 Pf. an, Zylinder von 3 M. an, Chapeau von 4,50 M. an, Haarhüte 2,50 bis 3 M. Lieferant verschiedener Turn- und Sportvereine. Größtes Lager an stannend billigen Preisen.
Albert Friedlaender, 90 Landsberger Str. 90, 1 Treppe.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.
Nachstehende Werke liefern wir bis zum 31. Dezember d. J. zu herabgesetzten Preisen.
Die französische Revolution von 1789-1804. Volksfilmliche Darstellung der Ereignisse und Zustände von B. Bloch... anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Volksfilmlich dargestellt von L. Herrtier anstatt M. 6,50 jetzt M. 5.-
Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von B. Bloch anstatt M. 5,70 jetzt M. 5.-
Großer deutscher Bauernkrieg von Dr. B. Zimmermann, herausgegeben von B. Bloch anstatt M. 6,70 jetzt M. 5.-
Der Mensch und seine Rassen von B. Langhavel anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
Die Geschichte der Erde von R. Sommeil anstatt 5,90 jetzt M. 5.-
Die Pflanzenwelt von R. Sommeil anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
Die Tierwelt von R. Sommeil anstatt M. 7,10 jetzt M. 5.-
Die Wunder des Kosmos populär dargestellt von D. Köhler anstatt M. 5,50 jetzt M. 5.-
Weltschöpfung und Weltuntergang populär darg. von D. Köhler anstatt M. 4,75 jetzt M. 4,25
Sämtliche Bücher sind in Prachtgebänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbigen Tafeln veranschaulicht und erläutert.
Nach dem 31. Dezember tritt der frühere Ladenpreis wieder in Kraft.

Anton Boekers Ball-Salon
Weber-Straße 17
empfiehlt den geehrten Vorständen von Gewerkschaften und Vereinen seine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten; auch steht ein Saal, ca. 200 Personen fassend, Sonnabends und Sonntags, und zwei große Vereinszimmer den geehrten Herrschaften zur Verfügung.
Ergebenst 7992*
Anton Boeker, Weberstr. 17.
Fürs Volk das beste und so billig als möglich!
500 Zentner uckermärkische Äpfel und Birnen von 6-25 Pf. pro Pfd. stehen zum Verkauf bei
9272*
Fritz Wilke, Brunnenstr. 188, Amt III, 6325.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.

Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt 4, 3953.

Hauptbureau: Zimmer 1-5. Amt 4, 9670.

Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. Die Vertrauensleute werden ersucht, den Mitgliedern die Bücher auszuhandigen.

Achtung, Bauanschläger! Die für Sonntag, den 6. November fällige Versammlung fällt der Generalversammlung wegen aus.

Achtung, Vertrauensleute in Moabit! Die Vertrauensmänner-Konferenz findet am Sonnabend, den 12. November im bekannten Lokal statt.

Die zum Sonntag, den 6. d. M., angelegte Morgensprache für Dalldorf und Vorkingwalde findet der Generalversammlung wegen am 13. d. M. vormittags 10 Uhr im Lokal von Kube, Vorkingwalde, statt.

In Ausführung des Beschlusses der Versammlungen vom 1. November geben wir hiermit bekannt, daß die Extramarke nur in unseren Zahlstellen und zwar vom 6. d. M. an, zu haben sind.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen

Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.

Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, bei Volgt, Ritterstraße Nr. 75:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Kirschnick über: „Elektrische Licht- und Kraftverzeugung“ mit Demonstrationsapparaten. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 7. November 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Flöge, Rixdorf, Steinmühlstr. 103:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen R. Schütte über: „Die Schule von heute“. 2. Anträge zum Delegiertentag. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 5. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht.

Die Auszahlung der Unterstützung für streikende sowie gemahregelte Kollegen findet Sonnabend vormittags von 9 bis 5 Uhr nachmittags bei Schulz, Dammstr. 38, statt.

Der Vorstand.

Größtes Spezialgeschäft der Branche!



Hüte und **Mützen** und Pelzwaren.

Engros - Export zu erstaunlich billigen Preisen und aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.

Oscar Arnold Dresdener Strasse 116 (kein Laden).

Fremden-Legionäre! Feldschlösschen, Eisenstr. 73/75.

Lade alle früheren Legionäre zur Unterhaltung beim guten Schoppen freundlich ein. Restaurant zum ehemaligen Fremden-Legionär. Adolf Ziggel, Hollmannstr. 40.

Kenner rauchen

Zenith

Cigaretten!

Preise nie wiederkehrend!

Nach beendetem Umzuge sind die Preise auf: **Teppiche, Gardinen, Portieren etc.**

bis zu **33 1/3 %** herabgesetzt.

Ferner eine Gelegenheitspartie einzelner Teppiche mit unbedeutenden Webfehlern fabelhaft billig.

Teppichhaus B. Adler & Co.

Königstr. 20/21, an der Judenstraße, im altbekannten Lokal beim Rathaus.



AUSVERKAUF.

Wegen bevorstehender Mietsteigerung - jährlich 1500 Mark - bin ich gezwungen, mein großes Lager in

Pelzwaren, Hüten, Schirmen

zu verkaufen. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.

Otto Gerholdt, Dresdenstr. 2, Ecke Stallherstraße.

Herren- und Knaben-Garderobe

Prachtvolle Qualität * Beste Verarbeitung
Vornehme Ausstattung * Tadelloser Sitz
* * * Ausgezeichnete Haltbarkeit * * *

Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.

- | | |
|--|--|
| Winter-Paletots
18, 20, 25, 30 bis 75 Mark. | Rock-Anzüge
27, 33, 38 bis 53 Mark. |
| Havelocks
8,50, 12, 15 bis 35 Mark. | Gehrock-Anzüge
30, 36, 42 bis 66 Mark. |
| Pelerinen-Mäntel
25, 30 und 40 Mark. | Frack-Anzüge
54, 60 und 66 Mark. |
| Kaiser-Mäntel
20, 25 und 30 Mark. | Knaben-Anzüge
je nach Größe von 3 M. an. |
| Wetter-Pelerinen
10,50, 12 und 13,50 Mark. | Burschen-Anzüge
von 11 bis 31 Mark. |
| Winter-Joppen
6,50, 7,50, 9, 10,50, 12-25 M. | Knaben-Paletots
je nach Größe von 5 M. an. |
| Beinkleider
3,50, 4,50, 5, 6, 7 bis 18 Mark. | Burschen-Paletots
von 15 bis 31 Mark. |
| Jackett-Anzüge
15, 17,50, 20, 25, 30 bis 50 M. | Knaben- u. Burschen-Joppen
von 4,50 bis 12 Mark. |

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Grosses Stofflager.

Hochelegante Anfertigung nach Mass.

Die Preise sind billig, streng fest und geschieht der Verkauf nur gegen bar.

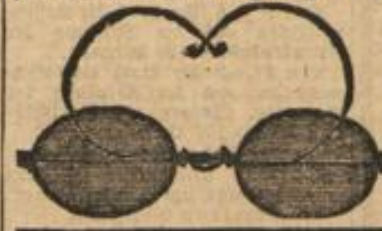
Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Oranienstr. 166 **Berlin** Potsdamerstr. 113a

Potsdam, Nauenerstr. 23. 1864L.

Weltbekannt sind **Rathenower Augengläser.**



- Echt Rathenower Brillen 1,00
- Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
- „ Double . . . 5,00
- „ Gold . . . 12,00
- „ Schildpatt . . 4,50
- Opern- u. Reisegläser v. 6,00 an
- Barometer, garant. gute Werke, von 6,00 an

A. Grün, Optiker, Brunnenstrasse 4. *

Josef Fischer

Rohren-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preis ab Platz:
Senftenb. Halbsteins p. St. nur 70 Pf.
Senftenb. Salon-Brik. 6 d. 7 1/2 nur 75 Pf.
Anna, Adler, Mario
Senftenberger la Henckels Werke 6 ab. 7 Roll, nur 85 Pf.
Iso, Salon-Briketts billig.
Fret Keller pr. St. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 4658*
60 Landwagen verleihe zu Rohlen.

500

Winterpaletots, Jackettanzüge, Hüten, Damengarderoben, Gardinen Pfandleihpreise.
Zentral-Pfandleihe
Weidenweg 19 I. +30
Jeden Mittwoch: Frische Bräuwürstchen. Jeden Sonnabend: Frische Blut- und Leberwurst.
Wurstmeyer, Brunnenstr. 6.

Wintermäntel

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

- Winter-Paletot in Eskimo, moderne Fassons 10, 12, 15 Mk.
- Eskimo-Paletot anschliessend „Rockform“, elegante Schneiderarbeit 20, 25, 30 Mk.
- Covercoat-Paletots, elegante Neuheit 15, 20 Mk.
- Frauen-Paletots in allen Weiten und Formen 20, 25, 30 Mk.
- Blusen-Paletots, in Astrachan, Breitschwanz u. Eskimo 15, 20 Mk. etc. etc.
- Bolero-Jacketts, elegante Neuheit für junge Mädchen, in Astrachan u. Eskimo 18 bis 30 Mk.
- Schwarze Frauencapes u. Golfcape in mel. weichen Stoffen 10, 12, 15 Mk.
- Sakkokleider u. Jackenkleider in mel. glatten u. engl. Stoffen 15, 18, 20, 25, 30 Mk.
- Elegant garnierte franz. Kleider in Volle, Satintuch, Tuch und in neuen Fantasie-stoffen 20, 25, 30, 40 Mk. Trauerkleider, auch für starke Damen 20, 25 Mk.
- Seidenblusen u. Wollblusen in allen modernen Farben 3, 5, 10 Mk. etc.
- prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen u. Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, in mel. Stoffen 3,50, 5, 6 Mk., in pr. Cheviot schwarz u. blau 6, 8, 10 Mk., in pr. Satintuch schwarz u. farbig 8,50, 10, 12 Mk.
- Fussfreie Strassenröcke, garantiert regenecht, in mel. Stoffen 5,50, 7,50, 9 Mk., in Seidendamast, Samt u. Merveilleux 20, 25 Mk. Hochelegant garnierte schwarze Röcke, nur neueste Modelle, mit Seiden-Tressen u. Samtband-Besätzen.
- Weisse Volle-Costüm-Röcke, für Theater u. Gesellschaft, elegante Ausführung.
- Faltenröcke, elegante Neuheit, in schottisch O-meliert u. schwarz. Tuch etc. 12, 15, 18 Mk.

Sielmann & Rosenberg,
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Massanfertigung.

Hüte. Verkauf zu mäßigen, streng festen Preisen. Schirme.

Max Kaplan

1 Friedrichstr. 1

Maßanfertigung in allen Preislagen und bekannter Güte.

- Spezialität: Winter-Paletot, prima Atlasfutter M. 48
Moderne Stoffe. Winter-Paletot, prima Atlasfutter, hervorragend elegante Ausführung M. 55
Winter-Paletot, bestes Wollfutter . von M. 20 an

Sonder-Angebot: Zurückgesetzte Winter-Paletots, alle Farben M. 10-15
Winter-Joppen, beste Lodenstoffe, warm gefüttert

Wäsche. m. 7, 8, 10, 11, 12, 15, 16, 18 usw. Krawatten.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf zwischen den „reinen“ und „gemischten“ Werken in der Eisenindustrie.

Die Frage, ob die reinen Walzwerke und Hochofenwerke dauernd existenzfähig sind, gegenüber den gemischten Werken, ist nicht unbedingt mit „Ja“ zu beantworten, denn es wird immer einige Betriebe geben, die unter besonders günstigen Umständen, die nicht von dem Materialpreise abhängig sind, billiger oder mit ungefähr denselben Selbstkosten produzieren, wie die gemischten Werke.

Die unbedingte Überlegenheit der gemischten Werke beruht nicht zum wenigsten auf technische Fortschritte, deren Ausnutzung eben nur auf Riesenwerken möglich ist. Um das verständlich zu machen, ist es notwendig, den Produktionsprozess durch die Reihe reiner Werke kurz zu schildern und dann zu zeigen, wie die Verarbeitung, beginnend mit der Erzschmelze bis zum fertigen Walzwerkprodukt, sich in den neuesten kombinierten Betrieben vollzieht.

Das ist aber schon ein ziemlich vorgeschrittener Prozess, wie er vor zehn Jahren noch allgemein selbst auf den kombinierten Werken zu finden war. Nur war man nicht von den einzelnen Syndikaten, Erz-, Kohlen-, Hoheisen- und Halbzeugsyndikaten, abhängig.

Wie gestaltet sich aber der Prozess heute in den nach den neuesten technischen Fortschritten errichteten oder umgearbeiteten Werken? Nehmen wir ein bestimmtes Werk, die Krupp'sche Anlage bei Rheinhafen! Krupp hat eigene Erzgruben, Kohlengruben und Koksöfen, wodurch ihm die Selbstkosten für Hoheisen im Minimum um 6-10 M. niedriger zu stehen kommen, als dem reinen Hochofenwerk.

Allein schon diese technischen Fortschritte, die das reine Werk sich gar nicht zu eigen machen kann, geben den kombinierten Werken schon eine so große Überlegenheit über die reinen Werke, daß deren Konkurrenzfähigkeit dauernd unmöglich ist.

Man denke, eine Schiene von über 200 Meter Länge! Während man früher auf jede noch dazu längere Schiene einen Kopf als Abfallstück hatte, entfällt jetzt nur auf jede fünfte Schiene ein Abfallstück. Wiederum eine tüchtige Ersparung neben dem Fortfall von Arbeitskräften und Ausfall der Holzmaterialkosten.

daneben die Entfaltung neuer gigantischer Kräfte. Ein revolutionärer Steigebzug, der mit seinem Emporsteigen auch immer mehr die Gewalt auslöst, die der Kapitalherrschaft, auf der Spitze angelangt — ein Ende bereiten. Immer kleiner wird die Schar der Herrscher, immer größer die Zahl der Beherrschten und immer näher rückt die Stunde, wo die große Zahl der Kleinen ihre Produktionsmittel abnehmen wird.

Die drei zu einer Interessengemeinschaft vereinigten Farbenfabriken, die Badische Anilin- und Sodafabrik in Mannheim, die Farbenfabriken vorm. Fried. Bayer u. Co. in Elberfeld und die A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin, berufen zum 8. Dezember außerordentliche Generalversammlungen ein, in denen die Aufnahme der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation zu Berlin in die zwischen der Badischen Anilin- und Sodafabrik und den Farbenfabriken vorm. Fried. Bayer u. Co. beabsichtigte Interessengemeinschaft auf der Grundlage erfolgen soll, daß der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation vom Gesamtgewinn der drei Gesellschaften 14 Proz. zufallen. Diese Beteiligung am gemeinsamen Gewinn entspricht der Größe des Aktienkapitals und des Reservefonds der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation.

Dividende Berliner Brauereien. Der Bruttoertrag der Unions-Brauerei beträgt 400 421 M. (361 471 M. l. v.). Die Abschreibungen 170 016 M. (168 789) und der Nettoertrag 230 405 M. (192 688), woraus 6 Proz. Dividende zur Verteilung gelangen. — Der Reinertrag der Brauerei Königsstadt Aktiengesellschaft stellt sich auf 298 136 M., wovon ebenfalls 6 Proz. Dividende verteilt werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Sonntag findet im Volkshaus das Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Es sind im Programm Konzerte, Theateraufführungen und Tanz vorgesehen. Eintritt 25 Pf.

Friedenau-Steglich. Die geplante Flugblattverbreitung am Sonntag findet nicht statt.

Schwaldow. Der Wahlverein hält Sonntag seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre, Statutenänderung, Neuwahlen des Vorstandes usw. und Verschiedenes.

Friedrichsfelde. Montag 8 1/2 Uhr ist Saalabend in Karlsdorf bei Kuchel, Waldschenke.

Alt-Glinitze. Die Versammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 Uhr bei Saß statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Treptow-Baumfalkenweg. Heute ist Saalabend im Restaurant „Sängerheim“, Wehringstr. 14. — Sonntag früh 8 Uhr findet eine Handzettelverbreitung von folgenden Lokalen aus statt: Treptow: Schmidt, Riefholzfir. 22; Preuß. Neue Kreuz-Allee 59. Baumfalkenweg: Schäfers, Baumfalkenstr. 1, Ecke Ernststraße. Am zahlreichsten Beteiligung der Parteigenossen wird gebeten.

Schneidershof. Sonntag ist eine Volksversammlung für Männer und Frauen bei Otto Pätzsch, Anfang 4 Uhr nachmittags.

Lokales.

Zur Einführung eines Kaufmannsgerichtes in Berlin. Im Rathhaus hat am Mittwoch, wie wir bereits kurz mitgeteilt, eine Konferenz stattgefunden, in der der Magistrat die Wünsche der Handlungsgewerkschaften für das in Vorbereitung befindliche Ortsstatut über das einzuführende Kaufmannsgericht entgegennahm. Die Vertreter der Gewerkschaften sind von dem Verlauf dieser Besprechung im großen und ganzen befriedigt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Magistrat den Vorschlägen der fortgeschrittenen Vereinigungen manderlei entgegenkommen bewiesen hat, zunächst allerdings nur durch den Mund seines Kommissars, Stadtrat Wöhl, und mit unerbittlichen Worten.

Als Beisitzer des Gerichts sind 100 Vertreter der Gewerkschaften und 100 Vertreter der Prinzipale in Aussicht genommen, und ihre Amtsdauer soll sich auf drei Jahre erstrecken. Die Beisitzerwahlen sollen, wie schon mitgeteilt, nach dem Proportionalssystem vollzogen werden, damit die Parteien ihrer Stärke entsprechend vertreten sein können. Der Magistrat empfiehlt „gebundene“ Kandidatenlisten — Listen, die von den Parteien vorher einzureichen sind und an denen der Wähler dann nichts mehr ändern darf. Die Meldung bürgerlicher Blätter, wonach an den gebundenen Listen Änderungen vorgenommen werden dürfen, trifft nicht zu. Das Prinzip der gebundenen Listen beruht eben darin, daß sie ohne Änderung abgegeben werden müssen. Daher sind Listen, an denen Änderungen vorgenommen worden sind, bei der Wahl ungültig. Um allen Vereinigungen die Beteiligung möglich zu machen, wurden vom Magistratsvertreter auch „verbundene“ Listen vorgeschlagen, auf denen ein oder mehrere Mandate kleineren Vereinen eingeräumt werden, die im Gericht eine spezielle Vertretung haben wollen. Für „gebundene“ und eventuell „verbundene“ Listen erklärten sich vier Vereine, und zwar die neueren, darunter der Zentralverband. Die alten Kassenvereine, der Leitziger, der Achtundfünfziger usw., wünschten „freie“ Listen. Der Magistratsvertreter erklärte hierzu, daß die Stärke der Parteien, nicht aber die Laune des einzelnen Berücksichtigung verdiene. Auch über die Zahl der Unterzeichner, die eine Liste in Voranschlag bringen dürfen, gingen die Meinungen auseinander. Der Magistrat hält 20 für ausreichend, die größeren Vereine wollen die Grenze hinaufgerückt wissen, sogar bis 100, was natürlich eine Erschwerung wäre. Branchenammern wurden vom Magistrat und von der Gewerkschaft übereinstimmend verworfen. Amfische Auslegung von Wählerlisten wird sich nach Ansicht des Magistrats schwer durchführen lassen, da man die Prinzipale nicht zwingen kann, ihr Personal anzugeben. Der Zentralverband wünschte Aufstellung von Listen wie bei den Reichstagswahlen, wenn sie möglich sei; andernfalls solle man überhaupt auf Wählerlisten verzichten und sich mit einer bloßen Legitimation des Wählers begnügen. Der Magistrat will das in Erwägung ziehen. Von der Gewerkschaft wurde angeregt, daß Stellenlosigkeit nicht Wahlrechtsverlust bringe. Stadtrat Wöhl erklärte sich damit einverstanden, sofern es sich um Stellenlosigkeit von wenigen Wochen handle. Die Notwendigkeit, die Wahlen auf den Sonntag zu legen, wurde von ihm anerkannt.

Von einigen Vereinen wurde gewünscht, daß bei Streitobjekten von über 100 M. in der Spruchkammer vier Beisitzer anwesend sein müssen, andernfalls solle Vertagung eintreten. Der Zentralverband beämpfte diese erschwere Bedingung, die auf eine Verschleppung der Rechtsprechung hinauslaufen würde. Die Gebührensätze wurden allgemein als zu hoch bemängelt. Der Magistrat schlägt vor: 1 M. bei Objekten bis zu 20 M. Der Vertreter des Zentralverbandes forderte Gebührenfreiheit bis zur Verurteilungsgrenze, also für Objekte bis 500 M. Der Magistrat wird sich diesem Wunsch kaum verschließen dürfen.

Der Ausschuss für Gutachten, der beim Kaufmannsgericht sich als besonders wichtig erweisen dürfte, soll so zusammengeführt werden, daß die Parteien gemäß ihrer Vertretung im Gericht daran beteiligt sind. Der Magistrat hat die Zahl von 6 Arbeitgebern und 6 Arbeitnehmern in Aussicht genommen. Die Gehältern wünschen stärkere Befugung, möglichst bis 15 und 16. Nach der Absicht des Magistrats soll der Ausschuss zusammentreten, wenn mindestens 20 Beisitzer es beantragen, wobei es gleichgültig sein soll, ob diese 20 nur Arbeitnehmer oder nur Arbeitgeber sind.

Das wären etwa die Hauptpunkte, die in der Konferenz zur Erörterung kamen. Wir möchten die Worte des Magistratskommissars nicht sogleich für Rat annehmen. Aber wir hoffen doch, daß die wohlwollende Erwägung, die für diese und jene Forderung zugelegt wurde, im Magistratskollegium sich nicht in kühle Ablehnung verwandeln wird. Die Wünsche der Gehältern wurden am Donnerstag auch in der Stadtverordnetenversammlung durch unseren Genossen Hinke vorgebracht. Dem schon in unserer vorläufigen Meldung über die Konferenz erwähnten Wunsch der Gehältern, daß man das Kaufmannsgericht an das Gewerbegericht angliedern möge, scheint ja, nach der Auskunft des Oberbürgermeisters Erfüllung zu winken.

Die Markthallen-Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit einer Petition der Markthallenarbeiter um eine andere Festsetzung der jetzigen Lohnsätze. Danach sollen ein Anfangslohn von 3,50 M. gewährt werden, steigend von 2 zu 2 Jahren um 25 Pf. bis auf 4,50 M. nach 8 Jahren; für weibliche Personen werden gefordert als Anfangslohn 1,75 M., der bis zum Höchstlohn von 2,75 steigen soll. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß diese Wünsche bescheiden sind. Es sei nicht unbillig, wenn die Arbeiter das Verlangen hätten, nach achtfähriger Tätigkeit in den Genoss eines Lohnes von 4,50 M. zu gelangen, der ja an und für sich bei dem heutigen Preis unserer Lebensmittel knapp ausreicht, eine Familie zu unterhalten. Von gegnerischer Seite wurde angezweifelt, ob die Deputation überhaupt berechtigt wäre, eine anderweitige Lohnregelung ohne Zustimmung des Magistrats vorzunehmen und ob sich wirklich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit 2 Jahren verschlechtert hätten. Die Löhne seien damals erhöht worden, es ginge nicht an, daß man den Wünschen der Arbeiter immer Rechnung trage. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurden die Lohnforderungen abgelehnt. Ein weiterer Gegenstand betraf die Arbeitszeit der Reinigungsarbeiter. Diese Arbeiter waren früher gezwungen, ihre Tätigkeit von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr, mit je einer Unterbrechung von 2 resp. 3 Stunden, auszuüben. Unter Hinzurechnung des Weges nach ihrer Wohnung bedeutete dies eine Zeit von 16 bis 17 Stunden, die für ihren Beruf aufgewendet werden mußte. Im tiefen Zustand zu befechtigen, der auch in der Deputation nicht gebilligt wurde, unternahm man den Versuch, durch Schichtenwechsel Besserung zu schaffen. Dieser Versuch ist nunmehr abgeschlossen, hat aber nicht den Beifall der Direktion und der Deputation gefunden. Besonders wurde geltend gemacht, daß, wenn man den Reinigungsarbeitern die beim Schichtwechsel eingeführte 8 1/2 stündige Arbeitszeit gestatten würde, auch die technischen Arbeiter, die heute noch 10 Stunden arbeiten, das Verlangen auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen würden, was neben bedeutenden Ausgaben noch andere Unzulänglichkeiten im Gefolge hätte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, noch einen Versuch zu unternehmen, wonach ein Teil der Arbeiter von 6-4 1/2 Uhr, mit Pausen von 1 1/2 Stunden, und der andere Teil von 1/2-10 Uhr mit einer halbstündigen Vesperpause arbeiten soll. — Einem Wunsch verschiedener Interessentengruppen gemäß soll für die Folge in der Zentralmarkthalle Ia am Sonn- und Festtagen der Großhandel mit Fleisch untersagt werden.

Kapellmeister Weingartner, der zuletzt nur die Sinfoniekonzerte dirigierte, tritt von seinem Posten an der königlichen Oper zurück. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu dieser Nachricht: Zu den verschiedenen Nachrichten über den Rücktritt des Kapellmeisters Felix Weingartner von der Leitung der Sinfoniekonzerte im königlichen Opernhaus sind wir in der Lage festzustellen, daß für das betreffende Besuch Herrn Weingartners lediglich Rücksichten auf seinen Gesundheitszustand maßgebend gewesen sind. Der ausgezeichnete Künstler fühlt sich so leidend, daß er einer gründlichen Ausspannung bedürftig zu müssen meint, um später sich wieder mit frischen Kräften seinem Berufe widmen zu können. Von Differenzen Kapellmeister Weingartners mit leitenden Stellen kann, namentlich schon seit Herr Generalintendant v. Hülsen in Frage kommt, in keiner Weise die Rede sein.

Es kommt darauf an, was man leitende Stellen nennt. Andere Leute wollen wissen, daß Weingartner mit einem Herren, der auf den Betrieb des Opernhauses einen recht beträchtlichen Einfluß ausübt, in starke Differenzen geraten ist.

Also doch! Der Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung für die am 23. November stattfindenden Stadtverordneten-Erwahlungen im 22. und 30. Wahlbezirk, dritte Abteilung, die Wahlzeit auf 10 bis 8 Uhr abends und im 7. Wahlbezirk, erste Abteilung, auf 10 bis 8 Uhr festzusetzen. Den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung ist mit diesem Beschluß der Magistrat also entgegengekommen.

Die Angelegenheit der Kronprinzessinnenpöbele ist gestern in der geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung dadurch erledigt worden, daß man die Sache einer gemischten Deputation überwies.

Zum Skandal der Schwundelassen. Eine Vereinsgründung im Gerichtsbezirk dürfte kein alltägliches Ereignis sein. Im Zimmer 119 des königlichen Amtsgerichts I in der Jüdenstraße ist gestern unter Aufsicht des Amtsräters ein „Verein zum Schutz der Versicherten“ gegründet worden. Das ging so zu: In besagtem Zimmer hatten sich über 50 Leute eingefunden, die sämtlich von der „Verolina“, Deutsche Volkskrankenkasse zu Berlin (G. S. 140) wegen rückständiger Beiträge verklagt waren. Über 100 weitere Angeklagte aus allen Landesteilen waren zum Termin nicht erschienen. Schon der erste der Angeklagten richtete schwere Beschuldigungen gegen die Kasse. Er behauptete, die Kasse sei schon im Jahre 1902, von wo aus die rückständigen Beiträge datierten, insolvent gewesen; die Mitglieder seien teilweise aufgefressen worden, keine Beitragszahlungen mehr zu leisten, da die Vorstandsmittel unter Anklage gestellt seien; Krankenunterstützung habe die Versicherung nie gezahlt, weil kein Geld vorhanden war usw. Alle diese Angaben wurden von den übrigen Angeklagten, meist kleinen Leuten, bestätigt. Der Vertreter der klagenden Gesellschaft gab an, über die angeführten Dinge nicht unterrichtet zu sein. Der Richter stellte den Angeklagten anheim, gemeinsam die Summe von 200 M. auszubringen, um die Klagen der Versicherungsgesellschaft durch einen gerichtlichen Bücherrevisor prüfen zu lassen. Der nächste Termin würde dann im Februar n. J. stattfinden. Gleich im Gerichtsbezirk schlossen sich darauf die Angeklagten zu einem Verein zusammen, um die erforderlichen Geldmittel aufzubringen und die übrigen Geschädigten zu gemeinsamen Maßnahmen zu veranlassen.

Die Untersuchungen gegen den mutmaßlichen Mörder der Frau Wäcker, den früheren Stallhofsweiger Wählerhaler, die zurzeit auf Veranlassung der hiesigen Behörden in der Umgegend von Stettin vorgenommen werden, haben bisher zu einem positiven Ergebnis nicht geführt. Wie des näheren aus Stettin gemeldet wird, ist den Personen, die in Jüllshof am Tage des Mordes mit einem verdächtigen Manne gesprochen haben, die aus Bern eingetroffene Photographie des Wählerhaler zur Feststellung der Identität vorgelegt worden. Bei der eibigen Vernehmung vermochte der selbgenannte Schiffs-

Zimmermann Mittag nicht mit Bestimmtheit auszusagen, ob es das Bild des Mannes ist, mit dem er am Vormittag des Worttages ein Gespräch geführt hat, während der Arbeiter Ehlers, der in derselben Lage war, wie Mittag, bestimmt verneint, daß er die Photographie jenes Unbekannten vor sich habe. Bekanntlich hat Mählethaler bisher selbst in Abrede gestellt, in Jüllshof gewesen zu sein; er leugnet auch die Nothdurft und hat neuerdings einen Alibiweis angetreten. Danach will er schon am Tage vor der Mordtat in Bern eingetroffen sein und dort in der Mordnacht selbst unter falschem Namen in einem Hotel logiert haben. Er soll auch angeblich von den Hotelbedienten wiedererkannt worden sein, doch sind die Erhebungen hierüber noch nicht abgeschlossen.

Entwicklung des Großbetriebes. Im Tiergarten sind seit dem 22. März 1898 48 Denkmäler, teils Gruppen, teils einzelne Standbilder aufgestellt worden. Durch diese Denkmäler werden nebst drei Medaillonbildern an drei Gruppen in der Siegesallee 114 Persönlichkeiten verportet, wozu noch viele allegorische, sagenhafte und andere unbestimmte menschliche Wesen und Tiere kommen. Ferner sind noch die acht einzelnen Tierbilder um den Floraplay und die beiden Brunnen vor dem Brandenburger Tor zu erwähnen, die ebenfalls in den letzten sechs Jahren errichtet worden sind. Früher gab es im Tiergarten außer der Siegesallee nur vier nennenswerte Denkmäler, Friedrich Wilhelm III., die Königin Luise, Goethe und Lessing, ferner die Löwengruppe auf dem Ahornsteige. Das älteste Denkmal ist die von grünem Moos bedeckte Sandsteinfigur Apollon mit der Lyra auf dem Kinderspielplatz zwischen der Bellevue-Allee und der Charlottenburger Chaussee, nahe der Gärtnerei des Tiergartens.

Dem Dreifährigen Pflücker ist ein betrübendes Mißgeschick widerfahren. Wie berichtet wird, überfiel ihn gestern Abend ein unbekannter Mann im Vestibül des Hotel de Rome und verprügelte ihn ganz elend. Dann entsetzte der Altentäter sich. Die Bediensteten fanden den Grafen nachdem in sehr derangiertem Zustande und leisteten ihm die erste Hilfe. Ueber das Befinden des Grafen war nichts Näheres zu erfahren, so daß wir ein Bulletin leider nicht veröffentlichen können. Wie manchmal erst ein schmerzliches Ereignis uns irrende Menschenkinder zur Erkenntnis bringt, so schweigt vielleicht auch Graf Pflücker hinfort weniger in allgemeiner Judenverpöschung, nachdem er am eigenen Leibe die Wirkung seines Heilmittels erfahren hat. Immer vorausgesetzt, daß sein Geisteszustand solches Erleben noch zuläßt.

Zu dem Baumfall in Schmargendorf schreibt uns die Leitung des Verbandes der Bauarbeiter: In diesem Fall ist mit Leben und Gesundheit der Arbeiter ein triviales Spiel getrieben worden. Schädliches Material zum Mästungsbaum und fehlerhafte Aufstellung sind die Ursachen des Unglücks. Der Unternehmer Jahn fährt am Hohenzollern-Damm mehrere Bauten auf, von denen der hier in Betracht kommende bis zur Höhe der dritten Etage gediehen ist. Die Mästung war nur mäßig belastet, und wenn die Vorschriften zur Unfallverhütung beachtet worden wären, so hätte das Unglück unmöglich schimmern werden können. Das Treppenhäus hat eine leichte Seite von 5,05 Meter im Quadrat; hierzu fand nur eine Streichstange Verwendung, während bei solider Aufstellung mindestens zwei Stangen gebraucht worden wären. Den gesetzlichen Vorschriften entgegen war der Treppenturm keineswegs in jeder Etage abgedeckt und so kam es, daß die beiden Arbeiter von der dritten Etage bis ins Kellergeschloß stürzten. Die Stiefung stand sozusagen in der Luft und konnte nur geringe Tragfähigkeit haben, was noch daraus hervorgeht, daß die untere Stange kurz am Mauertwerk quer durchbrochen war. Die auf dem Bau verwendeten Streichstangen sind von grünem, auf der Baustelle umgebenen Nichten hergerichtet worden und waren schon deshalb untauglich. Auch hier muß die Frage erhoben werden, wo denn die Kontrolleure der Berufsgenossenschaften waren, wo die Polizei, die ausländischen Arbeitern gegenüber doch so wach auf dem Posten ist?

Durch den Einbruch eines überlasteten Gerätes sind gestern, Freitag, fünf Arbeiter auf dem Neubau des Friedrichs-Realgymnasiums in der Mittenwalderstr. 34 verunglückt. Die Bauleitung hatte die im Alford arbeitenden Stein- und Mörtelträger schon wiederholt gewarnt, nicht zu viel Material auf die Mästung zu bringen. Gestern war das bei dem fünf Meter hohen Gerüst im Haupttreppenhause trotzdem doch wieder geschehen. Beim Abwerfen einer Last brachen nun die Miegel und das Gerüst stürzte mit den Arbeitern Niesel, Masdorf, Schmidt, Weber und Hoffmann zusammen. Die Verunglückten wurden von Arbeitsgenossen alsbald aus dem Geviert von Holz, Steinen und Mörtel befreit und in ärztliche Behandlung gegeben. Niesel hatte starke Quetschungen an der Brust erlitten und mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden, die übrigen waren weniger schwer verletzt. Masdorf, Schmidt und Weber zogen sich Hautabschürfungen am Gesicht, am Rücken, an den Händen, Armen und Beinen zu und konnten sich, nachdem sie einen Verband erhalten hatten, nach Hause begeben. Am besten kam Hoffmann weg. Seine Hautwunden an den Armen sind so geringfügig, daß er auf dem Bau bleiben und weiter arbeiten konnte. Nach der Untersuchung, die eine beförderliche Kommission sofort anstellte, soll die Bauleitung keine Schuld treffen.

Tödlisch verunglückt ist gestern der Maurer Wilhelm Kilow, der Weidenweg 66 wohnte und auf dem Bau Vorhagenstr. 13a beschäftigt war. Der Maurer stürzte infolge eines Fehltritts von der Höhe der zweiten Etage herab und war auf der Stelle tot. Die Leiche wurde ins Schauhaus gebracht.

Der Umsturz eines Müllwagens verursachte Freitag mittag in der Schwedterstraße einen großen Aufruhr. Der arbeitswillige Kutscher Karl Bangs fuhr mit einem beladenen Müllwagen zu scharf um die Ecke der Schwedter- und Chorinerstraße. Der Wagen kippte um, so daß die Pferde an der hochstehenden Deichselstange hingen und der Inhalt der Mülllasten sich über die Straße ergoß. Die Pferde konnten nur mit großer Mühe rechtzeitig aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden. Dem Kutscher fiel ein Müllkasten auf den Fuß. Er mußte die Hilfe der Rettungswache in der Kastanien-Allee in Anspruch nehmen und dann in ärztliche Behandlung nach seiner Wohnung gebracht werden.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam gestern (Freitag) nachmittag 6 Uhr in der Andreasstraße 82 in dem sogenannten Andreasloft, der sich von der Andreasstraße bis zum Grünen Weg erstreckt, zum Ausbruch und beschäftigte die zweite Kompanie der Feuerwehr fast zwei Stunden. In der Holzdrecherei von W. Wegeler ben wurde durch Unvorsichtigkeit ein großes Faß Spiritus in Brand gesetzt, der sofort einen größeren Posten Holz erfasste. Als der 7. Löscharm aus der Memelerstraße unter Brandmeister Runge auf den ersten Alarm hin eintraf, stand schon der Drechlereiraum in Flammen, und da auch die ganze erste Etage, in der das Feuer wütete, total verqualmt war, so hatte die Wehr anfangs einen schweren Stand. Auf einen zweiten Alarm wurden daher noch die Löschzüge 5 und 8 herangezogen und bald waren von mehreren Schlauchleitungen in Tätigkeit. Beim Vordringen gegen den Brandherd wurde ein Feuermann vom Rauche so stark mitgenommen, daß er bewußtlos ins Freie getragen werden mußte, wo er sich aber dann bald wieder erholte. Nach halbstündigem Wassergeben war die Gefahr beseitigt, doch zogen sich die Aufräumungsarbeiten noch stundenlang hin. Der Drechlereiraum ist ausgebrannt.

Die Unfälle der Kinder, sich an fahrende Wagen anzuhängen, führte gestern wieder zu einem Unfall. Ein Knabe Erich Schneider vom Kottbuser Damm 44 fuhr auf diese Weise ein Stück Weges mit, bis er in die Nähe der elterlichen Wohnung gekommen war. Als er abprang und nach dem Bürgersteig zu lief, wurde er von einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Brotwagen überfahren. Ein Rad ging ihm über die Brust. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Unglückliche von einem Schutzmännchen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Im Polizeipräsidium beschaffen wurde gestern ein Feuerwehmann von der Wache in der Memelerstraße. Er fuhr mit seinem Dienstrad von der Wache nach dem Präsidium und ließ es vertrauensvoll unten

im Lichthofe stehen, während er seinen Auftrag ausführte. Als er nach wenigen Minuten wieder nach dem Hofe kam, war sein Rad verschwunden. Ein Dieb war damit an einem der beiden Schutzmänner, die auf beiden Seiten am Eingange stehen, vorbeigefahren. Der Beamte hatte ihn zwar gesehen, wußte aber nicht, daß das Rad gestohlen war. Es handelt sich um ein „Continental“-Rad mit schwarz emailliertem Rahmen und gelben Felgen. Die Kette ist an der Stelle der Zusammenfügung mit Zwillen umwickelt, die Raden sind Schweinsfurter Metall.

Eine aufregende Lärmzene wurde gestern wieder einmal im Gerichtsgebäude durch einen „wilden Mann“ verursacht. Aus der Untersuchungshaft wurde der Wäglar Paul Bernide dem Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Er ist ein Sparlasenbuchfälscher, auf dem die Kriminalpolizei schon längere Zeit fahndete und ist schließlich unter dem Namen Malchin in Dranienburg festgenommen worden. Kaum war er in den Anklageraum getreten, so fing er an zu toben und zu lärmen. Gellende, marktschreiernde Hilferufe erfüllten den Gerichtssaal, pflanzten sich auf die Wandelgänge fort und lockten von allen Seiten Publikum, Gerichtsdienere und Schutzleute herbei. Der Angeklagte konnte nur durch starke Käufe, die ihn packten, daran verhindert werden, über die Barriere zu springen und Unheil anzurichten; er schrie aber mit immer größer werdender Lungenkraft, schlug wütend mit Händen und Füßen um sich, und im Anklageraum entwickelte sich ein hitziger Kampf zwischen ihm und den Ordnungsbearbeitern. Da das Toben nicht aufhörte, so blieb nichts übrig, als die Verhandlung zu vertagen. Unter unaufhörlichem Schreien und Schreien wurde der anscheinend simulierende Angeklagte, über dessen Geisteszustand Professor Dr. Köppen und Gerichtsarzt Dr. Hoffmann Gutachten abgeben sollten, von mehreren Gerichtsdienern und Schutzleuten ins Untersuchungsgefängnis zurückgeführt. Die Verhandlung soll nächsten Freitag wieder aufgenommen werden. Vielleicht hat sich der Angeklagte bis dahin beruhigt.

Nach Unterschlagung von 15 000 M. wurde gestern ein Kassierer der Baseler Feuerversicherungs-Gesellschaft festgenommen. Die Veruntreuungen erstrecken sich auf einen Zeitraum von zwei Jahren. So lange wußte der Verhaftete, der 27 Jahre alte Kassierer August Dahmann, sie zu verheimlichen, bis sie gestern doch ans Licht kamen.

Ein Familiendrama entsetzlicher Art hat sich Freitag Abend im Hause Prinz Eugenstraße 12 ereignet. Dort wohnt im Hinterhause 4 Treppen hoch der Arbeiter Menz, dessen Frau vor einiger Zeit wegen Verleumdung zu 15 Mark Geldstrafe eventuell drei Tagen Haft verurteilt worden ist. Da Menz nicht imstande war, die Strafe zu bezahlen, sollte die Frau in der nächsten Woche die drei Tage abhüsen. In der Verzweiflung darüber sah sie den entsetzlichen Entschluß, sich und ihre drei Kinder im Alter von sieben, fünf und drei Jahren umzubringen. Die Tat ist am gestrigen Abend ausgeführt worden. Als der Ehemann in der neunten Stunde nach Hause kam, bot sich ihm ein graufiger Anblick; er fand seine Frau sowie die Kinder in der Stube erhängt vor. Alle vier waren tot. Die Leichen wurden gegen 10 Uhr nach dem Schauhaus gebracht. Menz, der mit seiner Frau in gutem Einvernehmen lebte, ist verzweifelt.

Verfolgungswahn. Die 28 Jahre alte Stickerin Mara Richter aus Dresden zeigte im Sommer Spuren von Schwermut und Verfolgungswahn. Ende August kam sie mit ihrer Schwöster zum Besuch ihres in der Freiheitstr. 63 wohnenden verheirateten Bruders nach Berlin, um sich etwas zu zerstreuen. Vor einigen Tagen belam sie morgens plötzlich einen schweren Anfall, ging unter einem Vorwande vom gemeinsamen Frühstückstische weg und stürzte sich aus dem Fenster der guten Stube drei Stock tief auf den Hof hinab. Die Unglückliche wurde entsetzlich zugerichtet in ein Krankenhaus gebracht. Man stellte hier außer schweren inneren Verletzungen Brüche des Schädels, der Arme und der Beine fest. Vorgestern trat der Tod ein.

Orgelkonzert. In der Marktkirche werden Montag, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, Herr Reinhold Kurth, Organist der Heilandskirche, Frau Charlotte Kimpel, Herr Ludwig Schubert, der Violinist Herr Ludwig Wagner, der Cellist Herr Otto Formin und der Stell-Verein unter Leitung von Herrn Hans Bischof Kompositionen von Bach, Händel, Haydn, Mozart, Schubert, Grell, Mendelssohn, Rheinberger u. a. bei freiem Eintritt aufführen.

Das Königl. Institut für Meerestunde, Georgenstr. 34—36, veranstaltet in der kommenden Woche abends 8 Uhr folgende öffentliche, Herren und Damen zugängliche Vorträge: Dienstag, den 8. d. Mts., spricht Herr Prof. Marshall-Leipzig über „Sagenhafte Meerestunde“, mit Lichtbildern; Mittwoch, den 9.: Herr Prof. Koelling-Baden-Baden über „Jüdische Küsten und Häfen“, mit Lichtbildern; Sonnabend, den 12.: Herr Prof. Günther-München über „Die Tätigkeit des Meeres an den deutschen Küsten“, mit Lichtbildern. Einlaßkarten sind von 12—2 Uhr mittags und an den Vortragsabenden selbst von 6 Uhr ab im Institut für Meerestunde erhältlich.

Theater. Im National-Theater setzt Eleonora Duse am Sonnabend ihr Gastspiel als „Monna Vanna“ fort. Die Künstlerin wird alsdann noch am 8. d. M. in der „Cameliendame“ auftreten, welche Rolle sie nach zwölf Jahren zum erstenmale wieder spielt, und am 10. die „Fedda Sabler“ in Ibsens gleichnamigem Schauspiel verportern, um sich am 12. in Donna's neuem Schauspiel „Die andere Gefahr“ vom Berliner Publikum zu verabschieden. — Das Schiller-Theater bereitet zur Feier von Schillers Geburtstag eine Aufführung der „Wallenstein-Trilogie“ vor. Der erste Teil, umfassend „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ wird am Donnerstag den 10. November im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) in vollständig neuer Ausstattung in Szene gehen. — Im Deutschen Theater wird jetzt die Aufführung von „Don Carlos“ vorbereitet, und zwar nicht in der gekürzten Fassung, in der das Drama mit Rücksicht auf seine ungewöhnliche Länge meistens gegeben wird, sondern unter Aufrechterhaltung der vollständigen Szenenfolge des Originals. Es werden also auch die bedeutsamen Szenen wie die im Karthäuserkloster, jene der Eholi mit Alba und Domingo (Intrigue gegen die Königin); die Schlussszene des vierten Aktes und die des Großinquisitors im letzten Akte, die von den Bühneneinrichtungen haben ausgeschieden werden müssen, zur Aufführung gelangen. Der Theaterabend überschreitet dadurch auch bei den gebotenen Kürzungen in den Einzelauftritten das übliche Maß nicht beträchtlich; die Vorstellung wird daher bereits um 7 Uhr abends beginnen und erst um Mitternacht ihr Ende erreichen. Wegen dieser langen Dauer der Aufführung wird nach der ersten Abtheilung eine große halbstündige Pause stattfinden, deren Eintreten durch das Herablassen des eisernen Vorhanges markiert wird. Im übrigen sollen die Zwischenakte nach den jedesmaligen Verwandlungen tünlichst beschleunigt werden. — Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater wird heute die dreiaktige Komödie „Prinz Levy in Hildesd.“ zum erstenmal aufgeführt.

Aus den Nachbarorten.

Die Schützlinge der „Germania“. Wir erhalten folgende Mitteilung aus Charlottenburg: Bei den gehässigen Angriffen, welche vor einiger Zeit die „Germania“ und die Charlottenburger „Neue Zeit“ gegen die Allgemeine Orts-Krankenkasse in Charlottenburg ins Werk setzten, haben diese Blätter die Behauptung aufgestellt, daß der Kassenvorstand zwei pflichttreue Beamte entlassen hätte, weil sie nicht Sozialdemokraten waren. Die beiden für Wahrheit und Recht kämpfenden Zeitungsorgane nahmen die zwei Musterknaben warm in Schutz gegenüber sozialdemokratischer Brutalität. Zu ihrem Leidwesen können nunmehr die genannten Blätter erfahren, daß der Regierungspräsident in Potsdam, der die Angelegenheit der beiden Schützlinge der „Germania“ und der

„Neuen Zeit“ untersucht hat, die Entlassung für vollständig gerechtfertigt befunden hat. Ebenso hat die höhere Verwaltungsbehörde gegen die Entsendung von Kassenvorstreitern zu den Krankenkassen auf Kostenlos nicht eingewendet, so daß der ganze Spießel jener Blätter umsonst war. Es ist ein beliebter Trick derartiger Kassengefechten, sich nach ihrer Kündigung oder Entlassung aus dem Kassendienst an die Organisation der Angestellten unter dem Vorgeben, daß sie Sozialdemokraten seien, zu wenden, gleichzeitig aber sich auch an den Regierungspräsidenten und die bürgerlichen Zeitungen heranzumachen, wo sie natürlich als staatsverhaltende, von sozialdemokratischen Kassenvorständen gemahregelte Gesellschaften auftreten. Und das hat bisher weder die „Germania“ noch die „Neue Zeit“ begreifen wollen. In der Freude, im Besitze von „vernichtendem Material“ gegen die Sozialdemokratie zu sein, lassen sich diese Blätter von jedem Schelm täuschen.

Spandau. Die schwierige Finanzlage, in der sich die Stadt befindet, dient der bürgerlichen Mehrheit unserer Stadtväter seit jeher als willkommener Vorwand für die Ablehnung sozialdemokratischer Forderungen. Auch jetzt wieder soll dieser Vorwand dazu herhalten, um die von unseren Genossen im Stadthaus seit Jahren geforderte Anstellung von Schulärzten auf neue, vielleicht für Jahre, hinauszuschieben. Eine Umfrage bei den hiesigen Ärzten hat ergeben, daß diese als Honorar für die Schularzt-Tätigkeit 30 Pf. pro Schüler und Jahr fordern, so daß das Institut der Schulärzte an tausenden Kosten jährlich etwa 3500 M. beanspruchen würde; und diese Kosten glaubte die Mehrheit in der Spezialkommission nicht aufbringen zu können. Zwar hat die Kommission noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt, sondern die Sache einstweilen vertagt, nichtsdestoweniger scheint das Schicksal der Vorlage besiegelt, wenn die Einsicht und das Pflichtgefühl bei der Mehrheit des Plenums nicht stärker entwickelt sein sollte. Aus demselben Grunde soll auch der „städtische Arbeitsnachweis“ noch weiter auf sich warten lassen. So leichten Kaufs sollen die Herrschaften aber diesmal nicht davonkommen; sicherlich können sie sich darauf gefaßt machen, daß unsere Genossen derartige faßenscheinige Gründe vor der Öffentlichkeit in das rechte Licht rücken.

Aus der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung scheiden am Ende des Kalenderjahres infolge Ablaufs ihrer Wahlperiode aus der dritten Wählerabteilung die Genossen Karl Hennig, Ch. Rischke, Ostermann, Preßler und Pärtsche aus. Die Ersatzwahlen finden am Montag, den 21. November, von vormittags 11 bis abends 7 Uhr statt. Zwei der zu wählenden Stadtverordneten müssen Hausbesitzer sein.

Der Entwurf eines Ortsstatuts über die Organisation der Kaufmannsgerichte wird der nächsten Stadtverordneten-Sitzung in Schöneberg vorgelegt werden. Soweit das Statut nicht durch zwingende gesetzliche Vorschriften festgelegt ist, ist es im wesentlichen nach dem für das Schöneberger Gewerbegericht geltenden Ortsstatut entworfen. Die das Wahlverfahren regelnden Bestimmungen beruhen auf den Vorschriften eines auf ministerielle Anordnung veröffentlichten Musterstatuts; nach dem geltenden Gesetz für das Kaufmannsgericht sind die Weisigerwahlen nach dem Grundzuge der sogenannten Verhältniswahl zu bewirken. Vor der Beschlußfassung durch den Magistrat ist der Statutenentwurf je zwei Vereinen von Kaufleuten und Handlungsgehilfen zur Aeußerung übersandt worden. Unter den von denselben gezogenen Erinnerungen konnten verschiedene Punkte, z. B. Ausdehnung der Gerichtsbezirke auf Friedenau —, Widerspruch gegen die Teilung des Gerichts in Kammern —, Einschränkung der sogenannten „gebundenen“ Listen —, Widerspruch gegen die sogenannte Stimmmulierung und die Einberufung der Weisiger nach der durch den Vorsitzenden — nicht durch das Los — festzustellenden Reihenfolge — nach der Ansicht des Magistrats nicht als berechtigt anerkannt werden.

In Schöneberg ist ein Einspruch gegen die Wahl des Stadtv. Brunnbaummeisters Ernst Treugebradt erhoben worden, der bei der Stadtwahl für die Ersatzwahl im neunten Bezirk der zweiten Abtheilung, Friedenauer Ostseite, 68 Stimmen erhalten hatte, während für seinen Gegner, den praktischen Arzt Samler, nur 66 Stimmen abgegeben waren; bei der Hauptwahl waren auf jeden der beiden Kandidaten 49 Stimmen gefallen. Der Einspruch wird damit begründet, daß nach § 26 der Städteordnung eine Stadtwahl nicht vorgenommen werden durfte, sondern zwischen den beiden Kandidaten das Los den Ausschlag hätte geben müssen; die Prüfung dieser Frage sei um so bedeutungsvoller, als Entscheidungen über die Auslegung des § 26 seitens des Bezirksausschusses und des Oberverwaltungsgerichtes nicht vorliegen. Außerdem sollen Unregelmäßigkeiten bei dem letzten Wahlaufe und Wahlbeeinflussungen vorgekommen sein.

Aus Panlow wird uns geschrieben: Unser Ort kann sich ruhig schlafen legen, denn er erhält einen Wachtmeister. Herr Bureau-director Mahle, der über die Beamtenschaft Panlows das Szepter schwingt, hat bei der Vertretung beantragt, einen fünften Amtsdienere anzustellen, dem die Qualifikation eines Wachtmeisters zuzufügen sei. Die Amtsdienere sind mit Arbeiten überhäuft, niemand kann sie kontrollieren, ein guter Anreiber sei besser als zehn Arbeiter. Es sei erst vor einigen Tagen vorgekommen, daß am späten Nachmittag eine Anzahl angestellter Arbeiter vor die Tür des Amtsvorstehers kam, um die Unterschriften für die Auszahlung ihrer Invalidentente zu erlangen. (Schrecklich!) — Unsere Genossen stellen sich auf den Standpunkt strikter Ablehnung, da die Zahl der Amtsdienere noch vollständig ausreicht und die Arbeit um so mehr bewältigt werden kann, als die Amtsdienere häufig ihrem eigentlichen Dienst nicht nachgehen können, weil sie den Stettiner Vorortzug in Panlow bewachen müssen, sobald der Hofzug vorbeifährt. Da die Debatte der bürgerlichen Mehrheit unbefuglich wurde, beantragte man Schluß und bewilligte selbstverständlich den „Anreiber“. — Ein Antrag, die Umsatztsteuer für unbebaute Grundstücke von 1 Proz. auf 1 1/2 Proz. zu erhöhen, wurde angenommen. Aus der Diskussion ist hervorzuhelien, daß Schöffe Hagm, der selbst im Besitze von unbebauten Grundstücken ist, die Umsatztsteuer als Wucher bezeichnet, dessen sich eine Gemeinde nicht schuldig machen sollte. Im übrigen hätten die Terraingesellschaften einen Ausweg gefunden, um die Zahlung der Umsatztsteuer zu umgehen. Die anderen Redner traten für die Erhöhung ein mit der Motivierung, daß der unverbundene Wertzuwachs, der sich in den Vororten immer mehr steigere, auch besteuert werden müßte. Die Vorlage wurde gegen drei Stimmen angenommen. Unsere Genossen stimmten ebenfalls für die Erhöhung.

Das fällige Eisenbahnlofer. Auf dem Rangierbahnhof in Potsdam wurde, wie die „Berl. Jg.“ meldet, Donnerstag Abend der Rangierer August Deich aus Vornstedt überfahren und ihm von dem Wädrer beide Beine buchstäblich abgeamitten. Der Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er jedoch bald nach seiner Einlieferung an den Folgen der furchtbaren Verletzung starb. D., der erst im Oktober vom Militär gekommen ist, wollte am Sonnabend seine Hochzeit feiern.

Der Schulstreit in Rummelsburg.

Schulkonflikte über Schulkonflikte! Bald ist es die Regierung, die ihr Schulaufsichtsrecht dahin auslegt, daß sie den Gemeinden die freie Verfügung über die Gemeindefachhäuser beschränken dürfe, bald ist es eine Gemeindebehörde, die von dem Recht der Verfügung über ihre Schulgebäude einen Gebrauch macht, der dem Allgemeininteresse der Bevölkerung zuwiderläuft. Rummelsburg hat bekanntlich im vorigen Monat einen Schulstreit dieser zweiten Art erlebt. Der Gemeindevorstand hat die „Freie Turnerschaft“, deren Mitglieder den Arbeiterkreisen angehören, kurzerhand aufgefodert, ihre Schülerabteilung aufzulösen; anderenfalls dürfte sie die ihr bewilligte Turnhalle nicht weiterbenutzen. Durch diese Verfügung, die den von kirchlicher Seite seit langem geäußerten Wünschen endlich Erfüllung bringen soll, will man einen Druck auf die „Freie Turnerschaft“ ausüben. Der Versuch, die Schülerabteilung durch das von

den Lehren an die Kinder ergangene Verbot der Beteiligung zu vernichten, war ja gescheitert an dem ruhigen Widerstand der Eltern, die ihre Kinder nach wie vor zum Turnunterricht der „Freien Turnerschaft“ gehen ließen.

Der gegen das Schulerturn dieses Arbeiter-Turnvereins gerichtete Streich des Gemeindevorstandes sowie die zustimmende Haltung, die die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung hierzu eingenommen hat, wurde am Dienstag in einer von Männern und Frauen stark besuchter Protestversammlung (bei Weigel, Türschmidstraße) nach Gebühr beleuchtet. Gemeindevorstand und Gemeindevorstandesrat sowie die zustimmende Mehrheit der Gemeindevertretung wurden in der Sache über die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung bei anderen Gelegenheiten recht wenig Rücksicht für das Wohl unserer Jugend bezeugt hat. Heute soll es eine sittliche Gefahr für Schulkinder sein, wenn sie von turnenden Arbeitern in der Pflege der Leibbescheidungen unterwiesen werden. Als es sich aber darum handelte, für die schulfähige Jugend eine Fortbildungsschule mit Besuchspflicht zu schaffen, da hat man jahrelang sich dagegen gewehrt. Heute schreit man auf liberaler Seite auch nicht vor dem „Eingriff in die elterlichen Rechte“ zurück, vor dem doch von dort aus so dringend gewarnt wurde, als von sozialdemokratischer Seite die Notwendigkeit betont wurde, durch Schaffung von Schulbrausebädern die Verbreitung des Badens zu fördern. — Gemeindevorstand und Gemeindevorstandesrat in diesem Konflikt sich ganz so benommen haben, wie man es von ihnen erwarten mußte. Der Turnhallenstreit passe hinein in das System, nach dem diese Herren wirtschaften. Sache der Nummelsburger Arbeiterbevölkerung sei es, die sozialdemokratische Gruppe der Gemeindevertretung nach Kräften zu unterstützen und ihr bei den nächsten Wahlen zu einem Zuwachs zu verhelfen, damit sie diese Wirtschaft noch erfolgreicher als bisher bekämpfen könne.

In der lebhaften Diskussion wurde das Treiben in der Gemeindevertretung von verschiedenen Rednern durch manche Einzelheiten noch näher beleuchtet. Auch die Aufforderung zum Austritt aus der Kirche wurde nachdrücklich wiederholt. Aus der Mitte der Turner und Turnerinnen, die an der Versammlung teilnahmen, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Nummelsburg mit seinem Kampfe gegen die Schülerabteilungen der Arbeiter-Turnvereine nicht allein stehe. Auch in anderen Orten seien Beteiligungsverbote und sogar Strafandrohungen ergangen. In einem Fall sei auch Weigerung erfolgt, auf die von den Eltern mit Anzeige geantwortet worden sei. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die den sozialdemokratischen Gemeindevorstand wegen ihrer Stellungnahme zum Turnhallenstreit und ihrer Zurückweisung der Angriffe unserer Gegner die vollste Anerkennung ausdrückt und von der Gemeindevertretung Verfolgung der Angelegenheit bis zur letzten Instanz fordert. Uebrigens schien von den bürgerlichen Gemeindevorstandern und den Lehrern des Ortes es niemand für nötig gehalten zu haben, in diese Versammlung zu kommen, um zu sehen, welche Erregung dieser Schulstreit in der Bevölkerung hervorgerufen hat.

Die Versammlung schloß Genosse Tempel im Hinblick auf ihren Anlaß mit dem Turnerspruch „Frei Heil!“, in den die Versammelten einstimmig. Beim Verlassen des Saales gab's dann noch einen Zwischenfall. Als Gesang laut wurde, geboten die zur Ueberwachung erschienenen Gendarmen Ruhe und forderten schleunigste Räumung. Da erklärte man ihnen, die Versammlung sei geschlossen, es stehe aber jedem frei, im Saal zu bleiben und sich Amüsement zu bereiten. Gesagt, getan! Im Handumdrehen waren Tische zu einer langen Tafel aufgestellt, Männer und Frauen ließen sich in heiterster Laune daran nieder, bestellten Getränke und stimmten lustige Lieder an. Die Gendarmen standen verdutzt dabei und wußten nicht, wie sie sich aus der ärgerlichen Situation, die sie selber geschaffen hatten, mit guter Manier herausziehen sollten. Die lange der Spaß gedauert hat, wissen wir nicht. Als wir den Saal verließen, standen die zwei noch da, zogen die Augenbrauen zusammen und grübelten. An den Tischen aber amüsierte man sich.

Gerichts-Zeitung.

Kurbischer Missetat. Der weitere Verlauf der Verhandlung gegen den Naturheilkundigen Paul Missetat zeigte, in wie kolossalem Umfang das Heilanstalt des Angeklagten betrieben wird. Unter anderem kam zur Sprache, daß der Dr. med. Ferd. Wagner, der die Funktionen eines leitenden Arztes in dem Institut versieht, auf einen dreijährigen Vertrag gegen ein Gehalt von 8000 M. angestellt ist, und ihm dabei noch Zeit bleibt, Privatpraxis auszuüben. Die Zahl der Patienten, die Herrn Missetat aufsuchen, ist eine überaus stattliche. Bezüglich des Honorars waren zweierlei Methoden im Saitange. Randmal wurde den Patienten ein verschiedenes klassifiziertes Honorar tarif vorgelagt und ihnen anheim gegeben, sich selbst einzuschätzen, in anderen Fällen forderte der Angeklagte selbst ein bestimmtes Honorar. Er behauptet, daß er dabei den ärmeren Patienten stets entgegengekommen sei, doch wurde ihm darin von einer Belastungszeugin widersprochen. Diese versicherte, daß sie dem Angeklagten gegen habe, sie sei eine arme Frau, die von der Stadt Unterstützung erhalte und das geforderte Honorar nicht erdöringen könne; darauf habe der Angeklagte geantwortet: dann würde sie wohl ihr krankes Bein verlieren müssen. Diese Frau behauptete auch, daß sie in den Nestamen des Angeklagten zu Unrecht als „vollständig geheilt“ aufgeführt worden sei, während sie tatsächlich in ihrem leidenden Zustande eine anhaltende Besserung nicht verspürt habe. Der Angeklagte bestritt entschieden diese Angaben und blieb dabei, daß die Frau selbst gesagt habe, es ginge ihr außerordentlich gut. Interessant war die Bekundung eines früheren Angestellten des Angeklagten, der u. a. das „Geheilten-Journal“ zu führen hatte. Er bezeugte, daß er mehrfach auf Geheiß des Angeklagten Patienten als „geheilt“ habe eintragen müssen, gegen deren „Heilung“ er berechtigter Bedenken gehabt habe. Auch dieser Behauptung widersprach der Angeklagte lebhaft. Diesem wurden seitens der Sachverständigen zahlreiche Fragen medizinischer Art vorgelegt, die den Grad seiner Fähigkeit, eine richtige Diagnose zu stellen und den Umfang seiner medizinischen Kenntnisse überhaupt darlegen sollten. Er erklärte schließlich, daß ihn diese fortgeschrittenen Fragen nichts machten und er es ablehne, sich einer derartigen Prüfung weiter zu unterwerfen. Dann marschierte eine große Reihe der von Rechtsanwält Dr. Schöppe geladenen Personen auf, die ohne jedes Besinnen die Versicherung abgaben, daß sie durch die Bekundung des Angeklagten von ihrem Leiden befreit worden seien. Einige gaben diese Versicherung mit solcher Begeisterung ab, daß wiederholt große Heiterkeit im Saale entstand. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme konnte nicht festgestellt werden, daß in den beiden zur Anlage stehenden Fällen eine Körperverletzung der Patienten durch den Angeklagten stattgefunden hat. Die bei der einen Frau gegen Jodius in Anwendung gebrachte Salbe ist nach der Bekundung der Sachverständigen an sich nicht schädlich, und was die zweite, inzwischen verstorbenen Frau betrifft, so konnte nicht nachgeprüft werden, ob die Oscillations-Behandlung ihr körperlich Schaden zugefügt hat. — Der Staatsanwalt beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme 10 Wochen Gefängnis, während Rechtsanwält Dr. Schöppe 3 bestritt, daß sich der Angeklagte strafbar gemacht habe. Das Gericht sprach den Angeklagten in beiden Fällen der Körperverletzung frei, verurteilte ihn aber wegen unlauteren Wettbewerbes zu 1000 M. Geldstrafe. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kanow, gab dem

Angeklagten den Rat, in seinen Nestamen doch zurückhaltender zu sein, da ein nächstes Mal schwerlich nur eine Geldstrafe Platz greifen dürfte.

Die rote Fahne. Aus irgend einem Anlaß hatte der Arbeiter Linke in Rüdow eines Tages aus seinem Wohnungsfenster eine rote Fahne heraufgehieft. Ein Passant hieb sties und sah sich die Fahne an. Während er noch zu den Fenstern hinauf sah und sich den Kopf zerbrach, was die Fahne wohl bedeuten möge, hatten sich um ihn schon ein Dutzend Menschen angesammelt, die alle nach der Fahne hinaufschauten, als hätten sie in ihrem ganzen Leben ein solches Ding noch nicht gesehen. Es dauerte nicht lange, so wurden aus dem einen Dutzend Neugierige mehrere Dutzend, bis ein Schutzmann hinzukam, der die Menge zerstreute. Linke erhielt infolge des Vorganges ein polizeiliches Strafmandat über 15 M., gegen welches er im Vollbewußtsein seiner Unschuld Widerspruch erhob. Das Schöffengericht war jedoch anderer Ansicht und erhöhte die Geldstrafe auf 30 M. Ja, ja, die rote Fahne!

Der Prozeß wegen der Gelsenkirchener Typhus-Epidemie, der im Juli d. J. nach zehnjähriger Verhandlung verlagert werden mußte, gelangt nächsten Montag, 7. November, vor der dritten Strafkammer des königlichen Landgerichts nochmals zur Verhandlung. Die Leitung unsittlicher Nahrungsmittel in das Wasserversorgungsgebiet sollen verschuldet haben: 1. der derzeitige Wasserwerksdirektor, Gerichtsassessor a. D. Eugen Hegeler, Gelsenkirchen, 2. der Wasserwerksdirektor Pfudel, Charlottenburg, 3. der Maschinenmeister Geint, Miesebühl, Steele und 4. der frühere Wasserwerksdirektor Max Schmitt, Wiesbaden. Die drei Direktoren sind wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verfälschung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln, der Maschinenmeister Miesebühl wegen Beihilfe hierzu angeklagt.

Vermischtes.

Die Todesstrafe. Der Maler Ernst Reimann, der wegen Ermordung des Meisters Raffle am 18. Juni d. J. vom Schwurgericht in Königsberg i. Pr. zum Tode verurteilt worden war, ist gestern früh auf dem Hofe des dortigen Gerichtsgefängnisses durch den Scharfrichter Sächter aus Breslau mit dem Beile entkapitet worden. Als dem Delinquenten durch den Ersten Staatsanwalt die königliche Kabinettsorder, nach welcher der Monarch von seinem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch gemacht, zur Einsichtnahme vorgelegt worden war, rief er mit lauter Stimme in den Hof hinein: „Meine Herren, ich erkläre Ihnen, ich sterbe unschuldig. Ich sterbe nicht als Mörder, sondern bin unschuldig!“ — Auch am Abend zuvor, als ihm die Abschlachtung seiner Begnadigung in der Wörderzelle mitgeteilt wurde, soll Reimann sowohl dem Staatsanwalt wie auch dem Geistlichen gegenüber fortgesetzt seine Unschuld beteuert haben.

Preisverteilung auf der Weltausstellung in St. Louis. In der Kunstausstellung wurden an deutsche Aussteller vier große Preise, 26 goldene, 48 silberne und 49 bronzene Medaillen, in den übrigen Abteilungen an 1700 deutsche Aussteller 1588 Preise verliehen, nämlich 424 große Preise, 616 goldene, 215 silberne und 178 bronzene Medaillen. Es wurden also von den deutschen Ausstellern über 92 Proz. pämiert, die zahlreichen Mitarbeitern verschiebenen Preise nicht eingerechnet. Im Vergleich zu anderen Ländern ist dies Ergebnis ungewöhnlich günstig.

Hundert Personen ertrunken. Aus Bone in Algier wird vom 4. November berichtet: Letzte Nacht stießen bei Herbiton die beiden in Algier heimgekehrten Dampfer „Gironde“ und „Schiaffino“ zusammen. Die „Gironde“ ging unter, über hundert Personen sollen ertrunken sein. Die „Gironde“ hatte gestern Abend Bone mit 110 Reisenden, von denen hundert Reisenden waren, verlassen. Der Dampfer „Schiaffino“ blieb an der Unfallstelle.

Lasset die Kindlein zu mir kommen. Ueber frommen Kinder-mord wird dem „Berl. Tagbl.“ berichtet: Das Waisenhaus, das die Schwestern des heiligen Thomas von Villeneuve in Aiz unterhalten, gibt zu peinlichen Enthüllungen Anlaß, die an den von Baister von Tours und Ranch erinnern. Dieses „Waisenhaus der Vorkehrung“ nimmt Mädchen jeden Alters auf, wenn sie 120 Frank mitbringen, und die Familie die Verpflichtung unterschreibt, die Kinder bis zu ihrer Großjährigkeit im Kloster zu lassen. Fräulein Marie-Louise Dhe, die vor kurzem dieses Waisenhaus verlassen hat, kieferte nun einem Mitarbeiter des „Matin“ eine entsetzliche Beschreibung von der Ausbeutung der Kinderarbeit und der Mißhandlung, infolge deren die meisten Kinder frühzeitig an der Auszehrung sterben. Als die Erzählerin mit 5 Jahren in die Anstalt kam, mußte sie vom ersten Tage an Leichentücher säumen. Die überwachende Schwester Monika erlaubte den Kindern nicht einmal, den Kopf von der Arbeit zu heben. Die beliebteste Strafe war das Ausreißen von Haaren, die gesammelt und regelmäßig verkauft wurden. Eine dreijährige Schwester der Heugin wurde blau geschlagen, weil sie ihre Kadel zerbrach. Die Nahrung war immer ungenügend und oft so ekelhaft, daß die Mädchen nichts aßen. Einmal bellagte Marie-Louise Dhe sich beim Besuch ihrer Mutter über die Nahrung, obgleich die Schwester Monika bei diesen Besuchen immer zugegen war. Sie wurde deswegen geschlagen und bedroht, daß sie nicht mehr ins Besuchszimmer gehen dürfe, wenn sie ihre Klage wiederhole. Von den dreizehn Mädchen, die mit der Heugin das erste Abendmahl erhielten, starben die meisten, alle wurden brustkrank. Auch zwei ihrer Schwestern starben, und sie selbst blieb nur deswegen am Leben, weil es ihrer Mutter gelungen war, sie vor der ausgemachten Frist aus dem Kloster zu entführen. Die Älten über die Todesfälle in diesem Waisenhaus besitzenden die Aussagen der Marie-Louise Dhe.

Liebesdragnödien. Mannheim. Auf der Straße Mannheim-Karlruhe der Rheinthalbahn wurden heute morgen in der Nähe der Station Alt-Ripp die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden, welchen beiden der Kopf vom Rumpfe getrennt war. Es handelt sich zweifellos um ein Liebesdrama. — So ha. Der jung verheiratete Landwirt Herold aus Weimar erschof ein Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhielt, und dann sich selbst.

Mord. Trier. Der Äckerer Heimert aus Mittel wurde auf dem Wege nach Weller ermordet. Die unauflindbare Leiche ist wahrscheinlich in die Rofel geworfen worden. Als des Mordes dringend verdächtig werden zwei Handwerksburschen verfolgt.

Bekannter Patriotismus. Ein wilder Kampf zwischen 1000 Studenten und 200 Schülern fand Mittwoch Abend in Posen statt. Die Polizei hielt die Studenten, die für die Wiederwahl Noofebelds eine Kundgebung veranstalteten, irrtümlich für eine Bande Ströche, die vorher eine politische Versammlung geföhrt hatten, und wollte sie zerstreuen. Darüber erbittert, griffen die Studenten die Schulleute an, schlugen auf sie ein und rissen ihnen die Uniform vom Leibe. Die Polizei zog Verstärkungen heran und ging danach unter rüchichtslosem Gebrauch ihrer Knüppel gegen die Studenten vor. Bei den Zusammenstößen wurden 50 Personen verletzt, darunter vier Studenten und zwei Schulleute gefählich. Die Behörden geben der Polizei die Schuld.

Aden. Der englische Dampfer „Innereale“ war bei der Insel Rofei auf einen Felsen aufgelaufen, eingeborene Araber ermordeten die gesamte Besatzung in Stärke von 21 Mann, als diese die Insel betreten. Die englische Regierung hat sofort Dispositionen getroffen, um von der türkschen Regierung Genugtuung zu erhalten.

Arbeit und Erziehung (80 S. 50 Pf. Verlag von G. Viet u. Co., München) betitelt sich eine von Otto Käthe verfasste Schrift. Der Verfasser begnügt sich nicht mit einer schalen Beurteilung unseres Schulwesens, sondern unterbreitet an der Hand der Erfahrungen in anderen Ländern seine Vorschläge.

Wartburgkimmern. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. II. Jahrgang. Heft 14. Thüringische Verlagsanstalt Eisenach und Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

D. Z. 71. Freibant: minderwertiges Fleisch, im Dampfloch-Apparat sterilisiert, wird von der Schlachthofverwaltung für nicht gesundheitsfähig gehalten. 1855. „Streitfrage“ 71. und 2. Das erfahren Sie wohl ziemlich früher in der Expedition der „Germania“, Straßauerstr. 25. Und fehlen leider die näheren Beziehungen zur Schwarzeng, Garde. — S. D. Das kommunistische Manifest sollte jeder Sozialdemokrat wiederholt gelesen haben. Buchhandlung Bornwärts. Preis 15 Pf. — R. W. Rein. — Waldbogel. Im „Siegfried“ von Richard Wagner. — Student G. Wenn Sie wissen wollen, welche Artikel über den Wohnungsmangel im „Vorwärts“, der „Berliner Zeitung“, der „Post“ und der „Nation“ erschienen haben, dann lassen Sie sich in den Expeditionen dieser Blätter die Zeitung vorlegen und suchen Sie sich die Artikel selbst heraus. Wir haben weniger Zeit als Sie. — G. L. Mannheim. Zum Abdruck nicht geeignet. — B. R. Ihr Beitrag wird in diesen Tagen veröffentlicht werden. — Mühlhausen i. Thür. Die Broschüre „Liebesdragnödien und Wirtin.“ ist beziffert, wird aber wieder neuerschienen. Von Kassaale lesen Sie zunächst: „Das offene Antwortschreiben“, dann „Die Wissenschaft und die Arbeiter“. Lassen Sie sich von der Buchhandlung Bornwärts ein Schiffsverzeichnis senden.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

64. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **P. W.** Ihre Frau ist soweit schadenlospflichtig, als der Richter annimmt, daß sie den Schaden mitverschuldet habe. Der Ausgang des Prozesses ist nicht mit Sicherheit voraussagen. — **B. G. 21.** 1. Welche Rechte dem Kranken zutehen, ergibt das Krankenpflegegesetz, dessen Inhalt und Umfang ist, 2. Das Recht der besagten Polizeibehörde gegen. — **Donath 72.** Ja, auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. — **Krankenkasse.** Es ist unmöglich, mitzuteilen, welche Rechte Ihnen aus einem nicht mitgeteilten Krankenfall zutehen. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — **G. D.** 1. Zur Beschließung sind Militärpapiere des Bräutigams, Geburtsurkunden der Braut und die Einmählungserklärung für die minderjährige Braut erforderlich. 2. Unerschindlich. — **Konrad W.** Daß das Spielen in auswärtigen Lotterien strafbar ist, ist unendlich oft von uns dargelegt. — **C. G. W.** Es ist möglich, daß auch Wertgegenstände zu gewahren ist. Ob und inwieweit in Ihrem Falle die Frage zu bejahen ist, hängt von der Anzahl und Art der Wertgegenstände ab. Wiederholen Sie die Frage unter Ergänzung nach dieser Richtung oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde mit allen Papiere vor. — **M. G. 2.** Ja. — **A. R.** Da die Folgen des Unfalles erst später sich herausstellen, liegt Beschädigung nicht vor. Die Frau sollte Beratung einlegen. Ein Haftanspruch gegen den Besitzer oder Leiter der Spielbank steht ihr leider nach dem Gesetz nicht zu. — **Beizer 5. R. 1-3.** Das ist möglich. — **R. W. 62.** Ihre Ansprüche gegen die Kasse richten sich nach deren Statut. Die Höhe des Krankengeldes ist (innerhalb des gesetzlichen Rahmens) bei den einzelnen Kranken verschieden. — **R. R. 10.** 1. Das Vormundschaftsgericht entscheidet. Liegt kein Grund zur Abnahme der Vormundschaft dem zeitigen Vormund gegenüber vor und ist dieser mit der Abgabe seines Amtes nicht einverstanden, so kann Ihr Wunsch nicht erfüllt werden. 2. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — **R. G.** Sie müssen die Sachen aufbewahren und halten für dieselben. — **S. Z. Ja.** — **R. R. 22.** Sie haben das Recht, von Ihrer ehemaligen Verlobten innerhalb zwei Jahren nach der Auflösung des Verlöbnisses die Geschenke und Verbindlichkeiten, die sie bei der Auflösung noch bejah, zurückzuverlangen. Ein Anspruch auf Rückgabe der vor der Verlobung gemachten Geschenke steht Ihnen nicht zu. Der Anspruch ist wie jeder andere Anspruch eventuell gerichtlich, bei Klagen bis 300 M. beim Amtsgericht, sonst beim Landgericht, geltend zu machen. Die unterliegende Partei haftet der Obliegenden stets für die Kosten, einschließlich der Anwaltskosten. Der Vater des Mädchens haftet Ihnen keineswegs. Ihre frühere Braut hat daselbe Recht wie Sie ihr gegenüber. Außerdem kann sie, falls der Rücktritt aus wichtigen Gründen ihrerseits vorlag, dessen Schadenersatz für Aufwendungen, Eingehung von Verbindlichkeiten, Aufgeben einer Stellung usw. verlangen, soweit diese Verbindlichkeiten durch die Verlobung verursacht waren. Endlich steht ihr unter denselben Voraussetzungen ein Recht auf eine billige Entschädigung in Geld gegen Sie zu, wenn sie als Unbescholtene Ihnen geschädigt hat, was sie außerhalb der Jungfernschaft stellt. Die dem ehemaligen Bräutigam zustehenden Rechte geltend zu machen, gilt in den meisten Fällen für das Gegenteil einer weisheitsvollen Bestimmung. — **G. W.** Der Vormund ist im Unrecht. Ein Ehemann kann dem von seiner Frau oder seiner Ehe außerordentlich geborenen nicht von ihm erzeugten Kinde mit Zustimmung seiner Frau und des Vormundes seinen Namen beilegen. Diese Zustimmungen sind notariell oder gerichtlich zu beglaubigen. Es können in Voraus die Erklärungen ohne vorherige notariell oder gerichtlich beglaubigte Beglaubigung bei einem Standesbeamten zu Protokoll gegeben werden. Zuständig ist in Preußen der Standesbeamte, in dessen Register die Geburt eingetragen ist, oder, wenn die Erklärung bei der Ehegheißung erfolgt, der die Heirat beauftragende Standesbeamte. Um diese Forderung zu erreichen, ist etwa folgendes Schriftstück auszufüllen: „Die unterzeichnete Ehefrau hat vor der Ehe ein von ihrem Ehemanne nicht erzeugtes uneheliches Kind . . . geboren. Die unterzeichnete Mutter und der unterzeichnete Vormund dieses Kindes erklären ihre Einwilligung dazu, daß der Ehemann (Namen) diesem Kinde seinen Namen erteilt. Ich, der unterzeichnete Ehemann, erteile hierdurch dem Kinde meiner Ehefrau namens . . . meinen Namen, so daß es heißt . . . (Namen). Ort, Datum und die notariell oder gerichtlich beglaubigten Unterschriften der Ehefrau, des Vormundes, des Ehemannes sind darunter zu setzen. Diese Urkunde überweist dann der Ehegatte dem zuständigen Standesbeamten mit dem Antrag: „Auf Grund dieser Einwilligung der Damen . . . auf der Geburtsurkunde in . . . umzuwandeln.“ Die gesamte Prozedur kann (ohne Notar oder Gericht) auf dem Standesamt vorgenommen werden. — **Genosse C. G.** Die Kinder der Tochter treten als Erben statt dieser ein. — **G. R. 5.** 1. Nein. 2. u. 3. Ja. 4. Wenden Sie sich an das auswärtige Amt. — **2. Aufklärung.** Ist Ihnen eine gestohlene Sache als Geschenk übereignet, so sind Sie auch dann nicht Eigentümer der Sache geworden, wenn Sie sich in gutem Glauben befinden. Sie sind zur Rückgabe der Sache verpflichtet. Wären Sie nicht in gutem Glauben gewesen, so wären Sie der Hehlerin schuldig. Ist die Sache bei Ihnen beschlagnahmt, so würde eine Verfügung über dieselbe Sie strafbar machen. Sie könnten bei der Staatsanwaltschaft beantragen, die beschlagnahmte Sache in eigene Verwahrung zu nehmen. — **W. Ja.** — **W. Gräbler.** 1. Sie könnten auf Herausgabe der Kinder und auf Scheidung (eventuell im Wege öffentlicher Justiz) klagen. 2. Gegen den Bescheid des Schiedsgerichts steht Ihnen der Rechtsweg an das Reichs-Versicherungsamt offen. Ob der Weg ausreicht, ist, läßt sich ohne Einsicht in das Urteil nicht sagen. Die juristische Sprechstunde steht Ihnen wie jedem Abonnenten offen. — **G. L. Friedmann.** Wenden Sie sich zur Entscheidung über die eventuelle Versicherungspflicht Ihrer Frau an die Versicherungsanstalt Brandenburg (Berlin, Matthäikirchstr. 19). Soweit ersichtlich ist Ihre Frau Nebepflichtig. Nachzukommen ist eventuell für 2 Jahre. — **Votterle.** Namen und Wohnung brauchen Sie nicht anzugeben. Schulden, die der ausnahmsweise mit dem Kauf der Postkarte mindermäßig gefallene an Dritte hat, hat der Kollektor nicht abzugeben. — **M. M. 11.** 1. und 2. Nein. 3. Ihr Militärpapier und, falls die Braut minderjährig ist, die polizeilich beglaubigte Zustimmung des Vaters, beziehentlich der Mutter oder des Vormundes. 4. Sie anerkennen beim Standesbeamten Ihre Vaterpflicht und beantragen Umhählung des Namens. Durch Ihre Heirat erlangt Ihr vor der Ehe von Ihnen erzeugtes Kind die vollen Rechte eines ehelichen. 5. Soweit ersichtlich: geringe Fehler. — **Männlicher Nordwest.** Nach der herrschenden Ansicht besteht für alle öffentlichen Ausföhrungen (als solche würde Ihre zu erachten sein) die Jesur. — **G. W. 50.** Legen Sie das Sachverhältnis dar und beantragen Sie beim Magistrat die Steuerfreiheit. — **R. D. 3.** Nein. **R. 2. 13.** Zum Hangen wider Kaninchen durch Freigassen bedürfen Sie in der Mark Brandenburg der Zustimmung des Eigentümers und des Jagdberechtigten. — **G. J. 112.** 1 bis 3. Hängt vom Wortlaut des Vertrages ab. 4. Nein. — **M. R. 1000.** Wir bitten um Ihren Besuch.

Wasserstand am 4. November. Elbe bei Magg. — 0,24 Meter, bei Dresden — 1,50 Meter, bei Magdeburg + 0,68 Meter. — In r u t bei Straßfurt + 0,75 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,30 Meter, bei Brossau Ober-Regel + 5,10 Meter, bei Brossau Unter-Regel + 0,12 Meter, bei Frankfurt + 1,18 Meter. — Weichsel bei Przemysl + 2,74 Meter. — Warthe bei Posen + 0,14 Meter. Nebe bei Uff — Meter.

Witterungsübersicht vom 4. November 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F
Stoltenbe.	756	W	5	Wolkig	12	54	Opavanda	740	W	2	Schnee	-	-
Darmstadt	762	W	4	Regen	11	52	Betersburg	735	W	2	Schnee	-	-
Berlin	760	W	4	Regen	11	52	Gort	-	-	-	-	-	-
Frankfurt	770	W	4	bedekt	7	45	Werdern	763	W	1	bedekt	13	55
München	771	W	5	Wolkig	4	39	Paris	772	W	1	bedekt	-	-
Wien	766	W	3	bedekt	7	45	-	-	-	-	-	-	-

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 5. November 1904. Küster, zeitweise heiter, aber veränderlich mit geringen Niederschlägen und frühen, später nachlassenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstrasse 50, Ecke Jerusalemerstrasse am Dönhofsplatz.

Oranienstrasse 48, Ecke Luckauerstrasse am Moritzplatz.

Größtes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Garderoben

fertig und nach Mass.

Winter-Paletots, 1 und 2reihig

in marango Cheviot und Eskimo, besonders elegant und preiswert

Mk. 12.50
Mk. 16.—, 21.—, 27.—

Winter-Paletots, 1reihig

in ersten Neuheiten, kariert und gestreift Cheviot, schick gearbeitet, Glockenform

Mk. 16.—
Mk. 21.—, 27.—, 33.—, 39.—

Winter-Paletots, 1 und 2reihig

auf Seide u. Ia rein woll. Plaidfutter in den vornehmsten Eskimo- u. Fantasie-Stoffen, Maßarbeit ersetzend, Mk.

27.—
Mk. 33.—, 39.—, 45.—, 52.—, 65.—

Winter-Loden-Joppen

warm gefüttert, bester Loden, 4.90
in verschiedenen Farben Mk. 6.50, 9.90, 12.50, 15.—

Arbeiter- und Berufs-Bekleidung.

Kinder- u. Jünglings-Winter-Paletots

in enormer Auswahl und äußerst preiswert.

HALT!

Wollen Sie Ihren Husten, Ihre Erkältung oder das Kitzein im Halse los sein? — Wollen Sie eine klare Stimme haben und von Ihrer Verschleimung befreit sein? — gebrauchen Sie bitte

Pascoe's Brust-Pastillen

à PACKET 25 PFENNIG. Sie werden den Versuch nicht bereuen! Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden. Bestellungen u. Maß, tabell. Kauf in eigener Werkstatt. Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kredithaus. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1. 1. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Sportwagen

auffallend billig, direkt aus Fabrik. Sportwagen zum Liegen einstellbar, zugleich Kinderwagen. Luxus-sportwagen edelster Rohrgestaltung und einfachste Sportkarren. 1. Trobar, Oranien 134 größte, alt. Kinderwagenfabrik Sachsens. Wähle: Barankauf mit 10% Rabatt oder Teilzahlung beim Katalogverlangen.

Bernhard Baer

Telephon Amt III 1129.

5. Rosenthalerstrasse 5.

Telephon Amt III 1129.

Parterre und I. Etage

Grosse Auswahl

fertiger Herren-Kleidung

Paletots

dunkel, fein gestreift 30, 28, 26, 24, 22, 20, 18.—

Sacco-Anzüge

klein gemustert und Cheviots 34, 31, 29, 26, 24, 22, 20.—

Paletots

Englisch Cheviots, prima Verarbeitung 40, 38, 35, 33, 30, 28, 25.—

Gesellschafts-Anzüge

schw. Satin u. Tuchkammgarn 55, 53, 50, 45, 42, 38, 34.—

In der I. Etage

Special-Abteilung für Anfertigung eleganter Herren-Moden nach Mass.

Täglicher Eingang von englischen und französischen Stoffen. Neueste Dessins. — Volle Garantie für guten Sitz.



Hüte

In allen Preislagen. R. Weidner, Hutmacher, Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstraße. 641L

Enorm billig

gelangen zum Verkauf die unübertroffen an Eleganz, tadelloser Sitz, in gediegener Maßschneiderarbeit aus feinsten Maßstoffen gefertigten vornehmen

Anzüge Paletots

Herren, jeden Standes zu empfehlen: Zurückgelassen, zurückgesetzt sind: Herrenanzüge, Maßen Maßpreis bis 70 M., jetzt 18 bis 40 M. Winterpaletots, sonst Maßpr. bis 70 M., jetzt 18—40 M. Bekleider jetzt 7—12 M. Verkauf täglich, auch Sonntag. Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Troppe. Auf Hausnummer achten!

Damen-Paletots,

Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchen-Garderobe, auf u. viel billiger in der Fabrik von Eugen Jacobi, Charlottenburg, Döberitzstraße 95, I. (Stein Laden.) Größte Auswahl.

Abermalige Antwort!

Auf die an uns mündlich und schriftlich so zahlreich gerichteten Anfragen, ob wir noch den so beliebten Paletot „Treffler“ auf Lager haben, erwidern wir hierdurch, daß wir wiederum ein größeres Sortiment in derselben Qualität unter derselben Marke haben anfertigen lassen. Unser Paletot „Treffler“ ist der Beweis unserer höchsten Leistungsfähigkeit.

Winter-Paletot „Treffler II“ aus dunkelgrau fein meliertem Marengo oder solide gestreift, mit gutem, kariertem Plaidfutter, einreihig mit verdeckter Leiste, sämtliche Nähte zweimal gesteppt, 18.—

Winter-Paletot „Treffler I“ aus dunkelgrau Marengo-Cheviot, glatt, grau oder gestreift, auch aus seidenartigem, schwarzem Eskimo, einreihig, mit schwerem Plaidfutter, Sammetkragen, Windlitze und höchst elegant verarbeitet, vollständiger Maß-Ersatz 28.—

Winter-Paletot „Komet“ aus fein meliertem, glattem oder gemustertem, höchst solidem Oberstoff, sehr luxuriös verarbeitet und ausgestattet, von Maß-Schneidern hergestellt, vollständiger Maß-Ersatz Mk. 36.—

Auch für extra starke Personen Paletots „Treffler“ und „Komet“.

Winter-Joppen aus Loden, Marengo oder Double, mit Plaid- oder Lammfell-Imitation gefüttert, von Mk. 5,75, 7.—, 10.—, 12.—, 15.—

Bestellungen nach Maß eines von uns billig erstandenen Postens moderner, sehr haltbarer Stoffe unter Garantie des Gutsitzens. Artikel 40: Anzug Mk. 34.—, 39.—, 44.—; Paletot Mk. 31.—, 34.—, 37.—. Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41.
Deutsche Compagnie



BERLIN SO.

Preiscurant gratis und franko.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei Aug. Tauchert, Gastwirt, Brühl-Heimerstr. 4. 57972*

Wo?

machen wir am Sonntag hin? Nach Pilsener werden zum alten Freund! Da ist man immer wie zu Hause.

Photographisches Atelier „Rembrandt“

Brückenstr. 6B, direkt an der Jannowitzbrücke (vormals Atelier Max Mathesie.)

Eröffnung: Sonntag, den 6. November.

12 Visit M. 1.70 12 Kabinett M. 4.50.

Ausführung erstklassig. Haltbarkeit garantiert.

Ia Bromsilber-Vergrößerungen staunend billig.

Aufnahmen bei jeder Witterung und abends bei elektr. Licht. Anlässlich der Eröffnung geben wir von Sonntag, den 6. November, bis Sonntag, den 13. November, zu jeder Aufnahme von Mk. 3 an

eine Ia Bromsilber-Vergrößerung umsonst.

Gedönet von 8—7 Uhr, Sonntags von 10 Uhr an ununterbrochen.

Sämtliche Platten des Ateliers Max Mathesie haben wir übernommen und werden Nachbestellungen darauf prompt ausgeführt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau in Staat und Gesellschaft.

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag Genosse August Bebel im Saale des „Livol“ zu Tempelhof. Es war das erste Mal, daß in Tempelhof eine derartige Versammlung abgehalten werden konnte...

Wie friedlich dagegen sah es in dem Lokale aus. Der geräumige Saal war gestaut voll. Die Masse der erschienenen Männer und Frauen unterhielt sich in zwangloser Plauderei...

Obwohl die bürgerliche Frauenbewegung wohl in etwas zur Verbesserung der öffentlich-rechtlichen Stellung der Frau beigetragen habe, so werde die endgültige Befreiung des weiblichen Geschlechts aus den Fesseln der gesellschaftlichen Ungleichheit...

Heber „Psychologie der Arbeiterin“ sprach Montag, den 31. Oktober Frau Maria Holma im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterin, die wirtschaftlich selbständig dastehet, von der Familie weniger abhängig sei als die bürgerliche Frau...

Altdorf. (Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Altdorf und Umgebung.) Am 1. November fand die Vereinsversammlung im Lokal von Thiel, Bergstraße 151, statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Im Bannkreis der Jungfrau. Hörtal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Stromwärme.

Sternwarte.

Abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis. Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Allerseelen melodramatische Illusion einer rumänischen Elite-Konzert-Damen-Kapelle.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Gastons Frauen. Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann.

Kasino-Theater.

Wildes Blut. Gelangspöcke in 3 Akten v. Mannhadt. Sonntag, nachm.: 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Residenz-Theater.

Eine Hochzeitsnacht. Heute und folgende Tage. Sonntag, nachm.: 3 Uhr: 300 Tage.

Passage-Theater.

Magische Kessel. Der Orig.-Prod. des Passage-Theaters. d. erstklassige Madel.

Lucie König.

Dida die Erschaffung eines Weibes aus dem Nichts. 14 neue glänzende Nummern.

Lustspielhaus.

Biederleute. Abends 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Bernhard Rose-Theater.

Philippine Welsler. Heute: Geschlossen. Morgen Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr.

Chrlidje Arbeit.

Poste mit Gesang in drei Aufzügen (5 Bildern) von H. Wilten. Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Entree 40, Parfett 75 Pf., Sperrsig 1 M.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Tyranne der Tränen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.

Kleines Theater.

Nachtsyl. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Familienidyll. Liebesträume. Serenissimus. Abends: Nachtsyl.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.

Palast-Theater.

Gr. internationale Ringkampfkonzurrenz unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas. 1. Konvent de Beaucaire...

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 5. November, abends präz. 7 1/2 Uhr: V. Grande Soiree. High Life. Gala-Programm. U. a.: Noch nie dagewesen!

Liliput-Zirkus.

Vorstellung. Größte Sehenswürdigkeit! Die kleinen Liliputaner als Schulleiter, Akrobaten, Jodeler, Klabavariisten, Jongleure, Clowns, Barforce- und Schulleiterinnen, Vollgeure etc.

Konsul II.

Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary a. D. Mary Behrens. Joh. Junker-Schatz.

Carl Weiß-Theater.

Das Fest des Lichtes. (Ballett.) Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.

Volksgarten-Theater.

Keine Vorstellung. Nächste Vorstellung: Sonntag, den 6. November: Ohne Geläch.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Zum 390. Gastspiel Adolf Philipp. Ueber'n grossen Teich. Anfang 8 Uhr. MALE: Ende 10 Uhr 30 Min.

W. Noacks Theater.

Goldlotte. Gesangsposse in 3 Akten von Mannhadt. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Skala-Theater.

Sensationelles Programm! August kommt. Bolle mit Gelang in einem Akt, comic.

WINTERGARTEN.

Neues Programm. Anne Dancrey. Pariser Sängerin und Tänzerin.

Zirkus Busch.

8. Parade-Gala-Abend. Noch nie dagewesener Erfolg! Katharina II. Debut der Wif Emeline.

Wunderkessel, The Magic Kettle.

Cliffe Berzac dross. Ponies u. Esel. Pas de Fleurs. Morcaschani Croolische Sängerin.

Sanssouci.

Hoffmanns Norddeutsche Säng. Nach jeder Soiree: Tanzkränzchen.

Metropol-Theater.

Die Herren von Maxim. Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säng. Täglich: Stettiner Säng. Sonntag 8 Uhr, Montag 7 Uhr.

H. Gliesings Ball-Salon.

Empfehle meine Säle für Festlichkeiten und Versammlungen. 8112*

Wirtshaus zum Strauß.

Fappol-Allee No. 25. für 150 Personen noch einige Sonnabende frei.

Etablissement Buggenhagen.

Militär-Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag.

Fritz Steidl-Sänger.

Rach jeder Vorstellung im Kaiseraal: Tanz.

Amoritäten-Anstellung.

lebender Kuriositäten! Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.

Gustav Behrens.

Spezialitäten-Theater, Frankfurter-Allee 85.

Ost-Kasino.

Frankfurter Allee 106. Empfehle meine Festsäle mit Nebenräumen den gerüsteten Vereinen.

!!Gänse!!

Wir empfehlen täglich frisch: Gänse-Lieser pr. Pfd. 1 M.

Horwitz & Co.

Landsbergerstraße 85. En gros. A. III. 203. 7701*

Saal.

für 150 Personen noch einige Sonnabende frei.

Wirtshaus zum Strauß.

Fappol-Allee No. 25.

